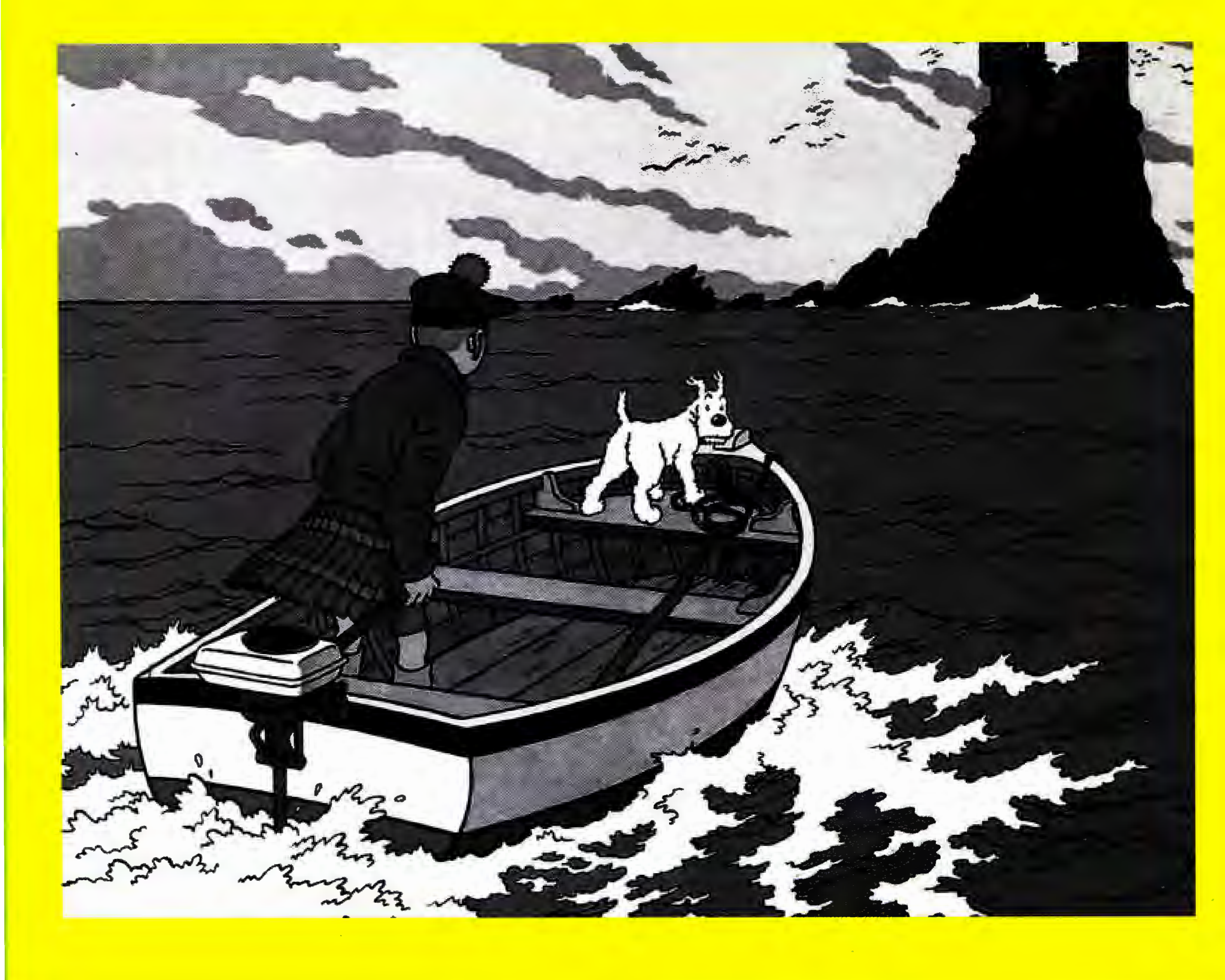
ZECK

Nr. 138 Mai / Juni 07

Das maritime Magazin aus der Flora

kost nix

... auf nach Heiligendamm



Vorwort

Uppps!

Unsere Briefträgerin hat sich einen Bruch gehoben, um uns die Post zu bringen. Dementsprechend ist diese letzte Ausgabe vor dem Gipfel in Heiligendamm und vor der endgültigen Überwindung des globalen kapitalistischen Ausbeutungssystems eine proppevolle Bleiwüste geworden. Aber natürlich hats uns gefreut soviel Post zu bekommen, auch wenn wieder einige Zusendungen von digitalen Datenträgern ohne Ausdruck dabei waren :-(

Leider mussten wir den Ankündigungstext der Veranstaltung von der Gruppe commode leicht kürzen, und das neue "Paula Manifest" zu Heiligendamm fand auch keinen Platz mehr (findet ihr aber unter: http://dissentnetzwerk.org/node/1474)

Das die Bullerei im Zuge einer geplanten Veranstaltung mit den Grünen und Ole von Beust im Kulturhaus 73 die Boxen vom Floradach geklaut hatten, haben sicherlich alle mitbekommen. Gegenöffentlichkeit sollte wohl lieber ungehört bleiben - blieb sie aber nicht! Ob das erste Proben der Gegenseite für die kommenden Wochen sein sollten wird sich zeigen. Spannende Wochen stehen uns bevor, wir wünschen uns allen viel Erfolg, Glück, Kraft, Phantasie - gemeinsam werden wir die Tage im Juni zu einem unvergesslichen Ereignis machen!!

Traurig stimmt uns der Tod unserer langjährigen Genossin Angelika. Wer sie kannte, wird sie nicht vergessen!

See you on the barricades
eure zeck

Inhaltsverzeichnis:

Kurzes	3
Brief der Flora zu Novisa	4
Erwiderung von Novisa	5
zeck-Interview zu G8	6-12
Unterm Cluster liegt der Strand	12
Papier aus Kiel	13-15
Ausbruch aus dem Aktivisten Ghetto	16
Links blinken und ab in die Mitte	17
Aktionstage	18-19
Dokumentationen	20-22
Sexismus	23/24
Flora-Brief an Tacatacata	24/25
Philosophie des Elends	26-29
anti-Atom	30/31

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Fahrräder

Im Mai wird es im Rahmen der Hamburger Aktionstage am 25.05.07 eine Critical Mass, das heisst eine Fahrraddemo, -rundfahrt durch die Stadt geben. Da hoffentlich viele Leute von überall herkommen und ihre Fahrräder nicht dabei haben werden, schrauben Leute ab sofort alte Räder, um sie für eben diese Leute nutzbar zu machen. Deshalb rufen wir euch dazu auf, bringt eure alten (auch kaputten) Fahrräder aus euren Kellern oder sonst woher vorbei. Jeweils am Montag und Donnerstag ab 19.00 Uhr in die Fahrradwerkstatt in der Roten Flora. Ausserhalb dieser Zeit könnt ihr sie auch auf der Rückseite der Flora vor die Werkstatt stellen.

Materialspenden

Hinsichtlich der Aktionstage und des Convergence Centers in Hamburg bräuchten wir dringend Materialspenden jeglicher Art. Von Farben, Stoffen, Geschirr, Besteck, Nägeln, Schrauben, Werkzeug bis zu Holz etc. und alles, was ihr euch vorstellen könnt.

Abgeben könnt ihr diese Spenden zu den üblichen Öffnungszeiten der Flora. In der Vokü befindet sich ein Spendenlager unter der Treppe.

Pennplätze in Hamburg während des Convergence Centers gesucht

Liebe Leute! Für die Zeit des Convergence Centers vom 25. Mai bis zum 10. Juni sind wir dabei, eine Pennplatzbörse aufzubauen um den anreisenden AktivistInnen Schlafplätze zu vermitteln. Wir hoffen, dass in den Wochen vor dem Gipfel in Heiligendamm viele internationale AktivistInnen den Weg nach Hamburg finden werden um sich im Convergence Center zu vernetzen und sich an der Großdemo gegen das EU-Treffen, den Aktionstagen oder den Fahrradkarawanen zu beteiligen.

Auf vielfältigen und ausgeruhten Widerstand!

Rückmeldungen unter: Infopunkt c/o Regenbogen, Koppel 30 , Hamburg

Convergence Center Hamburg c/o Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, Hamburg

Briefkasten des CCH in der Floravokü an der Treppe, e-mails an: pennplatz-cch@nadir.org

Mittenwald ist auch anderswo!

Seit unserer ersten Intervention in Mittenwald 2002 ist das politische und öffentliche Interesse an der Bestrafung von NS-Kriegsverbrechern und der Verhinderung von Veteranenveranstaltung von Wehrmacht und Waffen-SS stark gewachsen. Es gab an vielen Orten - von Hamburg, Eschweiler, Wunsiedel über Kreta bis zum Ulrichsberg in Kärnten - Initiativen gegen die Mörder und ihre Veranstaltungen. Dieses Jahr wollen wir unseren Fokus zusätzlich auf besonders widerwärtige Veranstaltungen in Bayern richten. Da Ministerpräsident und Gebirgsjäger-kamerad Stoiber aufs Altenteil wechselt, verzichten wir auf unseren traditionellen Auftritt in Wolfratshausen. Wir rufen dieses Jahr dazu auf, lokale Bündnisse, Demonstrationen und Aktionen gegen die Gedenkfeier der Waffen-SS-Kameradschaft "Charlemagne" am 8. Mai 2007 in Bad Reichenhall, gegen den "Kreta-Tag" am 20. Mai 2007 ebenfalls in Bad Reichenhall, bei dem die Gebirgsjäger die Invasion von Kreta feiern, zu bilden und zu unterstützen und wir unterstützen natürlich die Aktivitäten gegen die revisionistische Annaberg-Feier des "Freikorps Oberland" am 20. Mai 2007 in Schliersee

Treffpunkt für die Antifa-Demo: 10:00 Uhr Bahnhof Schliersee

Infos: www.freikorps-oberland.de.

Auch Pfingsten 2007 werden wir wieder dagegen protestieren, dass die Soldaten des Vernichtungskrieges ihre Tradition ungestört an die Kameraden der Bundeswehr weitergeben können. Wir werden es nicht dulden, dass deutsche Soldaten zu "Opfern" umgelogen werden sollen - weder in Mittenwald, noch in Bad Reichenhall, noch sonst wo. Das Militär hat keine Zukunft, es ist Garant einer Gegenwart, die jeder emanzipatorischen Politik entgegensteht.

Mord verjährt nicht - Verurteilung der Kriegsverbrecher - Entschädigung aller NS-Opfer! Bundeswehr - wegtreten!

Für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Hohen Brendten!

Spendenkonto: freie Medien e.V., KontoNr. 470 834 437, BLZ 360 100 43, Postbank Essen, Stichwörter: "Mittenwald" und "Mittenwald-Repression"

Vorläufiges Programm in Mittenwald

Pfingstsamstag, 26. Mai 2007

ab 10 Uhr ZeitzeugInnen-Veranstaltung u.a.. mit Marcella und Enzo de Negri, Tochter und Sohn des auf Cefalonia von Gebirgsjägern ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco De Negri. Richard Wadani(Wien), seit seiner Jugend in Prag sozialistisch und kommunistisch aktiv, desertierte 1944 in Frankreich aus der Wehrmacht und trat in die tschechische Armee ein. Nachmittags Veranstaltung: neue Kriege, Bundeswehreinsätze, Antimilitarismus, Erinnerungspolitik, Stadtrundgang.

Abends Open-Air-Konzert, mit: Gasparazzo/Italien, Microphone Mafia.

Außerdem von Samstag 18 Uhr bis Sonntag 18 Uhr: Dauerkundgebung vor der katholischen Kirche; Verlesung der 4000 Namen der auf Kephallonia Ermordeten

Pfingstsonntag, 27. Mai 2007

Schwerpunkt Protest am Hohen Brendten - das Mahnmal auf dem Berg wurde vor 50 Jahren eingeweiht.

9 - 13 Uhr angemeldet wurden zwei Kundgebungen auf dem Hohen Brendten und eine im "Gries" in Mittenwald

14 -17 Uhr Demo durch Mittenwald

Veranstaltung:

Gerhard Hanloser

Vom Antifaschismus zum Antikollektivismus

Über linke Legitimationen neoliberaler Politik

Die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus besteht nicht zuletzt darin, dass der stets wandlungsfähige "Geist des Kapitalismus" Momente und Motive emazipatorischer Kritik okkupiert. Insbesondere der Neoliberalismus gewinnt seine Hegemoniefähigkeit unter anderem dadurch, dass er Stichworte anders gelagerter Debatten aufnimmt und so auch auf das Terrain seines politischen Gegners vorzudringen vermag. Mittlerweile gibt es - vor allem unter dem Label "antideutsch" - Begründungen und Legitimationen neoliberaler Politik, die sich spezifisch linker und anti-totalitärer Begriffe bedienen. Gleichzeitig werden linke Traditionen in die Nähe des Faschismus gerückt. Die Desavouierung von Antikapitalismus und linken Kollektivvorstellungen wird Gerhard Hanloser an diesem Abend nachzeichnen.

Fr. 11.5. 19 Uhr

Uni Pferdestall Raum 138.

Erklärung des Plenums der Roten Flora

Auf dem Plenum am 07.03. haben wir durch den Beitrag der "AG Gewalt und Theorie" in der Zeck Nr. 137 (März/ April 2007) von den Vorfällen im Rahmen des Wasserturm-Soli-Konzertes um die Band Novisa erfahren.
In ihrem Beitrag schildert die AG, dass ein Bandmitglied mit den Worten "Es gibt in Deutschland ein Tabu-Wort: Jude" die BesucherInnen aufgefordert hat, laut "Jude" zu rufen. Dies ist dann zumindest durch einen Teil des Publikums geschehen. Zum Abschluss ‚wünschte' der Sänger den BesucherInnen "Einen schönen Holocaust-Gedenktag noch". Mittlerweile wurde diese Darstellung durch weitere Personen bestätigt. Auf eben diesem Plenum waren die Vorkommnisse zum ersten Mal Thema der Diskussion. Wir haben beschlossen, diese Ereignisse nicht unkommentiert zu lassen und von der Band ein Verhalten zu dem Vorfall einzufordern.
Am 14.03. kamen Novisa auf eigene Initiative zum Plenum und bestätigten die Ereignisse selbst. Auslöser für ihren Besuch war der erschienene Zeck-Artikel der "AG Gewalt und Theorie", zu dem die Band Stellung beziehen wollte.
Das Plenum der Roten Flora verurteilt die Aussagen des Sängers weiterhin aufs Schärfste. Sie sind inakzeptabel und geschichtsvergessen. Die Band stellt sich damit in die Linie eines gesellschaftlichen Antisemitismus, der auch von Teilen der (radikalen) Linken immer wieder reproduziert wird.

In der Diskussion am 14.03. zeigte sich, dass die Band sich in einem internen Diskussionsprozess befindet, in dem sehr unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen. Es wurde klar gestellt, dass es sich bei den Äußerungen nicht um eine geplante Aktion der gesamten Band handelte, sondern einen Alleingang des Sängers. Die Ansagen stießen bei einem Teil der Band ebenfalls auf Unverständnis und Erschrecken. In diesem Zusammenhang kündigten Novisa an, sich selbst als Band zu dem Abend und zu dem Artikel in der Zeck Nr. 137 verhalten zu wollen. Dies sollte nach eigenem Bekunden in der nächsten Ausgabe der Zeck geschehen. Die Band verwies darauf, das die Äußerungen ihres Sängers nicht aus dem Kontext der Ansagen gerissen werden sollten. Es wurde im Vorfeld der Ansagen bei dem Konzert selbst und auch in der Diskussion mit dem Plenum von der Band auf einen Besuch der Band in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 27.01. (Holocaust-Gedenktag) verwiesen. Die Ansagen des Sängers seien im Kontext der Enttäuschung über mangelnde Veranstaltungen und geringe BesucherInnenzahl zum Zeitpunkt ihres Besuches zu sehen. Im Verlauf der Diskussion zeigte sich, dass in der Band selbst sehr unterschiedliche Standpunkte bezüglich der Ereignisse vorhanden sind. Der Sänger von Novisa erklärte auf dem Plenum, dass er entgegen dem Zeck-Artikel der "AG Gewalt & Theorie", in dem der Gruppe ein deutscher Hintergrund unterstellt wird, er sei in Polen geboren und dort katholisch sozialisiert. Er habe sich seit Jahren intensiv mit dem Holocaust auseinandergesetzt. Er wollte mit der Aktion um das "Tabu-Wort: Jude" ein Zeichen setzten. In seiner Absicht lag es durch die Aufforderung dieses zu rufen, das Wort von seinem vermeintlich negativen Kontext zu "befreien".

Unserer Meinung nach wird in der Behauptung, dass "Jude" ein Tabu sei, in der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen die Opfer in den Mittelpunkt gestellt, Taten und TäterInnen verschwiegen. In der deutschen Öffentlichkeit werden JüdInnen generell nur als RepräsentantInnen eines Opferstatus wahrgenommen. Dies ist auch in der (radikalen) Linken lange Zeit so gewesen. Verstellt bleibt damit der Blick auf die deutschen TäterInnen und die ungebrochenen Versuche der Verdrängung. Das Tabu sind nicht die Juden, sondern die deutsche Tat.

Historisch hat dies in der BRD nach 1945 neben dem offensiven Verdrängen und Leugnen zu einem spezifischen Philosemitismus geführt. Wir teilen die Einschätzung der "AG Gewalt und Theorie", dass diese Konstellation Teil eines auch aktuellen linken Antisemitismus ist. Dieser entsteht aus einer verfehlten Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld, in dem sich aus dem deutschen TäterInnenkollektiv herausgemogelt und auf die Seite der Opfer geschlagen wird.
Dahinter steht der Wunsch nach Schuldentlastung. Im Gegensatz zu einem Rasse- oder Erlösungsantisemitismus kommt gerade der linke Antisemitismus verdeckter und oft nicht mit einer direkt antisemitischen Intention daher.

Auch wenn der abschließende flapsige Spruch "Einen schönen Holocaust-Gedenktag noch" nach Aussagen von Teilen der Band eine Reaktion auf ihr Erleben des Besuches in Neuengamme darstellt, stellt sich Novisa damit dennoch in eine gefährliche Kontinuität derer, die Gedenken eher als Erinnerungsvermeidung praktizieren. Wir schätzen jedenfalls das Maß an ironisch-kritischer Selbstbefragung eines Publikums, das zumindest ohne erkennbaren Widerspruch zu Teilen das vermeintliche "Tabu-Wort: Jude" gerufen hat, für extrem gering ein. So bleibt für uns nur eine zumindest gedankenlose Verächtlichmachung einer Trauer um die Opfer und einer historischen Verantwortung für die deutschen Verbrechen. Eine Auseinandersetzung mit der durchaus diskussionswürdigen Frage, ob mit einem "Holocaust-Gedenktag" nicht nur das deutsche Gewissen beruhigt werden soll, bzw. wie angemessenes Gedenken aussehen könnte, sieht für uns deutlich anders aus.

Obwohl der Sänger der Band nach eigenem Bekunden eine andere Intention verfolgte, stellt mensch sich mit solchen Äußerungen außerhalb eines antifaschistischen Konsens und dafür umso mehr in die Reihen jener, die die deutschen Taten relativieren wollen. Es ist nicht nötig offen antisemitische Stereotypen zu reproduzieren, um dennoch vorhandene Vorurteile zu bedienen und einer Relativierung der Shoah das Wort zu reden. Vielmehr muss Antisemitismus als struktureller Bestandteil der deutschen Sozialisation begriffen werden. Jeder Versuch sich aus diesem Sachverhalt herauszudefinieren stellt nur einen weiteren Versuch dar, sich in die Reihen der Opfer zu stellen und somit die deutsche TäterInnenschaft zu verleugnen. Auch links-Sein schützt vor Antisemitismus nicht.

Der Ablauf der Ereignisse zeigt, dass sich Novisa dabei in guter schlechter Gesellschaft befindet. Erschreckend ist, dass auch innerhalb der Roten Flora sich niemand an den Äußerungen des Sängers gestört hat, obwohl zahlreiche NutzerInnen den Vorfall mitbekommen haben. Auch unter uns scheint eine Sensibilität für antisemitisches Gedankengut und Verhalten nicht sehr ausgeprägt zu sein. Die Kritik an Novisa fällt zu Teilen auch auf uns selbst zurück. Der Vorfall macht deutlich, dass unsere politischen Ansprüche einerseits und politisches Handeln andererseits oftmals zu weit auseinander liegen.

Plenum der Roten Flora April 2007

Erwiderung von Novisa:

"Imaginierte Tabus und schönes Gedenken" von AG Gewalt & Theorie in zeck 137

Novisa spielt am 27.01.2007 in der Flora. Es ist der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, was ein Mitglied der Band zum Anlass nimmt, von seinem Besuch in der Gedenkstätte Neuengamme am selbigen Tag zu erzählen. Im Anschluss an diese Erzählung fordert er das Publikum auf, gemeinsam das Wort "Jude" zu rufen, um das Wort "zu befreien" - so die Formulierung.
Dass diese Ansage unglücklich und missverständlich war, wurde uns noch am selben Abend und in den folgenden Tagen deutlich, da sie heftige Diskussionen innerhalb der Band und ihrem Umfeld zur Folge hatte, die hier nicht näher erläutert werden müssen.

Nach Erscheinen des Textes von AG Gewalt & Theorie in der letzten zeck sehen wir uns jetzt allerdings mit Unterstellungen und Anschuldigungen konfrontiert, die wir so nicht stehenlassen wollen und können.

Die oben zitierte Ansage war ein Experiment, das scheitern musste, weil Flapsigkeit und Sarkasmus auf dem ideologisch verminten Gelände öffentlicher Äußerungen zum Holocaust zu Katastrophen führen können. Soweit akzeptieren und teilen wir die uns entgegengebrachte Kritik. Auch die prinzipiellen Thesen der AG Gewalt & Theorie über das kollektive Trauma der Deutschen und den daraus erwachsenen Philosemitismus können wir durchaus nachvollziehen.
Was wir nicht mehr mittragen können sind die Absichten und "persönlichen Defizite", die uns in diesem Zusammenhang unterstellt werden.

Im Prinzip richtete sich die kontroverse Ansage genau gegen den Philosemitismus, der uns in dem erwähnten Artikel vorgeworfen wird. Wir wollen und können ein Wort nicht aus seinem historischen Zusammenhang lösen. Was wir aber können und damit versucht haben, ist, dieses Wort in dem Sinne zu "befreien", dass man dem Wort als Mensch begegnet - ohne übertriebene In-Schutznahme, sondern mit einer ehrlichen, menschlichen Gesinnung, die dennoch vom Wissen um die jüdische Geschichte getragen wird. So wie es z.B. in dem Film "Ein ganz gewöhnlicher Jude" heißt, dass ein Jude nicht mit Samthandschuhen angefasst oder wie ein exotisches Tier im Zoo begafft, sondern als normaler und gleichwertiger - nicht minderwertiger und auch nicht übermäßig bewunderter - Mitbürger angesehen werden will. Es geht hier nicht um Geschichtsrelativismus oder sonstige Formen ignoranter Gleichmachung, sondern darum, ein wahrheitsgetreues und ehrliches Verhältnis zu jüdischen Menschen und damit auch dem Wort "Jude" aufzubauen.

Wir spielen die Musik, die wir spielen, in erster Linie weil wir sie gut finden, nicht weil sie einen bestimmten kulturellen Hintergrund hat. Wir verstehen uns nicht als Klezmer-Band, und erst recht nicht als jüdische Band, nur weil wir neben polnischen, amerikanischen, deutschen und anderen Stücken undefinierbarer Herkunft auch jüdische Stücke spielen.
Vielleicht kann man politische Aussagen darin finden. Zum Beispiel die, dass es einmal jüdische Kultur in Deutschland gegeben hat, die auf für uns nur ansatzweise vorstellbare Weise ausgelöscht wurde. Und dass man diese Tatsache gerade in Deutschland nie vergessen darf.
Wir maßen uns nicht an, uns einzubilden, mit unserer Musik irgendetwas gutmachen oder uns von irgendeiner Schuld befreien zu können. Wie man uns vor diesem Hintergrund aber ernsthaft "Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Vernichtung" vorwerfen kann, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Zur impliziten Anschuldigung, wir würden Judenwitze auf der Bühne erzählen, lässt sich nur eine Sache sagen: es gibt einen sehr wichtigen Unterschied zwischen jüdischen Witzen und Judenwitzen. Jüdische Witze wurden bei den ersten Konzerten von Novisa tatsächlich erzählt. Antisemitische Judenwitze gab es bei Novisa nie und nirgends.

Es würde den Rahmen sprengen, dieses Thema erschöpfend auszudiskutieren. Gerade die Diskussion darüber, ob nichtjüdische Deutsche überhaupt das Recht haben, jüdische Musik zu spielen, wird schon seit Jahren geführt und lässt sich wohl auch ins Uferlose weitertreiben.
Wir sind diskussionsbereit und interessiert an jeder ernstgemeinten Kritik oder Meinung zum Thema. Wer uns schreiben will, findet unsere eMail-Adresse im Internet, und das gilt auch und besonders für die AG Gewalt & Theorie.

Novisa



Über den Sinn der G8-Proteste - ein Interview

Es war ein schöner Apriltag, als sich Max, Petra, Helga, Mike und Nikolai sich mit uns unterhielten über den Gipfel in Heiligendamm und die Mobilisierung dagegen.
Hier das Ergebnis:

Z1: Fangen wir doch mal mit Petra an vom Dissentspektrum.

Petra: Ich bin Petra vom Dissentnetzwerk - mir ist ganz wichtig zu betonen, dass ich nur eine von vielen bin - weil eine Einzelperson nicht für Dissent sprechen kann - da sich das aus vielen Leuten zusammensetzt. Aber ich habe die Fragen, die ihr mir vorher schon gegeben habt, mit einigen Leuten abgesprochen und deswegen kann ich etwas sagen, aber nicht das ganze Spektrum repräsentieren.

Nikolai: Ich bin Nikolai. Ich sitze hier für einen kleinen Zusammenhang der eigentlich zu dem Schwerpunkt Erinnerungspolitik, NS, Shoa arbeitet und ich habe die Frage auch vorher bei uns in der Gruppe eingereicht und wir haben die auch diskutiert und wir sind überhaupt dazu gekommen uns mit G8 auseinanderzusetzen, weil wir das Gefühl hatten, obwohl wir dem ganzen sehr kritisch gegenüber stehen, die den großen Event nicht undiskutiert lassen. Deshalb haben wir uns einige Wochen Zeit dafür genommen unsere Position darin zu finden.

Max: Ich bin Max - ich komme von Avanti - wir sind mehr in der Interventionistischen Linken aktiv, das ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Einzelpersonen und Gruppen, der jetzt seit gut einem Jahr zum Thema G8 arbeitet. Wir als Avanti haben das Thema vor gut 1,5 Jahren zum Schwerpunkt unserer Aktivitäten gewählt.

Mike: Ich bin Mike - ich sage mal bunter Haufen. Wir sind eine gemischte Gruppe eigentlich so aus dem klassisch autonomen antiimperialistische Spektrum - die Gruppe gibt es noch nicht so lange. Wir hatten ursprünglich mal gesagt, mit G8 und Mobilisierung nach Heiligendamm wollen wir uns nicht so sehr beschäftigen. Wir sind eigentlich da reingerutscht und haben uns dann doch eingeklinkt bei den Vorbereitungen bei den Sachen, die hier in Hamburg stattfinden sollen.

Helga: Ja, ich bin Helga, ich gehöre auch zum Bunten Haufen. Wir haben das vorher nicht so richtig mit der Gruppe besprochen - ich würde aber sagen, wenn wir beide uns einig sind, dann ist das auch Konsens, ansonsten müssen sich die anderen beschweren.

Z1: Uns würde eure Motivation sich an den Protesten zum G8 zu beteiligen und wenn ihr nicht nach Heiligendamm fahrt, dann warum ihr da nicht hinfahrt. Was ist eure Kritik an den Protesten.

Helga: Wie Mike schon gesagt hat, war G8 ursprünglich gar nicht unser Thema. Wir sind dann dazu gekommen uns mit dem Gipfel zu beschäftigen über die Strukturen, in denen wir organisiert sind. Diese Strukturen wollen während des Gipfels bestimmte Dienstleistungen für die Anreisenden gewährleisten. Und darüber sind wir dazu gekommen, uns auch inhaltlich mit G8 zu beschäftigen.

Wir werden nicht nach Heiligendamm fahren, weil wir es wichtig finden, dass es auch dezentrale Organisation und Aktionen geben sollte und nicht nur in Rostock oder eben Heiligendamm sondern eben die ganze BRD "Austragungsort" ist.

Mike: Als das ursprüngliche Hamburger G8 Vernetzungstreffen danieder lag und sich eigentlich nicht getroffen hat, haben wir und noch einige andere Gruppen gesagt, wir beleben das wieder neu. Und in dem Moment wo sich das Treffen neu getroffen hat saßen dann auch mehr Leute zusammen und dann sind noch mal andere Diskussionen losgetreten worden, die vorher so nicht stattgefunden haben. Es wurde dann sehr schnell konkret und wir haben dann noch mal versucht auch in bundesweiten Zusammenhängen das dezentrale Konzept anzusprechen und wiederzubeleben, das ist dann relativ schnell abgewürgt worden. Erst als bekannt geworden ist, dass dieser Asien EU-Gipfel hier in Hamburg stattfinden soll hat sich das alles neu zusammengefunden- dann gab's auch hier in Hamburg eine größere Akzeptanz, dazu dann hier in Hamburg was Größeres auf die Beine zu stellen und explizit zu diesem EU-Gipfel zu mobilisieren

Z1: Also findet ihr das falsch nach Heiligendamm zu fahren?

Helga: Nee, falsch finden wir das nicht. Ich denke, dass es sehr schön wäre, wenn in vielen anderen Städten mehr laufen würde.

Max: Also wie gesagt, bei uns liegt das schon 1,5 Jahre zurück, dass wir das zu unserem Schwerpunkt unserer Aktivitäten machten. Wir haben schon mal so überregionale Kampagnen zum EU Gipfel in Kopenhagen gemacht und haben da für uns gute und wichtige Kontakte geknüpft und haben uns so ein bisschen als Organisation im norddeutschen Raum - jetzt mit den 6 Ortsgruppen - ein bisschen verantwortlich gefühlt als klar wurde, dass dieser Gipfel in Heiligendamm sein wird - nicht weit weg von Hamburg und Rostock. Wir sehen kritisch an Gipfelmobilisierungen als solcher, dass diese immer eine Tendenz in sich bergen auf einen Event fixiert zu sein und keine nachhaltigen substanziellen Wirkungen in den Orten entfalten. Dahingegen haben wir für Heiligendamm die Chance gesehen dort eine Mobilisierung zu starten, die auch der Globalisierungskritischen Bewegung neuen Atem einhaucht und haben auf der anderen Seite die Befürchtung gehabt, dass es ohne eine starke linke Intervention in dieser Mobilisierung zu einem ähnlichen Szenarium wie in Gleneagle - wo einige von uns waren - kommen könnte, wo es eine sehr starke Spaltung gab zwischen linksradikalem und bürgerlichem Protest. Das hat damals unserer Auswertung nach zu einer ziemlichen Niederlage der gesamten Bewegung in Gleneagle und zu einem relativ unkommentierten Spektakel von Entschuldungsgipfel geführt und das war für uns auch die Motivation zu sagen, wir gehen nicht nur in die Tiefe sondern auch in die Breite in unserer Mobilisierung.

Z2: Würdet ihr sagen, dass ihr damit selber noch ein Bestandteil von linksradikaler Politik seid oder eher nur noch eine Dienstleistungsstruktur für die radikale Linke, eine Art Schnittstellenfunktion zum liberalen bürgerlichen Flügel darstellt.

Max: Also, ich glaube nach alledem was man über uns sagt und wir auch über uns selbst denken sind wir selbstverständlich Teil der radikalen Linken, auch wenn das gelegentlich angezweifelt wird. Wir begreifen Radikalität nicht in einer habituellen Inszenierung sondern wir wollen eine Gegenmacht auf die Straße bringen, Menschen in Kommunikation miteinander bringen und Dinge aufbrechen. Wir denken und das ist auch Teil unseres Konzeptes, dass so was nicht funktioniert in einer relativ marginalisierten Linken, die sich nur mit sich selbst beschäftigt und dass diese genau in Auseinandersetzung mit dem NGO Spektrum, Gewerkschaftsspektrum etc treten muss und da für ihre Vorstellung werben kann. Das können wir später noch diskutieren inwieweit das gelingt bzw. nicht gelingt. Klar ist uns auch, dass das ein mühsamer Weg ist, der nicht frei von Widersprüchen ist. Aber wir aber sagen, der ist uns politisch wichtiger als quasi im eigenen Saft zu schmoren.

Z2: Vielleicht wäre ja direkt daran anschließend auch noch mal die Position von Dissent interessant.

Petra: Also bei Dissent ist es auch so, dass

das Spektrum direkt nach Heiligendamm mobilisiert. Die Motivation ist natürlich unterschiedlich. Für einen Teil ist der Gipfel ein Knotenpunkt und wir kritisieren nicht nur dieses G8 Treffen und nur die einzelnen PolitikerInnen sondern auch die Strukturen die dahinter stehen, sehen aber dieses Großereignis - ähnlich wie im Wendland den Castortransport - als eine Möglichkeit mit möglichst vielen zu intervenieren und Protest zu formieren und zu blockieren. Sag noch mal genau, was willst du genau im Vergleich zur IL wissen?

Z2: Ich würde gerne mehr hören zu den unterschiedlichen politischen Konzepten. Da die IL ja mehr auf Breite setzt und Dissent eher zu einem sehr klassischem selbstorganisiertem auf sich bezogenen linksradikalen Ansatz steht, würde mich schon noch mal eure Zielsetzung interessieren.

Petra: Dissent sieht sich auch als breiten Zusammenhang, der unter anderem in der radikalen Linken zu Blockaden aufruft. Aber Dissent steht nicht gegen größere Bündnisse, sondern plädiert für ein Nebeneinander unterschiedlicher Protestformen. Wir gehen große Bündnisse dabei nicht ein sondern wollen eher in Form von Absprachen agieren. Dissent ist auch bei dem Koordinierungskreis in Hannover vertreten um zum Beispiel die Choreografie abzusprechen.

Nikolai: Wir werden uns weder an den Protesten selber beteiligen noch nach Heiligendamm fahren. Unser Hauptkritikpunkt ist einmal, dass wir diesen Eventcharakter, den die Gipfel bekommen haben sehr skeptisch sehen und das Gefühl haben, man wird da so Teil einer Inszenierung. In den breiten Bündnissen oder bei den Massenprotesten geht ein radikalerer Standpunkt verloren oder Analysen werden so weit runtergebrochen, dass der G8 aus einer sehr verkürzten Kapitalismuskritik heraus angegriffen wird. Den verbreiteten Ansatz: "In Heiligendamm treffen sich die größten Schweine der Welt" halten wir für unsäglich und im Rahmen dieser Gipfelproteste fällt für uns so viel hinten runter, dass wir sagen, es gibt für uns keinen Anknüpfungspunkt.

Petra: Ich meine, auf Transparente passt auch nicht viel drauf - dann steht da wirklich nur "G8 versenken". - Aber soweit ich das vom Dissentkreis mitkriege, geht die Diskussion grundsätzlich schon tiefer. Wir sehen auch, dass Bündnisse schwierig sind, weil da Inhalte verloren gehen. Wir sehen aber auch die Möglichkeit, bei den Gipfelprotesten radikalere Inhalte zu verbreiten und auch in reformistische Kreise, wie Gewerkschaften, hineinzutragen. Aber vielleicht sind wir da ja hoffnungsvoller als ihr.

Mike: Ich würde dir da auch Recht geben: In Bezug auf Analyse der G8 und wie weltweit das kapitalistische System funktioniert ist während der ganzen Vorbereitung, insbesondere die letzten 1,5 Jahre aus linksradikaler Ecke ganz eindeutig zu wenig passiert. Da wäre gefordert eine Beschreibung von Neoliberalen Strategien im Weltweiten Maßstab. Des Weiteren wird immer von den Ländern des Südens oder des Trikonts geredet, es wird aber tatsächlich nie benannt: wie funktioniert dieses System real? Was sind Innenwirkungen, was sind Außenwirkungen und ich finde auch, dass in der ganzen Zeit zu kurz gekommen ist: wo verläuft die Konfliktlinie von der linksradikalen Analyse dem System gegenüber? Vielfach ist in der Linken die Vorstellung davon, wie dieses System funktioniert, wie mensch sich selber im Widerspruch dazu bewegt und wie Widerstand geleistet bzw. eine Gegenmacht dazu entwickelt werden kann, sehr nebulös.

Grade weil der G8 Gipfel ein politisches Symbol ist und damit auch der Protest dagegen ein symbolischer, ist es umso wichtiger den Protest inhaltlich zu unterfüttern, damit nach den Tagen im Juni die Mobilisierung nicht wie ein Kartenhaus wieder in sich zusammenfällt, sondern es eine weitergehende Diskussion und Aktion der radikalen Linken gegen das globale Wirtschaftssystem gibt

Max: Als Reaktion auf Nikolais Kritik frage ich mich, wie lässt sich denn die komplexe Struktur, die Totalität des Kapitalismus thematisieren außerhalb von universitären Zusammenhängen. Es geht doch genau darum, anhand eines angreifbaren Symbols die Einsicht in den symbolischen Charakter des Events zu entwickeln und deswegen mobilisieren wir natürlich auch einen symbolischen Protest dagegen. Das ist auch Teil einer gesamten Inszenierung, aber wie schafft man es sonst ein Bewusstsein für das, was auf dieser Welt passiert zu wecken? Mit 28igseitigen Abhandlungen zum Thema Weltwirtschaft ist es nicht getan. Im Gegensatz zu dem was hier gesagt wurde, sind durch die G8 Mobilisierung dermaßen viele Publikationen entstanden, die sich mit der Geschichte des G8 und deren Einbettung in neoliberale Regulationssysteme nach dem Ende von Bretton Woods beschäftigt haben, die sich beschäftigt haben mit der Konkreten ökonomischen Rolle von G8 als Aushandlungsbalance zwischen den Interessen der einzelnen Kapitalfraktionen und der einzelnen Staaten auf eine informellen Ebene und auch auf einer ideologischen Ebene zu Absicherung des Status Quo. Und ich glaube genau an diesen Punkten ist angesetzt worden sowohl durch die breite Mobilisierung von Dissent als auch in vielen anderen Spektren, wie auch der IL, ist genau an diesem Punkt aufgezeigt worden, wie man anhand eines konkreten Beispieles eben auf die Ebene der Abstraktion abhebt. Du hast gesagt, es wäre das Bild verbreitet von den größten Schweinen, die sich in Heiligendamm treffen. Dieses Bild in dieser Verkürztheit ist stilisiert, in keinem der relevanten Spektren existiert es so und es ist eine rhetorische Figur, die vielleicht ganz praktisch ist aber nichts mit der realen Gipfelmobilisierung zu tun hat.

Nikolai: Da möchte ich dir widersprechen. Das mag jetzt in Vorbereitungsspektren differenzierter gesehen werden. Aber allgemein ist in der Linken verbreitet die Ansicht: Es gibt die da oben, die paar die sich da treffen und es gibt uns als unterdrückte Masse mit dem dazugehörigen Gipfelgefühl - man ist dann halt ein paar tausend Leute auf der Straße und vielleicht auch mal zehntausend- das ist ja auch ein tolles Gefühl endlich mal nicht mehr so vereinzelt zu sein aber letztendlich bleibt es doch total verkürzt dabei. Ziel ist dann, den Gipfel zu kippen, als sei damit etwas gewonnen. Tatsächlich würde sich aber selbst dadurch gar nichts ändern, weil alle austauschbar sind und dieser Gipfel ist ein Symbol. Sich auf diese symbolische Ebene zu begeben heißt das Spiel mitspielen.

Max: Aber wo sind wir nicht Teil der symbolischen Ebene?,

Nikolai: Wir begreifen Kapitalismus als etwas sehr Allumfassendes, weil wir alle ständig Teil davon sind und das System reproduzieren. Es ist nicht der böse Unterdrücker, der das einem aufoktroyiert. In den Mobilisierungen wird noch immer viel mit haarsträubenden Personalisierungen gearbeitet. Der gute Arbeiter gegen den bösen Kapitalisten, das finden wir unsäglich.

Z2: Jetzt vermischst Du linksradikales und reformistisches Spektrum. Aber siehst Du denn, bei all Deiner Kritik an verkürzten Symbolismen, praktische Ansatzpunkte an denen man anknüpfen könnte?

Nikolai: Mir persönlich wären als praktische Ansatzpunkte solche Aktionen wie "Agenturschluss" viel wichtiger als so ein Symbol anzugreifen. Da lässt sich viel besser die Verwertbarkeit von Menschen und der herrschende Arbeitsbegriff in Frage stellen.

Der Gipfel findet statt und da ist es egal ob da ein paar Leute am Zaun rütteln oder nicht. Was beschlossen werden soll wird beschlossen und das ist auch schon vorher klar. Ich finde so eine Intervention im Alltag viel nachvollziehbarer und finde es umso dramatischer dass sich so wenig Leute auf so eine Aktion wie "Agenturschluss" bezie-

hen oder wie wenig man dann auch dadurch erreicht. Das ist eine fatale Situation auf die ich selber so auch keine Antwort hab. Natürlich hätte ich mich gefreut wenn sich an diesem Termin tausende von Leuten daran beteiligt hätten - statt der üblich 150 bis 200 aber ich glaube das zeigt einfach auch ein Problem auf, das Linksradikale sich damit abfinden müssen, dass man eben nicht gerade den konkreten Bezugspunkt hat. Die Leute lassen sich eher vom Arbeitsamt knechten als Widerstand zu entwickeln.
Sich dann bei einem Event wie G8 dem Erlebnis des Massenprotestes hinzugeben halte ich für Selbstbetrug.
Ich kann es höchstens verstehen wenn Leute halt auch mal einfach den Riot "genießen" wollen. Kann man machen, aber das ist dann nicht meins.

Helga: Aber die zu einem solchen Event bestehende Öffentlichkeit lässt sich ja nutzen, die eigenen Inhalte zu vermitteln, sicher muss es nicht immer die zentrale Groß-Aktion sein. Auch mit dezentralen Aktionen lässt sich, wenn sie gut durchdacht sind, viel vermitteln.

Petra: Ich glaube, dass die inhaltliche Vermittlung ein ganz wichtiger Punkt ist. Die oberflächliche Globalisierungskritik, die Du beschreibst, entsteht auch durch die etablierten Medien, die unsere Inhalte selbstverständlich nicht vermitteln. In unseren eigenen Medien können wir die Inhalte differenzierter darstellen.

Nikolai: Leider selbst da nicht unbedingt. Auch wenn man gerade das Blatt nimmt für das wir hier jetzt dieses Gespräch führen, finde ich die Aufrufe die dort veröffentlicht werden usw. genau so platt - wenn sich da ausgesponnen wird: nach dem G8 brennen die Villenviertel und alles ist gut- nun ja, das ist nicht meine Vision wie es danach aussehen soll.
Ich glaube so ein weiterer Punkt der uns an der G8 Geschichte aufgestoßen ist, ist eine Auseinandersetzungsfaulheit gerade mit Kritik, die an die Antiglobalisierungsbewegung herangetragen wurde. Es wird sehr wenig über gewisse Knackpunkte diskutiert. Bei Gipfelprotesten gab es immer wieder antisemitische und antiamerikanische Ausfälle, die hingenommen wurden. Kritik daran wurde eher als nestbeschmutzend wahrgenommen, als antideutsche Anpisse.

Max: Als Außenstehender kann man das natürlich so ganz nonchalant abqualifizieren. Aber genau in Bewegungen rein zugehen und diese Kritik da zu äußern scheint ja nicht auf eurer Agenda zu stehen. Das wird nämlich getan, wenn du auf den entsprechenden Treffen gewesen wärst, hättest du sicher mitbekommen, das das sehr wohl, sehr breit diskutierte Themen gewesen sind. Auf dem Kempinski war die Hütte voll und es ging 8 Stunden lang über genau diese Fragen. Bei Attac gab es lange Broschüren, im Dissentkreis lange Auseinandersetzungen und es gibt von uns von Avanti eine gesamte Veranstaltungsreihe, die sich damit auseinandersetzt. Es gibt Artikel ohne Ende und es gibt ein gemeinsames antifaschistische Aufrufflugblatt was genau diese Kanten abschleift. Sich jetzt da in so einem Ton hinzustellen "Nein, es wird sich nicht auseinandergesetzt mit der Kritik" finde ich arrogant. Das hat nichts mit einem Bewusstsein von Bewegungspolitik oder überhaupt Intervenieren in gesellschaftliche oder politische Auseinandersetzungen zu tun sondern sich zurückzuziehen auf sein intellektuelles Altenteil. Noch ein Punkt, der mir sauer aufgestoßen ist, den du vorhin angemerkt hast: Agenturschluss schön und gut. Agenturschluss war eine symbolische Aktion. Agenturschluss stand im Kontext von Großdemonstrationen, die aus den Basisinitiativen von Gewerkschaften und von sozialen Bewegungen heraus organisiert wurden am 3. November 2005 und genau Ausdruck dieser Prozesse waren. Selbstorganisierungsprozesse über die Montagsdemonstrationen, über die man ja im Einzelnen streiten kann, aber die selbstorganisierte Prozesse von unten waren und die in den Städten versucht haben Betroffene zu mobilisieren und zu engagieren und die Frage, wo da eine radikale Linke war, die da interveniert hätte, diese Frage sollten wir uns alle mal persönlich stellen.

Nikolai: Ich kann sehr wohl sehen, dass versucht wird eine Abgrenzung gegenüber Nazis hinzukriegen und das auch mit den Gipfelprotesten zu machen. Aber mir persönlich geht das eben nicht weit genug, mir fehlt da auch die innerlinke Auseinandersetzung über heikle Streitthemen. Wir finden es gerechtfertigt sich außerhalb von Bewegungen zu positionieren, Kritik zu äußern und ein nachvollziehbares Verhalten einzufordern. Das ist unserer Meinung nach nicht in dem Maße passiert. Ich halte den Ansatzpunkt, sich nicht in eine Bewegung zu begeben, aus Kritik heraus, durchaus für gerechtfertigt. Da ist mein Bewegungsverständnis sicher ein anderes als deins und deswegen sind wir ja beide auch so organisiert wie wir organisiert sind.

Max: Und dann nicht konzedieren zu können, dass es eine solche Auseinandersetzung gibt, indem man nicht einmal die Auseinandersetzung nach verfolgt, das ist doch das Problem. Jeder soll seinen Standpunkt da wählen wo er oder sie meint da richtig zu sein aber dann nicht genau den Blick darauf wenden und dann die Frage, die man sich zu Hause überlegt hat nicht mit der Bewegung abzugleichen - das finde ich arrogant, weil auf dem Kempinski gab es eine 8stündige Diskussion, es gibt die Texte die sich damit auseinandersetzen, die sind breit diskutiert und das muss man zumindest zur Kenntnis nehmen

Petra: Ich würde Max da zustimmen und frage mich, wie ihr das letztendlich mitkriegt, wenn ihr euch nicht in die Bewegung hineinbegebt.

Nikolai: Also was ich mir zum Beispiel gewünscht hätte wäre eine Thematisierung innerhalb der Zeck zum Beispiel, die einfach vorher mal einen Artikel verfasst, der sich nicht nur an die eigene kleine Mini-Szene richtet, mit der mensch eh einig ist, sondern an eine breitere Szeneöffentlichkeit. Und da könnte dann auch thematisiert werden, dass bestimmte antisemitische und verkürzende Tendenzen bei den Gipfelprotesten nicht gewollt sind. Aber mir ist das jetzt immer noch unklar, ob das wirklich so ist, ich habe bisher noch keinen einzigen G8 Artikel gelesen der sich damit auseinandersetzen würde. Fragen wie: Wie geht man denn mit Antisemitischen Plakaten um? Und wenn da zum Beispiel Statements zu Israel kommen, ist das OK? Ist das konsensfähig? Wo steht man da als Bündnis? All das vermisse ich und es ist andersrum ähnlich arrogant zu sagen, ihr müsst doch nur durchlesen was wir diskutieren. Ich finde das muss ich nicht, sondern man hat die Verantwortung sich auch mal breiter dazu zu äußern.

Zeck: Offensichtlich sind die jeweiligen linken Spektren sehr gegeneinander abgeschottet, Diskussionen werden nur innerhalb des jeweiligen Spektrums geführt und vermitteln sich nicht nach außen.
Aber mich interessiert noch mal näher der dezentrale Ansatz von Helga und Mike. Ihr habt gesagt, G8 war ursprünglich eigentlich gar nicht euer Thema. Was motiviert euch jetzt, der Gipfel in Heiligendamm oder eher der lokale Bezug auf Hamburg?

Mike: Das vermischt sich glaube ich. Wir haben eine Zeitlang probiert lokalen Strukturen wieder auf die Beine zu helfen und da unseren Bezugspunkt zu finden.
Und dann gab es ja schon relativ früh Leute in Hamburg, die gesagt haben, sie machen hier das Convergence Center auf und dass schon damit gerechnet wird dass relativ viele Leute auch aus dem Ausland über Hamburg anreisen werden wenn die dann weiter nach Heiligendamm wollen. So war zuerst dass Gefühl, in Hamburg ein Gerüst von Dienstleistungen für die Anreisenden bieten zu müssen, dann kam mit dem Asien-EU-Gipfel die Grossdemonstration dazu und damit dann die Idee der Aktionstage. Das war dann eine Entwicklung, ursprünglich hat-

ten wir eine sehr rudimentäre Vorstellung eines dezentralen Konzeptes vertreten. Wir hatten uns vorgestellt, hier eher als Kleingruppe ein bisschen die Geschichte in Heiligendamm zu flankieren und dann ggf. medial noch mal was zu inszenieren und die Bullen so ein bisschen in Verwirrung zu bringen - das hat sich jetzt so ein bisschen ausgewachsen.

Helga: Wir sind schon auch Leute die Kampagnen-Politik mitmachen, wobei es uns dann weniger um die Kampagne an sich geht als vielmehr darum, die Kampagnen mit Inhalt zu füllen und um Verbindungen aufzumachen und Organisierung zu formieren. Regional drehte sich hier ja viel um den Wasserturm in letzter Zeit, wo wir dann eher sagen, der Wasserturm ist uns egal wie uns auch der G8 egal ist- nicht egal ist uns der Hintergrund, warum so eine Sache so funktioniert und was die Struktur dahinter ist und was die Politik dahinter ist - Widerstand zu formieren und mit Inhalten füllen, und nach Ende der Kampagne mit mehr Vernetzungen als vorher wieder herausgehen.

Z2: Den Ansatz von euch würde ich jetzt so verstehen, lokale Vernetzung voranzutreiben. Da wäre dann jetzt die Frage im größeren Maßstab noch mal, ist das auch der Anspruch des bundesweiten Zusammenhangs und funktioniert das in dem?

Mike: Ich möchte da noch mal kurz was zu ergänzen. Es geht nicht nur um Vernetzung im lokalen Rahmen. Es geht auch darum, Strukturen einer bundesweiten politischen Vernetzung, die in den letzten zehn Jahren oder so in sich zusammengebrochen sind, wieder aufzubauen. Die haben sich jetzt im Rahmen der G8 Mobilisierung in welchen Spektren auch immer wieder ein bisschen reorganisiert, aber haben lange noch nicht den Stand regelmäßige Kontakte überregional, die es früher einfach gab.

Also das ist auch `ne große Motivation von uns darin, was zu machen.

Z1: Die Proteste auch weiter zu tragen nach Heiligendamm?

Mike: Das auch, aber ich meinte jetzt erst mal strukturell. Aber dann auch Debatten loszutreten in größeren Zusammenhängen, auch durch wie auch immer geartete Aktionen, dass das Thema einfach weiter kocht und das man damit auch wieder in eine vernünftige inhaltliche Auseinandersetzung kommt, die dann auch noch über den Rahmen hinaus geht, den es jetzt eigentlich hat

Max: Genau darum geht es ja auch ganz praktisch. Die interventionistische Linke hat durch das gemeinsame Projekt einer Mobilisierung nach Heiligendamm eine ganz eigene, neue und positive Dynamik gewonnen. Vor dem Hintergrund des Scheiterns verschiedener Organisierungsansätze der radikalen Linken versuchen wir jetzt verschiedene Gruppen miteinander zu organisieren: von der ALB, von FELS, von Avanti, von radikale Linke Nürnberg, von Gruppe Dissident Marburg und so weiter, mit Zeitungsprojekten und engagierten Einzelpersonen, Leuten aus der ATTAC-Linken zusammenzubringen in einen kontinuierlichen Disskussionsrahmen zu bringen und eine Form von Organisierung voranzutreiben unseres Spektrums, dass wir jetzt mal so als undogmatische, radikale Linke mit einem postautonomen Touch bezeichnen. Und diese Organisierung versucht in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen, tritt auf in großen Blöcken wie auf der Berliner großen Sozialabbaudemonstration oder in Nürnberg zur Bundesagentur für Arbeit. Und so ne neue Zusammenarbeit an so einem praktischen Beispiel auszuprobieren ist sicherlich ein Effekt den wir sehr gut und sehr wichtig finden. Bei Dissent wird das ja ähnlich sein, oder?

Nikolai: Ich hätte da mal ne kurze Nachfrage. Also was du jetzt da beschreibst, das erinnert mich ganz stark an den AABO-Ansatz den es in den 90ern gab, wo eben auch nicht nur die radikale Linke Bündnispartner war, sondern das ging dann auch über die Grünen, Gewerkschaften und so weiter. Also ich finde das ist ein ähnliches Spektrum das ihr auch ansprecht. Und mir ist jetzt nicht ganz klar wo da jetzt euer explizit neuer Ansatz drin ist. Der BO-Ansatz wurde damals auch stark kritisiert, u.a. weil es der radikalen Linken nicht gelungen ist da mehr Inhalte rein zu tragen. (...)

...

Wenn ihr z. B. gemeinsam mit der grünen Jugend unter einem Flugblatt steht, frage ich mich ernsthaft was ihr damit bezweckt.

Max: Das Konzept BlockG8, das wir aufgelegt haben, ist ein Konzept bei dem wir sagen, wir wollen nicht in diese Eskalationsspirale einsteigen, die sich mit Genua und den Schüssen von Göteborg in eine Richtung entwickelt hat, die ein Bürgerkriegsszenario darstellte. Sondern die Frage ist, wie man es schaffen kann, eine konkrete Blockade von dem G8-Gipfel zu organisieren. Es geht da um einen gezielten Regelverstoß, zu sagen wir überschreiten gemeinsam mit möglichst vielen Leuten, die das politisch gemeinsam tragen die Grenzen. An dem Aktionskonsens lässt sich das auch aufzeigen: Wir halten uns nicht an Regeln, wir wollen uns kreativ, bunt, wobei schwarz ein Teil von bunt ist, in eine Menschenmassenblockade begeben, die vielfältige Aktionsformen des sozialen Protestes und der Widerstandspraxen von Superhelden bis zu den Überflüssigen vor Ort widerspiegeln und sich dort ganz konkret auf die Straße setzt, stellt oder legt um diesen Gipfel zu blockieren. Und wenn die grüne Jugend meint, dass das eine richtige Aussage ist, dann kann ich das erstmal begrüßen. Das man nicht mit allen Partnern in allen Fragen übereinstimmt, das ist halt so. Man muss sich halt zu bestimmten Fragen auf einen Konsens einigen. Wenn der für alle passt, schön und gut - man hat da sicherlich seine Grenzen. Aber, es ist ja keine Heirat, sondern das ist eine Aktionsübereinkunft. Und das ist auch Ausdruck der, von uns jedenfalls so ausgewerteten, Erfahrung von Gleneagle, das genau das Konzept des Gipfelprotestes auf dem Land mit militanten Mitteln nicht zu gewinnen ist. Und dass an solche Aktionsformen, die gemeinschaftliche Widerstandsformen hervorbringen, auch im Alltag angeknüpft werden kann.

Petra: Das Problem bei dem Bündnis, dass ihr als Avanti und Teil von der IL eingeht, ist, dass Attacspitzen, NGO und Gewerkschaften radikalere Inhalte nicht akzeptieren. Und sie spätestens bei der Außendarstellung des Bündnisses hinten runter fallen lassen oder gar negieren. Im Übrigen: Das Konzept vom militanten Widerstand auf dem Lande, das vorhin erwähnt wurde, kann sehr wohl funktionieren. Das zeigt sich jedes Jahr beim Castorwiderstand im Wendland. Der Castor wird zwar nicht verhindert, aber es gibt dort gute Ansätze. Ich denke da kann mensch einiges mit nach Heiligendamm nehmen.

Mike: Genau, so wie Attac in zwei Presseveröffentlichungen schon noch mal zum Besten gegeben hat, dass sie jede Art von Gewalt ablehnen. Da war in der Öffentlichkeit nichts zu hören von der vermeintlich vereinbarten gegenseitigen Akzeptanz aller Protestformen.

Und da wird dann vollkommen unwidersprochen mit einem bürgerlichen Gewaltbegriff gearbeitet, der sehr zu hinterfragen ist. In der radikalen Linken gibt es wenig Bewusstsein, wie denn militanter Widerstand tatsächlich aussehen soll. Bei Demos wird häufig auf eine gewisse Eigendynamik gesetzt, aber Gewalt als gezieltes politisches Mittel ist eine Leerstelle, inhaltlich und praktisch ungefüllt, und deswegen kann dann z.B. der Position von Attac auch nichts entgegengestellt werden

Petra: Aber es gibt zum Beispiel von PAULA, die sich auch zu dem Dissent-Spektrum zählen, Aufrufe zu Blockaden. Das kann mensch alles sehr schön in der Zeck 135 Seite 11 nachlesen. Da wird schon deutlich was gemeint ist.

Z2: Aber es stimmt natürlich schon, dass die Frage nach der Definition von Gewalt nicht gestellt wird. Man übernimmt einfach den bürgerlichen Gewaltbegriff

Mike: Es müsste darum gehen, zu sagen, die Gewalt hier ist systemimmanent. Und deswegen erkennen wir das staatliche Gewaltmonopol nicht an. Und gegen diese systemimmanente Gewalt stellen wir unseren Widerstand. Wie auch immer der dann aussieht...

Z2: Ich hätte noch mal eine Frage an Avanti, weil ihr ja auch das Block G8 Konzept fahrt, inwieweit ihr mit der drohenden Polizeirepression bei Massenblockaden umgehen wollt.

Max: Wir können nicht prognostizieren, wie die Polizei sich dem gegenüber verhalten wird.

Das ist eine symbolische Aktion, die wir da machen - also in der letzten Konsequenz werden wir weder diesen Gipfel verhindern können, noch in Heiligendamm auf den Esstisch spucken, sondern es geht ja letztlich darum, möglichst viele Menschen gemeinsam in Aktivität zu bringen, unseres Erachtens, die dann auch mit dem Gefühl: "Widerstand und Aktivität ist etwas was sich lohnt" auch für zu Hause mitnehmen und auch eine Entschlossenheit mit in den Alltag zu bringen.

Und genau das ist für uns das Kriterium von Erfolg und Misserfolg; und darum haben wir genau auf diese Aktionsidee orientiert. Die Idee einer offensiven und entschlossenen Blockade, ohne sich auf das Spiel einzulassen, wie es die Polizei nun mal gerne hat und das vielleicht - manchmal jedenfalls - auch gut kalkulierbar ist für sie.

Es kann natürlich auch sein, dass sie uns komplett auseinander nehmen. Das kann man nicht vorhersagen; das kann sein. Damit müssen wir denn politisch umgehen. Wir hoffen, dass wir so viele sind, dass sie uns nicht einfach zusammenprügeln können.

Z1: Aber ist, provokant gefragt, das nicht ein bischen auch ´ne naive Hoffnung. Weil in den letzten Jahren Protest, der wirklich gestört hat, immer ohne Zögern den Knüppel gezeigt bekommen hat.

Max: Natürlich wird es in diesem Fall nicht so aussehen, dass die letztendlich den Gipfel absagen, aber vielleicht, wenn es nicht gelingt, den Schampus da irgendwie durchzuschleusen wäre das ja mal ein netter Erfolg ...

Es ist uns schon auch wichtig, dass es als ein Teil der sonstigen Blockaden des G8-Gipfels verstanden wird. Und auch von uns so nach außen getragen wird. Das ist wie gesagt unsere Kampagne die ein eigenes politisches Profil aufweist, aber eben genau um nicht in diese Abgrenzungs- Logik hineinzufallen. Und was die Inhalte verwässert: Natürlich ist der Aufruftext jetzt kein Flugblatt, wie Avanti ihn alleine schreiben würde. Aber wir haben uns wichtige Punkte in die Eckpfeiler-Erklärung einfließen lassen, im zweiten Satz steht es drin: Die G8 haben keine Legitimation

Z2: Das ist inhaltlich Unsinn. Natürlich sind die G8 legitim, weil es legitime Staatsvertreter sind. Die sind nicht delegitim, sind ja keine - das war auch so schön in dem Text von "top"- , es sind ja keine Raubritter, die sich irgendwelche Macht genommen haben, sondern sie sind gewählt vom Volk oder von den Wählern - oder wie auch immer man das nennen möchte - und da kommen wir auch zu dem, was der Genosse Nikolai da vorhin gemeint hatte, dass es eben noch um ganz andere Sachen geht. Nämlich die Strukturen anzugreifen, die dahinter stehen.

Nikolai: Die Behauptung, die G8 seien illegitim transportiert die Vorstellung, es müsten nur wirklich legitime PolitikerInnen eingesetzt werden, und alles wird gut. Und grade bei dem Massenansatz, den ihr vertretet, werden dann verfälschenden Plattitüden Tür und Tor geöffnet.

Max: Natürlich kann man immer sagen: Alles was du auf ne halbe DIN A4-Seite bringen kannst, Aufruf plus Konzept, ist verkürzt. Also wir haben gerade jetzt in 36 Seiten, in einer Broschüre versucht und alles ist verkürzt. ich bin mal sehr gespannt auf den, der was Unverkürztes zum Thema Kapitalismuskritik und Analyse und so weiter zu Papier bringt. Wir haben uns für eine konkrete Aktionsidee, auf einen Konsens geeinigt. Damit versuchen wir eine politische Dynamik erstmal zu entwickeln, die Räume eröffnet und so was wie Wahrnehmungssperren abbaut. Und so was geht nun mal aller Erfahrung nach nur in Hochzeiten politischer Bewegungen und politischer Dynamik, von der wir momentan in Deutschland weit entfernt sind. Die Erfahrung ist aber, dass in anderen Ländern gerade durchaus einiges in Bewegung ist und dass sich durchaus Risse im neoliberalen Regime aufzeigen.

Wir nehmen jetzt diese Beispiel G8 heraus und ich würde schon sagen, das ist eine Institution, die über das Schicksal von wesentlichen Teilen der Menschheit einen weit reichenden Einfluss hat. Und die Berechtigung, über die Mehrheit der Menschheit zu bestimmen, mittels dieser globalkapitalistischen und imperialistischen Koordination, das sprechen wir ihnen ab. Und wir wollen Menschen zum Nachdenken bringen, was auf diesem Gipfel eigentlich passiert.

Das kannst du nicht in einem halbseitigen Flugblatt erklären.

Z2: Ich möchte gleich mal die Frage nach der Nachhaltigkeit der Gipfelproteste anschließen. Was glaubt ihr, bleibt von den Protesten über den Juni hinaus?

Werden sich die Strukturen danach halten, oder ist es eben sehr diesem Eventcharakter zuzuschreiben, ist es danach wieder komplett vorbei.

Petra: Die Mobilisierung gegen den Gipfel der G8 ist eine typische Kampagne, während der Strukturen aufgebaut und Bündnisse gebildet werden. Bezüglich Dissent gab es schon eine Vernetzung, bevor Dissent Dissent hieß und es gibt Vernetzungen auch mit anderen Ländern, ohne dass sie Dissent heißen. Das Netzwerk plant sich auch, nach Heiligendamm weiterhin zu treffen. Im Bezug auf den gesamten Protest können einmal aufgebaute Strukturen eine Basis für erneute Vernetzung geben. Ich finde auch den Aspekt wichtig, dass Großereignisse, wie der Gipfelprotest, jüngere Leute mobilisieren und politisieren. Außerdem erhoffen wir uns, dass von unserer radikalen Systemkritik etwas hängen bleibt.

Z1: Ich glaube die Diskussion um verkürzte Kapitalismuskritik ist eine Diskussion, die sehr stark in Deutschland geführt wird. Wenn ich jetzt im internationalen Maßstab guck, ist der Eindruck von mir schon, dass die da gar nicht so sehr geführt wird, was mit der deutschen Geschichte zu tun hat Wieweit gibt es eine internationale Zusammenarbeit bei der jetzigen Mobilisierung, und sind die unterschiedlichen politischen Kulturen ein Problem?

Max: Also es gibt ja die Auseinandersetzung, die Nikolai angesprochen hat im internationalen Rahmen durchaus. Wir haben im Rahmen der Kampagne nach Kopenhagen zum EU-Gipfel eine sehr intensive Auseinandersetzung genau über Antisemitismus mit der dänischen Szene geführt, die auch dokumentiert ist auf unserer Homepage. Jetzt auf dem europäischen Sozialforum gab es ähnliche Diskussionen. Die Linke in anderen Ländern ist anders strukturiert und hat historisch andere Erfahrungen gemacht. Natürlich ist die Linke in England oder in Italien weiter auf eine sehr unkritische Weise mit Palästina solidarisch. Aber anlässlich solcher internationaler Mobilisierungen ist es möglich miteinander in die Diskussion zu kommen.

Da führen wir z.B. Diskussionen um Fahnen auf Demonstrationen, um antisemitische Parolen. Die Auseinandersetzung auf der organisierten Ebene findet statt, findet auch

jetzt wieder statt auf allen internationalen Treffen und wird durchaus auch dadurch erst international.

Petra: Klar laufen inhaltliche Diskussionen auch im internationalen Rahmen. Neben dem Sozialforum ist PeoplesGlobalAction ein Beispiel dafür, ebenso wie die G8 Infotour, wo Leute durch verschiedene Länder reisen, um zu den Protesten nach Heiligendamm zu mobilisieren. Wobei vor Ort inhaltliche Auseinandersetzungen entstehen.

Z1: Gibt es im Rahmen von der Mobilisierung zum EU-Gipfel in Hamburg solche Auseinandersetzungen?

Mike: Bis jetzt nicht. Weil das ganze jetzt grade mal eben im knapp überregionalen Rahmen anläuft. Dass da mehr Leute noch bundesweit oder aber auch europaweit mit eingebunden werden, soweit ist das noch gar nicht gediehen. Aber auch dort wird es diese Diskussionen selbstverständlich geben.

Z1: Aber ist es dann eigentlich nicht ein bisschen voreilig zum jetzigen Standpunkt schon so was als internationale Demo anzusehen?

Mike: Sagen wir mal so, sie war ursprünglich nicht so konzipiert, das ist immer bisschen größer geworden. Am Anfang hieß es überregional, bundesweit und dann gab es tatsächlich dadurch, dass dieses Datum und der Fakt überhaupt veröffentlicht worden ist, tatsächlich Rückmeldungen aus dem europäischen Ausland, dass Leute aus England und Dänemark und Holland auf jeden Fall kommen wollen und sich auch darauf einstellen, nach Hamburg zu fahren. Dann hat es tatsächlich diesen internationalen Charakter gekriegt

Z2: Abschließend könnten wir noch eine Frage stellen: Am 2.6. zum Auftakt der Proteste in Heiligendamm gibt es ja auch eine Demo in Schwerin gegen den geplanten Aufmarsch der Nazis. Werdet ihr nach Schwerin fahren oder nach Rostock zu der Auftaktdemo?

Mike: Wir sind uns da tatsächlich als Gruppe auch nicht wirklich einig. Ursprünglich hatten wir mal gesagt, wir fahren nach Schwerin, um da tatsächlich den Nazis auch nicht das Feld zu überlassen, die Gegenposition ist dann aber auch: Nazis hinterherfahren kann man fast das ganze Jahr.

Und auf der Demo in Rostock am 2.6. werden möglicherweise auch sowieso tatsächlich genug Leute sein. Es werden, so breit wie aufgerufen worden ist, auch alle möglichen Inhalte da sein. Das wäre jetzt nicht unbedingt unseres, als einzelne Gruppe dann auch zu sagen, wir fahren da hin, weil uns das wichtig wäre. Eine weitere Position lautet: Grade deswegen, grade weil groß ist, grade weil diese Demo qua der Größe möglicherweise auch unkontrollierbarer ist für die Bullen, könnte es reizvoll sein unsere eigenen Inhalte und Formen auf die Straße zu bringen. Also das steht grad ein bisschen gegeneinander.

Petra: Und von Dissent aus wird auch zu beiden mobilisiert, weil da auch unterschiedliche Meinungen sind. Ich persönlich gehöre eher zu der Fraktion, die auch nach Rostock möchte, um linksradikale Inhalte wahrnehmbar zu machen.

Nikolai: Aus nahe liegenden Gründen werden wir nicht nach Rostock fahren, das habe ich aber auch dargelegt, dass wir Großdemos eher ablehnend gegenüberstehen. Für uns ist ganz klar, nach Schwerin zu fahren. Bei aller Kritik an der G8 finden wir es wichtig klarzustellen, dass die Nazis nicht Teil der Anti-G8 Bewegung sein können und dass es ihnen schwer gemacht wird sich da dranzuhängen.

Max: Wir werden als Avanti und als IL auf jeden Fall nach Rostock mobilisieren, weil wir es eben wie gesagt wichtig finden, dass es sich dort ein möglichst breiter und vielfältiger Protest äußert. Aber natürlich schlagen da auch zwei Herzen in unserer Brust, - ein Teil unserer Arbeit ist Antifaarbeit. Und wir machen im Vorfeld dazu - ich glaube jetzt in 10 Städten - Veranstaltungen und es kribbelt einige Leute bei uns da durchaus hinzufahren. Und es gibt da auch noch ein Gesprächsbedarf intern, wie das jetzt geregelt wird. Aber als politische Aussage würden wir sagen: An diesem Tag ist es wichtig, genau nach Rostock zu fahren, weil dort die Musik spielt.

Z1: Aber, ich hätte da vielleicht noch mal dran anknüpfend die Frage, tut es das tatsächlich, die Musik spielen. Die ganzen Blockadekonzepte, Camp, Aktionen im Vorfeld oder die EU-Demo sind ja alles Sachen, die stark aus dem autonomen linksradikalen sonstigen Kreis getragen werden und auch sehr stark ein eigenes Profil entwickeln werden - wäre zumindest die Hoffnung dabei. Rostock wird - ist mein persönlicher - das fängt schon mit Aufrufen an: Gysi, Lafontaine Unterzeichner und so weiter in der Öffentlichkeit doch eher als staatstragende Kritik eines reformistischen Spektrums erscheinen. Und ist da eigentlich nicht gerade diese Nazidemo ein viel besserer Angriffspunkt auch noch mal eine linksradikale Position deutlich zu machen und zwar gar nicht nur im Angriff gegen die Nazidemo, sondern auch in der Formulierung eigener Positionen zum G8.

Nikolai: Die Nazis haben auch ihre Anti-G8 Geschichte und führen ihre Argumente ins Feld wie das genauso die Kirchen, die Gewerkschaften und die radikale Linke tut. Und ich finde ja da wäre eigentlich Schwerin genau der richtige Punkt einer radikalen Linken genau in der Konfrontation mit den Nazis diese Kritik reinzubringen. Einfach weil das dann auch noch mal einen klaren Punkt setzen würde: das geht nicht zusammen. Es stößt mir schon etwas übel auf, dass von beiden großen Spektren kommt: "Wir gehen lieber auf die große Demo." Eine Auseinandersetzung bzw. ein Ausschluss von antisemitistischen und antiamerikanischen Inhalten, wie wir sie uns wünschen, wird es in Rostock nicht geben, obwohl diese Vertreten sein werden.

Mike: Vor allen Dingen, weil ich glaub diese Naziposition zur G8 und auch zur EU gesellschaftlich ziemlich verankert ist. Also, die sehr breit getragen wird.

Petra: Die vielleicht zum Teil auf der Auftaktdemo in Rostock auftreten wird. Aber mache ich mir das nicht ziemlich einfach, indem ich einfach dann gegen irgendwelche Nazis auf die Straße gehe und nicht versuche in Rostock meine Kritik anzubringen?

Helga: Ich finde du darfst das beides gar nicht gegeneinander stellen, sondern es muss halt beides laufen. Beides ist wichtig und sollte solidarisch miteinander laufen.

Petra: Wie gesagt, Dissent ruft auch zu beiden auf

Z1: Aber wäre die Aufgabe in Rostock auf der Demo nicht, sich von dem reformistischen Spektrum abzugrenzen?

Max: Also wie gesagt, ich glaube dieses Bedürfnis von Abgrenzungspolitik ist eines, was ich nicht so habe. Ich weiß wo meine Unterschiede liegen zu reformistischen Organisationen. Aber ich glaube in einer Zeit, wo der globale Kapitalismus jegliche Alternative für absurd erklärt, hieße sie nun sozialstaatlich, regulierter Kapitalismus oder ökologisch vernünftige Gesellschaft, wo all diese Reformbestrebungen schon weitestgehend für absurd erklärt werden, gibt es durchaus eine reale Schnittmenge von NGO, Gewerkschaften und der radikalen Linken. Und an diese Gemeinsamkeiten, denken wir, sollte man anknüpfen. Denn nur über diese gemeinsame Auseinandersetzung kommt man in eine Diskussion über die Unterschiede und kann Einfluss drauf gewinnen, was denn wie und wo passiert. Und deswegen würde ich sagen, ist auch Rostock der Ort, an dem wir uns da äußern wollen. Natürlich werden wir eigenständig sichtbar sein, aber nicht im Sinne von: "ihr seid ja bloß die Reformisten". Sondern, davon lebt ja genau die Bewegung von Seattle, dass die Unterschiedlichkeit von verschiedensten Leuten irgendwie gefasst wird von so einem gemeinsamen Wunsch, den

neoliberalen Kapitalismus so nicht weiter machen zu lassen. Und jeder Streit, wie das genau aussehen soll, der muss weitergehen, der wird auch nicht entschieden sein. Aber nur dort wird man diese Auseinandersetzung führen können, meines Erachtens, und nicht in Schwerin.

Petra: Ich würde nicht unbedingt von Abgrenzung sprechen, sondern eher vom Deutlichmachen der unterschiedlichen Kritik an der G8 und an dem System. Also durch die Inhalte etwas vermitteln. Das impliziert dann eine Abgrenzung.

Nikolai: An linksradikalen Standpunkten wird auf der Demo am 2.6. nicht viel in der Öffentlichkeit rumkommen. Das vorherrschende Bild wird sein, es waren Kirchen, es waren Gewerkschaften da und es war auch irgendwie der radikale Teil da, das ist halt so. Und man wird da überhaupt nichts weiter vermitteln können. Und ich wäre halt eher der Ansicht, dass man sich einen Punkt suchen sollte, wo man dann eben genau das noch mal irgendwie in die Öffentlichkeit bringt.

Z2: Sonst danken wir schon mal allen Anwesenden fürs Kommen. Die Unterschiedlichkeit der einzelnen Spektren ist deutlich geworden, das war auch das Ziel unseres Gespräches, dass wir das mal einfach mal aufzeigen wollten, wo die einzelnen Konflikte so verlaufen. ...

Ja, und wir freuen uns immer über Zusendungen, also die Zeitung hat Platz, also daran soll es nicht liegen ...

Unterm Cluster liegt der Strand

Wettbewerbsstrategien europäischer Metropolen und sozialer Widerstand

Wir, die gruppe commode, veranstalten im Rahmen der Anti G8-Aktionswoche am 31. Mai 2007 im Kölibri in Hamburg eine Podiumsdiskussion mit ReferentInnen aus verschiedenen europäischen Städten, um über neoliberale Wettbewerbs- und Stadtentwicklungskonzepte europäischer Metropolregionen und über Widerstandserfahrungen bzw -perspektiven zu diskutieren.

In Hamburg wird seit einigen Jahren von der Stadt(staat)regierung sogenannte Standortentwicklung unter dem Label "Wachsende Stadt" politisch organisiert. Dieses Konzept "Wachsende Stadt" ist ein Programm, das nicht nur die Stadtentwicklung betrifft, sondern umfassend alle Bereiche der sozialen und ökonomischen Entwicklung insgesamt neu reguliert. Die Stadt selbst wird in diesem Konzept als Unternehmen betrachtet, das, im Wettbewerb mit anderen Städten, seine Verluste und Gewinne marktwirtschaftlich zu kalkulieren hat und seine Wachstumspotenziale in wenigen strategischen "Clustern" bündeln und realisieren soll. Alle Bereiche der Stadtpolitik sollen sich daran orientieren, wie die Attraktivität des Standortes für Menschen mit höherem Einkommen, für Unternehmensansiedlungen und für Touristik gesteigert werden kann. Der gesamte soziale Sektor soll auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet, gesellschaftliche Widersprüche durch eine Ausweitung von Repression und Kontrolle kanalisiert und unterdrückt werden.

In den Veröffentlichungen der Stadtregierung wird im Zusammenhang mit dem Konzept "Wachsende Stadt" immer wieder auf andere Städte und "Metropolregionen" verwiesen, deren Modernisierungskonzepte jeweils in bestimmten Bereichen für Hamburg als Orientierung herhalten sollen: Für die Hafenentwicklung dient Rotterdam als Vorbild, für die Umsetzung eines regionalen wirtschaftlichen Integrationsprozesses ist es Kopenhagen. Barcelona gilt als Beispiel für die Möglichkeiten standortpolitischer Entwicklungsimpulse, die mit der Durchführung einer Olympiade verbunden sind, Wien als Beispiel für innovative Stadtplanungs- und Wohnungsbauprogramme. Deshalb gehen wir davon aus, dass ein Vergleich der politischen und ökonomischen Bedingungen, der jeweiligen regionalen Wettbewerbspolitiken dieser Städte/Regionen und ein Austausch über die Erfahrungen mit Protesten und Widerstand dagegen für unsere politische Analyse und die Suche nach Widerstandsmöglichkeiten hilfreich ein können.

(...) Wir wollen mit den GenossInnen aus den anderen Städten diese Prozesse anhand folgender Fragen beleuchten:

- Welche Strategien und Konzepte entwickeln die einzelnen Städte im Wettbewerb der Metropolen? In welchen Maßnahmen schlägt sich die kapitalistische Entwicklung in den jeweiligen Städten nieder? Wie sehen die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen (regional und national) aus?
- Welche Auswirkungen hat die Stadtpolitik auf die unterschiedlichen sozialen Klassen?
- Wie wird die Stadtstrategie der Öffentlichkeit vermittelt, welche Resonanz gibt es darauf aus der breiten Bevölkerung? Gibt es eine nennenswerte öffentliche Kritik an der Stadtstrategie?
- Gibt es Gegenbewegungen und wie erfolgreich sind diese Kämpfe, ist es gelungen einzelne Kämpfe zusammenzubringen und gegen die übergeordnete Stadtstrategie zu positionieren?
- Welche Themen und Kämpfe werden die nächsten Jahre bestimmen und was bedeutet das für unsere politische Ausrichtung und Organisierung?

In Bezug auf Hamburg und das Konzept "Wachsende Stadt" interessieren uns dabei auch folgende Fragen:

- Wenn die messbaren Eckdaten eines regionalen Entwicklungskonzeptes wie "Wachsender Stadt" (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenquote, Bevölkerungszahl) den angestrebten Zielen nicht nahe kommen, wäre zu klären, welche Funktion/Bedeutung so ein Konzept perspektivisch überhaupt noch haben wird?
- Worin unterscheiden sich die Konzepte von konservativen ("Wachsende Stadt"), sozialdemokratischen ("Menschliche Metropole" und "soziale Stadt") und ökologisch-modernistischen Parteien ("Kreative Stadt"), wie werden sie ideologisch begründet und gefüllt und welche Relevanz könnten diese Unterschiede für unsere Politik haben?
- Während auf ökonomischer Ebene staatliche Steuerung im nationalstaatlichen Rahmen zurückgeht, nimmt sie in Bezug auf bestimmte (Metropol)Regionen zu. Es stellt sich die Frage, ob sich auf diskursiver Ebene eine stärkere Identifikation der Einzelnen mit der eigenen Region herausbildet und ideologische Konzepte von Nationalismus um regionalistische Varianten erweitert werden.
- Muß vor dem Hintergrund von einer zu erwartenden weiteren Zunahme von erstens neoliberalen Diskursen und zweitens Identifikationsdiskursen mit Bezug auf die eigene (Metropol)Region damit gerechnet werden, dass Konzepte wie das der "Wachsenden Stadt" u.a. in den kommenden Jahren zunehmend Konjunktur haben werden und zentrale Rollen in Wahlkämpfen spielen werden?

Warum Kiel näher an Kopenhagen liegt als an Frankfurt

Nachbereitungspapier von einigen Leuten aus der NoG8 Gruppe Kiel zur Podiumsdiskussion am 09.04.07 in der Roten Flora, Hamburg

In der Veranstaltung über Sinn und Unsinn der G8 Mobilisierung sind unserer Ansicht nach viele interessante Punkte gestreift worden. Auch waren noch einige Fragen, insbesondere aus den Zuschauerreihen, offen. Im Folgenden möchten wir unsere Argumentation etwas ausführlicher als bisher darlegen und so versuchen auf einige offene Fragen nochmal indirekt Bezug zu nehmen.

Kleinere und grössere Sauereien

Die G8 sind Scheisse. Die G8 Staaten betreiben offen und ganz bewusst eine menschenverachtende und zerstörerische Politik. Die zerstörerische Politik der G8 betrifft und bedroht uns im Alltag, genauso wie uns der Kapitalismus im Alltag bedroht. Aus Platzgründen an diesem Punkt nur zwei konkrete Beispiele:

Erstens Folter: Die G8 Staaten deckeln oder fördern alle weltweit eine Politik der Folter. Folter soll einschüchtern, abschrecken, die vermeintliche Sicherheit erhöhen oder rächen. Wo gefoltert wird, ist theoretisch jedeR betroffen. Folter betrifft auch immer auch die Kämpfenden in sozialen Bewegungen. Also ist die zunehmende Legitimierung von Folter eine Bedrohung für alle Menschen und auch für emanzipatorische Politik.

Das zweite Beispiel Sozialkürzungen: Gemeint sind die weltweiten Kürzungen im Sozialen Bereich. Diese Politik betrifft und bedroht viele und auch uns im Alltag: Kürzungen im Sozialen Bereich kotzen uns natürlich an, weil wir dann mehr Stress mit dem Sozi haben oder mehr Druck vom Chef bekommen. Nur leider geht unser tagtägliches NEIN sehr häufig im Betriebsgeräusch des Kapitalismus völlig unter.

G8 & Kapitalismus

Auch wenn die politischen Entscheidungen und deren Folgen weltweit ihre Spuren hinterlassen, sind die G8 Staaten oder deren FührerInnen aber natürlich nicht allmächtig oder die "Herrscher der Welt". Dennoch bestimmen diese acht der reichsten Länder dieser Erde die Agenda der Weltordnung nicht unwesentlich mit. Und natürlich setzen sie als acht der reichsten Staaten im klassenkämpferischen Sinne von Oben alles daran diesen Status zu erhalten und auszubauen. Die militärische Kontrolle von Flüchtlingsbewegungen sowie die hegemoniale Politik der "Absicherung von Rohstoffen" durch militärische Interventionen sind immer auch Ausdruck einer Politik der Vormachtsstellung. Der Verbund "G8" funktioniert als Machtknotenpunkt internationaler Hierachien und betreibt eine hegemoniale Politik zur Erhaltung ihres Status als reichste Länder. Die G8 sind also nur im Zusammenhang mit globaler Herrschaft insgesamt zu verstehen. Ausbeutung und Unterdrückung sind Wesensmerkmale des Kapitalismus. Politik der es um die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung insgesamt geht, muss radikaler und grundsätzlicher ansetzen. Es bringt nichts die G8, die ein Symptom der globalen Weltordnung sind, zu reformieren oder abzuschaffen. Daraus folgt, dass es bei radikalen Aktionen gegen den G8 Gipfel letzlich nicht alleine um die Politik der G8, sondern um die Verhältnisse insgesamt gehen muss. Nicht die G8 Staaten oder gar deren menschenverachtende Politik allein sind der Fehler, der globale Kapitalismus und die weltweit wirksamen Unterdrückungsmechanismen insgesamt sind es. Emanzipatorischer Politik muss es letztenendes um eine alles-umwälzende-Revolution und nicht um diesen oder jenen Einzelaspekt im Bestehenden gehen. Dennoch bergen die kleinen und grösseren Sauereien, an denen die G8 Staaten ihren dicken fetten Anteil haben, die Möglichkeit, Herrschaft an vielen konkreten Beispielen als das anzuprangern was sie ist: nämlich zerstörerisch und menschenverachtend - also Scheisse! G8 Gipfeltreffen, bei dem hohe RepräsentantInnen von Staat und Kapital ihre gemeinsame Ziele formulieren, sind Kristallisationspunkte globaler Herrschaft und damit auch Orte von möglichem Widerstand.

Mythen

Die einheitliche Globalisierungsbewegung, als homogenes politisches Subjekt gab und gibt es nicht. Der Unterschied zu irgendwelchen anderen Großmobilisierungen besteht bei "der Globalisierungsbewegung" in ihrer internationalen Zusammensetzung und den Anlässen ihres Auftretens: Dieses Sammelsurium verschiedenster Strömungen, welches hin und wieder zu Gipfeln zusammenkommt, trägt konsequent der Tatsache Rechnung, dass der Kapitalismus ein globales Herrschaftssystem ist. Es weist darauf hin, dass Widerstand nur global gedacht werden kann, als gemeinsamer Kampf der emanzipatorischen Kämpfe und Bewegungen.

Reformismus

Reformismus meint die langsame Umwandlung der Gesellschaft durch Gesetze und Reformen hin zu einer vermeintlich besseren Gesellschaft. Meist fällt in diesem Zusammenhang der Sozialismus als Reformziel. Zum grundsätzlichen Problem von Herrschaft gehört aber, dass mensch sie nicht wegreformieren kann. Alle Reformbestrebungen hatten letzlich zum Ziel und zur Folge soziale Kämpfe & Bewegungen einzubinden, zu kontrollieren, zu befrieden und ihres revolutionären, subversiven und unkontrollierbaren Kerns zu berauben. Reformbestrebungen hatten also zur Folge Herrschaft zu zementieren; sie haben meist alles nur noch schlimmer gemacht. Reformen, Appelle oder Wahlen bringen also nix und wir werden uns auch nicht einlullen lassen! Daraus folgt für uns eine kritische, widerständige und unkontrollierbare Praxis - nicht nur zum G8 Gipfel.

Revolution

Wir haben nicht das Patentrezept dafür, wie die Menschen aus der ganzen Scheisse rauskommen sollten. Wir denken aber Reformen bringen es schonmal auf keinen Fall. Wir setzen auf die Revolution. Natürlich sehen wir viele Gefahren, die mit einer Revolution einhergehen. Kurz, die Gefahr, dass alles nur noch beschissener wird. Aber letztenendes muss mensch sich an diesem Punkt entscheiden, das Bestehende zu erhalten und sich einzurichten oder Revolution. Unter Revolution verstehen wir einen Prozess, einen allgemeinen Aufruhr in dem Politiker und Bonzen zur Hölle gejagt, Bürokraten ihres Jobs enthoben, Betriebe kollektiviert oder zerschlagen, Institutionen zu Feinstaub verarbeitet und Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat oder andere Unterdrückungsmuster von Grund auf zertrümmert werden. Den Zynismus des Zuschauens oder des passiven pseudokritischen Kommentierens machen wir nicht mit! Das Elend und die Tausenden, die weltweit täglich verrecken, erfordern mehr als abstrakte Kritik, nämlich radikale und direkte Aktion! Denn unsere Vorstellung von Zusammenleben in einer anarchistischen

Gesellschaft ist ein gänzlich andere, als das Leben in der jetzigen Gesellschaft. Wir wollen eine eine befreite Gesellschaft als Zusammenschluss freier und gleicher Menschen. Das heisst eine klassenlose Gesellschaft ohne Staat, Nation oder Hierarchien. Das ist auch noch keine konkrete Utopie und auch kein Masterplan, sondern eher eine grobe politische Zielsetzung, die uns vorerst völlig reicht , weil wir denken, dass die Revolution sich letzlich ihre Verhältnisse selbst schaffen wird. Wir sehen unseren politischen Sinn eher darin, die Vorraussetzungen dafür zu verbessern, dass die ganze Kacke ins wanken kommt. Vielleicht ist die Signalwirkung eines massenhaften Widerstandes gegen den Gipfel ein Schritt in diese Richtung.

Intervention und Zuspitzung

Intervention alleine ist wenig fortschrittlich, denn intervernieren meint nicht mehr als in das Bestehende einzugreifen. Intervention meint also Eingriff. Im Prinzip greifen wir, wie "TOP" richtig festellte, immer ein wenn wir Politik machen. Doch das interessante an der Diskussion um "Intervention" ist unserer Ansicht nach das Nachdenken über die reflektierte Gestaltung des Eingreifens. In Anbetracht der Schwäche anarchistischer Poltik denken wir, dass wir voerst nicht in der Lage sind in einen ernsthaften revolutionären Prozess zu kommen. Zur Zeit ist es bisweilen von Vorteil für Linksradikale strategische Bündnisse mit der Zivilgesellschaft zu machen, z.B., um Nazis kräftig in die Schranken zu weisen, um soziale Konflikte radikal zuzuspitzen und um hin und wieder mal die Machtfrage zu stellen, um die eigenen Vorrausetzungen zu verbessern. Und wenn man kackenfrech seine politischen Standpunkte formulieren kann und wenn man sich dadurch nicht "ins-Boot-holen" lässt, dann denken wir sollte man das auch tun, schon der strategischen Vorteile wegen. Und dann ist es auch im Grunde egal ob man neben seinem eigenen Aufruf auch noch auf wischi-waschi-Eckpunkte mit anderen linken Gruppen einigt, wenn kein allzu grober Unfug drin steht. Klingt toll? Ist es auch nicht. Denn das ist natürlich alles scheiße in der Praxis. Und da ist auch nichts "Friede Freude Eierkuchen" (Gruppe 8.Mai), weil solche strategischen Bündnisse immer vor allem auch Bauchschmerzen und Nervereien bedeuten. Wir denken aber, dass sozialrevolutionäre Politik soziale Konfliktfelder ausmachen sollte, die sich zur Zuspitzung eignen. Wir sehen in naher Zukunft vor allem soziale Konfliktfelder um die Verteilung von Macht und Reichtum (z.B. Privatisierungen, der Ausbau von Kontrolle und Überwachung, Kriege um Rohstoffe), um die ökologische Katastrophe oder um die Einschränkung globaler Bewegungsfreiheit (z.B. durch die Abschottung der reichen Länder des Nordens gegenüber den armen Ländern den Südens). Kurz gesagt: Es muss, wenn wir eingreifen, darum gehen, die berechtigterweise vorhandene Wut und moralische Empörung gezielt in emanzipatorische und revolutionäre Bahnen zu bringen. Möglichkeiten der Zuspitzung entlang bestehender Konflikfelder sind beim G8 Gipfel aufgrund der thematischen Zusammenführbarkeit verschiedenster Kämpfe reichlich gegeben.

Negation?

Negation ist zur Zeit ein Trendbegriff in der radikalen Linken. Negation meint die totale Verneinung und Ablehnung. Das ist zunächst sehr aufklärerisch. Weist das doch darauf hin, dass das Bestehende schon grundlegend scheisse ist und mit Ablehnung und Verneinung zu beantworten ist. Aber nur Negation? So einfach, denken wir, ist es dann auch nicht. Der Streit zwischen der Gruppe 8.Mai und TOP belief sich in diesem Punkt vor allem darin, wie und wo und was zuerst negiert werden soll. Beide haben recht und unrecht zugleich, weil Negation alles ablehnen muss. Insofern ist diese Frage schwer zu beantworten, wann und wo Theorie und Praxis ansetzen sollte, weil einzig dem Prinizip der Negation nach alles gleichermaßen abzulehnen ist.

Kritik, Konstruktion und Dekonstruktion

Wir denken - und das ist sicher der Unterschied zwischen "Ums Ganze", "8.Mai" und uns - dass ein starker anarchistischer Widerstand nicht abzulehnen, sondern etwas positives ist und aufgebaut werden sollte. Uns geht es bei dieser Frage nach der Methode, mehr um kritische Konstruktion und kritische Dekonstruktion, als nur um Negation. Mit Dekonstruktion meinen wir letzlich die Revolution, also die Zersetzung, Zerbröselung und Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Mit Konstruktion meinen wir z.B. den Aufbau von Widerstands- und Solidaritätsnetzwerken, von revolutionärer anarchistischer GEGENmacht. Kritisch muss das ganze sein, um sagen zu können warum wir was machen und um Hierarchien oder Unterdrückungsmechanismen in der eigenen Bewegung zu kritisieren und zu dekonstruieren. Wir verstehen anarchistische GEGENmacht als etwas kämpferisches und kritisches und nicht als irgendein Multitude oder ein breites Bündnis. Als eine Kraft, die grundsätzlich gegen jede Macht gerichtet ist und letzlich alle Herrschaftsverhältnisse zersetzen und hinwegfegen muss (Dekonstruktion). Zentrale Zielsetzungen einer starken anarchistischen Bewegung sollten Hierarchiefreiheit und Autonomie, die sich insbesondere in Selbstverwaltung und Selbstbestimmung ausdrückt, sein. Als konstruktive Praxen, die es in Zukunft verstärkt weiterzuentwickeln gilt, betrachten wir: Den Auf- und Ausbau autonomer und hierarchiefreier Widerstandsnetzwerke, die Aneignung von Widerstandsorten (z.B. Squats, Hausprojekte, kollektivierte Betriebe) und vor allem einer verstärkten Zuspitzung von sozialen Entwicklungen und Bewegungen. Wir sehen vor allem die Vernetzungsprozesse im Vorfeld des Gipfels als ein Element längerfristiger Organisierung.

Solidarität

Etwas, das mit jeden ernsthaften Widerstandbemühungen einhergehen sollte ist Solidarität. Worthülsen alla "Wo`s Repression gibt, gibts auch Solidarität" (8. Mai), gepaart mit allgemeinen Gesetzen über einen abstrakten Zustand von Solidarität reicht meist nicht. Und: Nein da geht es nicht um Kuschelgefühle. Es geht um ganz handfeste Dinge, z.B. darum dass Leute vorm Knast stehen, wenn GenossInnen drinnen sitzen oder darum, dass Kohle aufgetrieben wird. Oder es geht darum, dass mensch schnell nach Kopenhagen fährt, oder ein SoliKonzert organisiert wenn das Ungdomshuset geräumt werden soll. Wir finden, dass Solidarität etwas positives ist, etwas was wir prinzipiell begrüssen. Aber natürlich muss auch Solidarität kritisch hinterfragt werden, z.B.: Wie war die inhaltliche Ausrichtung? Gab es genug handfeste Unterstützung?

Grenzenlosigkeit

Das spannende und besondere der Gipfelproteste besteht für uns vor allem in ihrem starken internationalen Charakter und dem damit verbundenen Austausch mit AnarchistInnen aus anderen Ländern. Auch bei uns in der Gruppe sind wir uns uneins darüber, inwieweit der Begriff des Internationalismus schon die Existenz von Nationen anerkennt oder nicht. Dennoch sehen wir die Tendenz in vielen linksradikalen Kreisen "Internationalismus" ausschliesslich als Begrifflichkeit zu kritisieren. Dahinter steckt jedoch ein stark vernachlässigtes und wichtiges Politikfeld. Es geht letztlich um die Idee der Grenzenlosigkeit, was Austausch, Diskussionen und gemeinsame Widerstandspraxen angeht. Einig sind wir uns, das wir die Idee der Grenzenlosigkeit, das was hinter der Idee des neuen Internationalismus steht, nach wie vor für ein notwendiges Element linksradikaler Politik halten. Wenn wir von

Grenzenlosigkeit sprechen, meinen wir im Kern also um die von den Zapatisten vorgeschlagene Idee eines neuen Verständnisses der weltweiten emanzipatorischen und revolutionären Kämpfe, die eher von einem "miteinander kämpfen", als von einem "für einander kämpfen" ausgeht. In Anbetracht des globalen Kapitalismus bedarf es globalisierten Widerstandes. Wir werden schon deshalb nach Heiligendamm fahren, weil viele GenossInnen aus aller Welt dort sein werden, um zu diskutieren und Widerstandspraxen auszutauschen und gemeinsam massenhaften Widerstand zu leisten.

Die Sache mit dem Gipfel

Neben unserer berechtigten Wut auf das Schweinesystem geht es uns beim Widerstand gegen den G8 Gipfel in aller erster Linier darum, die Vorraussetzungen für das Entstehen einer revolutionären und anarchistischen Bewegung zu verbessern. Vielleicht verbessert der Widerstand zum G8 Gipfel unsere Bedingungen Politik zu machen. Damit wäre diesbezüglich schon viel erreicht. Das könnte z.B. schon dadurch geschehen, wenn es entlang von geschaffener Vernetzung möglich wird, nach dem Gipfel Schwung mit in Alltagskämpfe oder Strukturen mit zu nehmen. Kurz: Wir sehen eine Chance beim Widerstand im Sommer darin Handlungsspielräume zu erhöhen. Das kann z.B. auch dadurch geschehen, dass nach dem Gipfel vielleicht mehr Leute Lust haben linksradikale Politik zu machen. Es geht uns in diesem Zusammenhang mehr um Aufklärung, als um Agitation. Aufklärung heisst für uns radikale Fragen, also insbesondere die Frage nach der Herrschaft zu stellen: Warum und wie die Welt so falsch eingerichtet ist, wie sie ist und (liebe Gruppe 8. Mai) wie die Menschen da eigentlich raus kommen. Inhaltliche Zuspitzung sollte also aufklären, also die herrschenden Zustände kritisieren und Auswege aufzeigen. Auch Praxis kann (z.B. beim G8 Gipfel) aufklärerisch sein. Dann wenn praktisch auf der Strasse zugespitzt - also die Machtfrage gestellt wird! Die Frage also, wie die Entscheidungsbefugnisse in dieser Gesellschaft verlaufen, wie Macht und Reichtum verteilt ist und wer sich hier eigentlich im Zweifelsfall wem unterzuordnen hat. Das ist dann auch keine abstrakte Frage mehr, sondern eine ganz konkrete Frage. Es geht uns bei der Sache mit dem Gipfel also auch darum Herrschaftsverhältnisse, die häufig ohnehin weit im Dunkeln liegen, breit sichtbar und damit kritisierbar und angreifbar werden zu lassen. Wir denken, dass eine revolutionäre Bewegung nicht alleine bei Infoveranstaltungen und in Theorieszirkeln aufgebaut wird, sondern immer auch ein lebendiger, kritischer, kollektiver und vor allem kämpferischer Prozess ist. Kollektive Widerstandserfahrungen wie beim G8 Gipfel sind sicher auch immer ein spannnender Grund Politik zu machen, erst recht wenn das Ganze mit grenzenlosem Austausch verbunden ist.

Place, Time and Verkürzung

Die philosophische Debatte um den prinzipiell richtigen oder falschen Ort für Widerstand hilft in diesem Zusammenhang nicht weiter. Der Weltwirtschaftsgipfel der G8, als ein Kristallisationspunkt globaler Herrschaft, bietet die Chance einer massenhaften Kritik- und Kräftebündelung. Wenn es bessere oder schlechtere Orte und Anlässe für Widerstand gibt, dann macht das den G8 Gipfel zu einem besseren Ort. Und um nichts schön zu reden: Natürlich bietet er (wie jeder Ort) auch Anknüpfungspunkte für Verkürzungen wie: "Bush, Putin und Merkel die Weltherrscher und der Grund allen Übels". Wir denken aber, dass statt frustrierten Rückzugs offensive Aufklärung angesagt ist. Wir werden dieses Politikfeld nicht kampflos den bürgerlichen Kräften überlassen! Auf keinen Fall aber darf eine "Kritik" der Verkürzungen so weit getrieben werden, dass bestehende Machtverhältnisse, Klassen oder Hierachien ebenfalls verschleiert werden, nur weil "alle irgendwie im Kapitalismus gefangen" sind. Liebe Gruppe 8. Mai: Unter Herrschaftsverhältnissen sind nicht alle Menschen gleich, sonst wäre es keine Herrschaft. Und natürlich sind Bush, Merkel und Putin Schweine, weil sie das machen, was sie nunmal machen und weil sie sich auch bewusst dafür enschieden haben, diesen scheiss Job zu machen!

Warum in die Region Rostock/Heiligendamm fahren?

Wenn es zu Beginn des Gipfels massenhaften Widerstand gibt, dann am wahrscheinlichsten in der Region Rostock/Heiligendamm. Zumindest ist das unsere Einschätzung, da sich abzeichnet, dass viele GenossInnen zunächst dort sein werden. Alleine wegen der Schlafplätze werden die GenossInnen aus aller Welt zunächst eher dort, als woanders sein. Der EU/Asien Gipfel in Hamburg wird vielleicht ein netter Auftakt, aber wir denken, wenn es gut läuft, ist das auch erst der Auftakt. Wir sind der Ansicht, dass eine Strategie, die einseitig auf dezentrale Aktionen ausgelegt ist eher die Gefahr birgt Schlagkraft zu zerfasern. Der Gipfel 1999 in Köln ist unserer Ansicht nach ein solches Negativbeispiel. Aber vielleicht irren wir ja auch und es muss ja auch niemand nach Heiligendamm fahren. Nadelstiche im Hinterland sind immer nett und wichtig. Wir denken aber, um Kräfte zu bündeln, sollte das Hauptaugenmerk zunächst auf der Region Rostock/Heiligendamm liegen. Und wenn da kein Widerstand möglich ist, dann geht's eben gemeinsam woanders hin. See you on the barricades!

für ganz viel Widerstand...
für einen ganz langen Atem...
für eine Herrschaftsfreie Welt!

Einige Leute aus der NoG8 Gruppe Kiel,
April 2007



Ausbruch aus dem Aktivisten-Ghetto

Nachfolgend ein Auszug aus einem Dokument des Netzwerkes Peoples Globale Action, das Ende Februar ein europaweites Vernetzungs- und Strategietreffen in Hamburg abgehalten hat und das Impulse für eine längerfristige Strategiedebatte um die Gipfelmobilisierungen auch gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm enthält. Der komplette Text ist ab Anfang März im PGA Infopunktes im Infoladen Schwarzmarkt zu finden, ebenso Auswertungstexte zum Treffen in Hamburg. Entstanden ist dieser Text in den Vorbereitungen zur europäischen Konferenz in Dijon im Sommer 2006, von verschiedenen Kollektiven entwickelt, die jahrelang Gipfelproteste kritisch begleitet und geprägt haben.

"Die Frage danach, wie wir unsere manchmal stark geschlossenen Gruppen und Netzwerke öffnen können und wie sich Identitätspolitik überwinden lässt, hat viele Seiten.Wie können wir aus dem Ghetto der kompromisslosen Aktivisten, die sich der Wahrheit ihrer Mission und der Berechtigung der Mittel völlig sicher sind ausbrechen, ohne die radikalen Hoffnungen auf unsere Kämpfe und Methoden zu verdünnen? Wenn wir kritisch das "Make-up" unserer Treffen in Europa betrachten, können wir sehen, das sich diese vor allem aus spezialisierten AktivistInnen zwischen 20 und 30 Jahren zusammensetzen, selbst wenn es hier und da einige graue Köpfe gibt. Zusätzlich gibt es eine Hegemonie von weissen Mittelstandsleuten. Hier zeigt sich der fehlende Bezug zu Menschen wie z.B. EinwandererInnen und nicht registrierte MigrantInnen, aber auch allgemein der Arbeiterklasse. All dies ist innerhalb des Netzwerkes sehr problematisch, zumindest auf Europa bezogen.

Eine nachdenkliche Übersicht ...

Zur Eröffnung der Konferenz in Leiden [Niederlande, 2001] wurden viele thematische Diskussionen und politische Kampagnen vorgestellt. Es gab allerdings einige Schwerpunktthemen zu der wir hier eine Übersicht geben möchten. Die Gegengipfel und die globalen Gipfelproteste, die seit 1998 ein wesentliches Betätigungsfeld für die Bewegung darstellten, sind seit dem Frühjahr 2000 Gegenstand vielfältiger Kritiken gewesen:

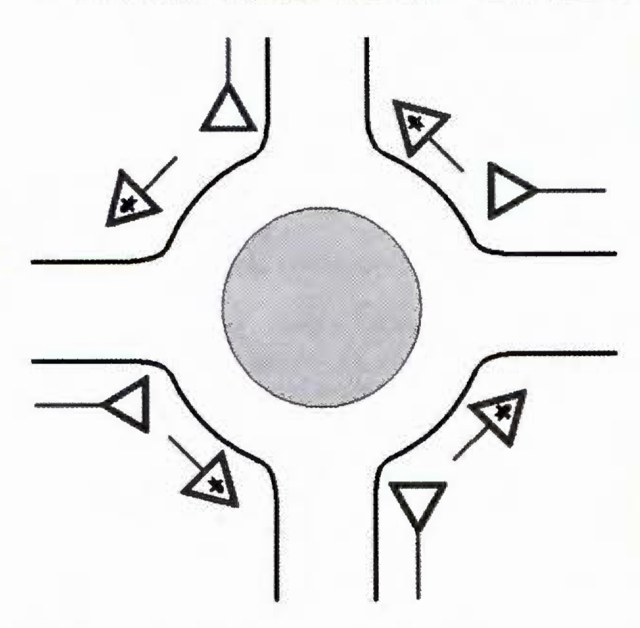
- Eine fallenartige Repressionsspirale
- ein mangelhafter Fokus auf lokale Kämpfe
- die Bewegung entwickelt sich in Richtung linksgerichteter Zivilbevölkerung und reformistischer Gruppen
- wenig grundsätzliche Analyse und eher die Suche nach Übereinstimmung
- immer weniger Überaschungskomponenten
- wir bestimmen nicht selber den Platz und die Zeit unserer Aktionen
- es gibt einen Mangel an regelmäßigen Neuerungen, so dass unsere Aktionen weniger wirksam sind

Seit Seattle sind einige AktivistInnen dafür, das wir die Gegengipfel der Gewerkschaften und NGO´s verlassen sollten. Viele Leute, die Erfahrungen mit konkreten direkten Aktionen haben, wollen Überraschungsmomente weiterentwickeln und andere Aktionsformen verwenden. Dazu werden Orte benötigt, die weniger durch Repression geprägt werden.
Andere stimmen dem zu, aber werfen die Frage auf, ob wir das Terrain einfach den Polizisten und Reformisten überlassen können, wo wir doch wissen, das dieser riesige Magnet, den wir geschaffen haben, noch Tausende von Leuten anzieht, von denen viele grundsätzlich auf uns schauen, und nicht auf das Reformisten-bla bla.
Und wie können wir davon reden, aus dem Ghetto auszubrechen, wenn wir mit allen Spektren reden wollen, aber nicht mit Leuten von der Basis von ATTAC zum Beispiel, oder mit anderen Leuten, die kommen? Die Debatten gehen weiter...

Es wurde auch gesagt, das das Feindbild lange genug mit großen multinationalen Unionen und Finanzinstitutionen identifiziert wurde und unser Fokus sich wieder stärker gegen staatliche und soziale Kontrolle richten sollte. Ebenso sollten alle anderen Formen der Diskriminierung innerhalb von menschlichen Beziehungen angegangen werden. (einschliesslich Konsum, Sexsismus, Rassismus, Diskriminierung auf sexueller Ebene, und andere Unterdrückungssysteme) und zwar auch in unserer eigenen Realität und unserem täglichen Leben, in dem verschiedenen Maßtäben der sozialen Interaktion integriert sind.
Indem wir unsere Taktik und unsere Diskursebenen verschieben, indem wir einfallsreich und unvorhersehbar bleiben, können wir unsere Zeitgenossen aus ihrer Resignation und Distanzierung schütteln. Leute sprachen davon, sich entwickelnden Strukturen autonomer Gemeinschaften und Unabhängigkeiten zu unterstützen, von verrückten Aktionen und öffentlicher Kunst, Strassenaktionsgruppen, zeitweiligen oder permanenten Karawanen, Aktionscamps, Besetzung oder internationalen Aktionstagen an Orten unserer Wahl.
Die Wichtigkeit von Experimenten der Selbstverwaltung, von Squats und anderen temporärer Zonen der Autonomie, die zur Zeit in Europa bedroht sind, wurde betont. Verschiedene Formen von Tarnung und Antirepressionstechniken wurden vorgeschlagen, um die Ruhigstellung oder Einpferchung zu vermeiden, in denen sie uns zu halten versuchen mit unwahren Terrorismus-Behauptungen. Ohne Medienstars, ExpertInnen oder BerufstheoretikerInnen bewegt sich PGA (dank der vielfachen individuellen kreativen Beiträge an das Netzwerk) mit der Absicht weiter, verschiedene gemeinsame Rahmen für die kollektiven Aktionen mit denjenigen zu schaffen, die nicht den Wunsch haben, innerhalb der Parteilinken und institutionellen Arbeitervereinigungen mit deren klaren hierarchischen und dogmatischen Linien anerkannt zu werden."



Links blinken und ab in die Mitte



In der vorletzten Zeck (Nr. 136) kritisierten die FreibadheldInnen aus Kiel, Neumünster und Hamburg die Gruppe Avanti - Projekt undogmatische Linke, die darauf in der letzten Zeck (Nr. 137) antwortete. Hintergrund war, dass sich Avanti nicht an einer aus dem autonomen Spektrum organisierten Demo gegen den Nazi Club 88 in Neumünster beteiligen wollte. Avanti wandte sich gegen das Demokonzept, weil in der Abgrenzung von Gewerkschaften "kein Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht" möglich sei.
Richtig überraschen tut dieser Streit nicht. In der Vorbereitung gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm hat sich Avanti ähnlich positioniert. In ihrem Grundsatzpapier und zuletzt auch in der Zeck bezeichnen sie sich als "revolutionäre Organisation" und sehen sich als Teil der radikalen Linken. In der bundesweiten Vorbereitung gegen den G8 Gipfel hat sich Avanti der interventionistischen Linken (zusammen u.a. mit FelS aus Berlin und der Zeitschrift A und K) angeschlossen. Erklärtes Ziel dieser Bündnisstruktur ist es u.a., über den G8 hinaus, zu einer Neuformierung der Linken beizutragen.
In einem Grundsatzpapier für eine interventionistische Linke von Februar 2006 (G8-Extra, Nr. 00) heißt es (vor dem Hintergrund "linker Unorganisiertheit" und "revolutionärer Geste"), "gerade in dieser gegenwärtigen Situation bedeutet der Versuch realer Veränderungen also einen Spagat zwischen Reform und Revolution: Nicht in linksradikaler Rhetorik zu verharren, sondern in breiten Bündnissen die konstruktive, faire Zusammenarbeit zu suchen und gleichzeitig antikapitalistische Positionen hinein zu tragen sowie für konfrontative Aktionsformen wie z.B. sozialen Ungehorsam zu werben."
Dazu wird bundesweit die Zusammenarbeit mit überwiegend reformistischen Gruppierungen und Strömungen aus dem Bereich der Gewerkschaften, kirchlicher Entwicklungsgruppen, der Linkspartei oder von Attac gesucht.

In Hamburg entschied sich Avanti dafür, nicht bei einem relativ breiten links-radikalen Bündnis gegen den G8 und das Pfingst-Treffen der EU-Außenminister mit ihren asiatischen Kollegen in Hamburg mitzuarbeiten, sondern ein eigenes Bündnis vergleichbar der bundesweiten Ausrichtung aufzuziehen. Das links(radikale) Hamburger Anti G8-Bündnis geht zur Vorbereitung der Demo gegen das Treffen der Außenminister folgenden Weg: Erst wird untereinander die politische und praktische Ausrichtung der Demo geklärt und festgelegt, dann wird breiter, auch in das reformistische Spektrum, mobilisiert.
Die Gruppe six hills aus Berlin (auch Zeck, Nr. 137) kritisiert an der Interventionistischen Linken (IL), dass diese zwar u.a. für "die gegenseitge Anerkennung unterschiedlicher Aktionsformen" ist, in den bisherigen Debatten der Anti G8Vorbereitungstreffen, jedoch nicht gegen die Dominanz von Attac Position bezogen hat, die eine "gewaltfreie Bewegung" vorgeben will. Das Papier von six hills endet mit der Aufforderung an die IL, sich "konkreter für die Grundsätze (der IL) einzusetzen".

Was lässt sich daraus schließen?

In der deutschen Sozialdemokratie gab es vor dem ersten Weltkrieg drei Strömungen, eine linksradikale (die Revolution muss aktiv herbeigeführt werden, u.a. durch politische Massenstreiks), eine zentristische (die Revolution wird der Sozialdemokratie qua objektiver ökonomischer Gesetze in den Schoß fallen) und eine reformistisch/revksionistische (die Befreiung der Arbeiterklasse kann auch schrittweise in einer parlamentarischen Demokratie erfolgen). Mit der Novemberrevolution 1918 gelangte die reformistische Strömung an die Macht und brachte führende GenossInnen der linksradikalen Strömung (aus ihr entstand die kommunistische Partei) um. Alle drei Gruppierungen behaupteten von sich, dem Sozialismus zu dienen.
Einige Parallelen gibt es zur heutigen Situation der Interventionistischen Linken bzw. bei Avanti. Gequält vom Zerfall der radikalen politischen Linken seit den Neunzigern und von der eigenen gesamtgesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit wird nach Wegen gesucht, um "intervenieren" zu können. Die Annahme vorausgesetzt, dass jetzt und in den nächsten Jahre kein grundlegender linker Aufbruch (wie 1917/18 oder 1968) in Sicht ist, gibt es jedoch keinen "Spagat zwischen Reform und Revolution". Die strategische Ausrichtung auf Bündnisarbeit (über punktuelle Zusammenarbeit hinaus) mit Attac, Gewerkschaften oder parlamentarischen Parteien bedeutet nicht den "Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht", sondern eine Verabschiedung aus linksradikaler Politik, wie es auch ganz praktisch in Hamburg geschieht.
In Zeiten ohne revolutionäre Perspektive (und Gegenmacht) lassen sich erklärt reformistische Gruppierungen, wie z.B. Attac, nicht mit "antikapitalistischen Positionen" inhaltlich nach links verschieben. Warum darüber hinaus "sozialer Ungehorsam" eine "konfrontative Aktionsform" sein soll, erklärt sich nicht und macht deutlich, wie verschwommen die eigene Politik schon ist; denn Verweigerung lässt sich von staatlicher Seit buchstäblich aussitzen oder wegtragen. Die interventionistische Linke selbst hat so wenig Gewicht, dass sie von Attac, der Linkspartei und den "linken" Gewerkschaften verdi und IG-Metall in ihren eigenen Bündnisbemühungen untereinander links liegen gelassen werden kann. Deshalb greift die Kritik von six hills zu kurz. Selbst wenn die IL ihre Grundsätze praktisch bzw. offensiv füllen würde, könnten diese keine gesellschaftliche Sprengkraft entfalten. Linksradikale Politik kann dies zur Zeit ebenso nicht. Aber es führt in die politische Irre bzw. in Richtung bürgerliche Mitte, genau davon auszugehen.
Was Gruppen wie Avanti bleibt, ist der identitäre Bezug auf eine ehemals linksradikale Geschichte oder eine revolutionäre Vision. Ob sie als erklärte Reformisten enden oder auch morgen noch an eine revolutionären Perspektive qua breitem Bündnis glauben ist egal. Zu einem revolutionären Wandel werden sie nicht viel beitragen. Das setzt in heutigen Zeiten, in denen nichts grundsätzlich verändert werden kann voraus, die Reste radikaler Ansätze in Theorie und Praxis zu erhalten, zusammen zu bringen und fortzuentwickeln um dann, wenn wieder etwas grundsätzlich anderes möglich ist, in einem neuen linken Aufbruch aufzugehen.

der Viertellinke

25. - 31.Mai Aktionstage gegen G8



GATE TO GLOBAL RESISTANCE - für Gipfelstürme und ein ganz anderes Ganzes



Am 28. und 29. Mai findet in Hamburg das Asia-Europe-Meeting (ASEM) statt. Ein Treffen der EU-Außenminister mit 15 asiatischen Amtskollegen und über 1400 Fachbeamten. Die Innenstadt wird für dieses Treffen in einen Sicherheitsbereich verwandelt. Wenige Tage vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm findet in Hamburg, dem selbst ernannten »Tor zur Welt« und zum asiatischen Markt, somit die größte Konferenz in der BRD während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft statt.

Wir werden diesen Gipfel stören! Wir rufen auf zu einer Demonstration die zum Tagungsort in die City führt und die herrschende G8 und EU-Politik angreift!

Die EU versucht durch das ASEM Treffen, die Tür zum riesigen asiatischen Wachstumsmarkt weiter aufzustoßen und eigene globale Interessen durchzusetzen. Wir ziehen eine unversöhnliche Linie vom EU-Gipfel in Hamburg über den G8 in Heiligendamm hin zu den lokalen Ausgangspunkten von Ausbeutung und Unterdrückung. Herrschaft und kapitalistische Globalisierung sind keine abstrakten Verhältnisse, sondern basieren auch auf greifbaren und damit angreifbaren Strukturen.

Nationalstaaten und EU-Verfassung

Die EU ist kein homogener Block, sondern geprägt von unterschiedlichen nationalen Interessen. Ein starkes Zentrum soll der Zusammenfassung dieser Interessen dienen und eine eigene Identität als Standort und gemeinsamer Interessensraum entwickeln. Um politische Entscheidungen effektiver herbeizuführen, wird daher versucht, eine EU-Verfassung durchzudrücken, die die Einflussmöglichkeiten kleinerer Mitgliedsstaaten beschränkt und Möglichkeiten für Widerspruch noch weiter erschwert. Dieser Verfassungsentwurf, wird er Wirklichkeit, bedeutet einen Ausbau der Dominanz des sog. Kerneuropas aus Frankreich und Deutschland.

Globale Ausbeutung und Machtpolitik

Die EU agiert trotz der bestehenden Differenzen zunehmend als ein eigenständiger Machtblock mit dem Willen, seine ökonomische Führungsposition in der Welt zu verteidigen und auszubauen. Dies bedeutet unter anderem, der europäischen Wirtschaft optimale Ver- wertungsbedingungen zu schaffen. Dazu zählen gegen Konkurrenz abgeschottete Märkte und ein exklusiver Zugriff auf Rohstoffe und Energiequellen. Die weltweite kapitalistische Arbeitsteilung hält die sogenannten Entwicklungsländer in Abhängigkeit und zwingt diese zum Verschleudern ihrer Ressourcen. Durch Wirtschaftsabkommen und internationale Einflussnahme drängt die EU diese dann zum Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen mit fatalen Folgen für deren Ökonomie: Der Import zollfreier und subventionierter EU-Produkte und Dienstleistungen zerstört die dortige Industrie und Landwirtschaft. Deutschland und die EU betreiben zwangsläufig keine wirkliche Klimaschutzpolitik oder Armutsbekämpfung, denn dies liegt nicht im nationalen und europäischen Standortinteresse. Es werden lediglich Imagekampagnen betrieben, die organisieren, dass die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind.

Europäische Asienstrategie

Ostasien ist eine Wachstumsregion, von der auch europäisches Kapital noch mehr profitieren soll. Es ist kein Geheimnis, warum dort so lukrative Geschäfte gemacht werden: die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft ist ungewöhnlich profitabel. Massenarmut und ein Überangebot von Arbeitskräften sorgen für Niedrigstlöhne. Die Leistung, die den Menschen in der Region abgepresst wird, findet durchweg unter mörderischen Bedingungen und ohne jeden Arbeitsschutz statt. Die europäische Asienstrategie ist einer innerimperialistischen Konkurrenzsituation zwischen der EU, aufstrebenden Staaten in Asien und den USA geschuldet. In Absprache mit der EU soll eine übernationale Aufsicht den ostasiatischen Staaten verbindliche Richtlinien für sichere Investitionen, offene Märkte für EU-Produkte und schrankenlosen Kapitalverkehr auferlegen. Exklusive Freihandelsabkommen der EU und die engere Einbindung Chinas sollen die USA vom asiatischen Markt verdrängen. Die Planungen von asiatischen Staaten, Erdöl und Erdgas auch gegen Euro zu verkaufen, soll diesen als eine zweite Weltleitwährung etablieren. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind politisch und wirtschaftlich einer der aktivsten Blöcke der Welt und damit verantwortlich für globale Ausbeutung, Klimawandel, Armut und Krieg.

Gegen Kriegspolitik und Auslandseinsätze

Vor allem unter Federführung von Deutschland und Frankreich werden die wirtschaftlichen Interessen zunehmend auch militärisch durchgesetzt. Europäische Kriegseinsätze sind längst Realität. Ein Blick in den EU-Verfassungsentwurf macht die weitere Zielsetzung deutlich: Aufrüstung wird zur Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten. Es werden Strukturen geschaffen, die die Fähigkeiten zu militärischen Interventionen verbessern. Die schon umgesetzte Aufstellung von konkreten militärischen Einheiten und Interventionstruppen soll Verfassungsrang erhalten. Die Androhung und Führung von Kriegen ist im Rahmen der EU ein Mittel der Politik geworden, sollten die wirtschaftlichen oder politischen Interessen der beteiligten Staaten in irgendeiner Weise gefährdet werden.

Kein Mensch ist illegal - Bewegungsfreiheit für Alle!

Neben den direkten Folgen der globalisierten Weltwirtschaft – Armut, Elend und Perspektivlosigkeit – sind politische Verfolgung und Kriege ein wesentlicher Grund für Migration. Die EU betreibt eine aggressive Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Flüchtlinge. Grenzen sind allein für Waren oder auch mal dringend benötigte Arbeitskräfte offen. Die Hoffnung auf ein Leben ohne Verfolgung und existenzielle Not wird durch eine Immigrationspolitik zerstört, die ausschließlich auf die Bedürfnisse der europäischen Ökonomien zugeschnitten ist. Die EU und ihre Nationalstaaten betreiben mit Angriffen auf die Bewegungsfreiheit von MigrantInnen und der Verweigerung existentieller Rechte eine Politik, die ihre Zwecke nach innen und außen mit Gewalt und Repression durchsetzt. Dabei werden Tote ebenso bewusst in Kauf genommen, wie menschenverachtende Unterbringung in Lagern und Ausbeutung in illegalisierten Verhältnissen.

Deregulierung, Bildungs- und Sozialabbau stoppen!

Die EU ist ein wesentlicher Motor neoliberaler Politik und die starken europäischen Staaten – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – sind die treibende Kraft

darin. Die Umstrukturierung im Rahmen der europäischen Integrationspolitik brachte und bringt die Schaffung eines „freien Marktes" für Waren, Kapital und Dienstleistungen. Sie bedeutet die Privatisierung einst öffentlicher Dienstleistungen, Räume und Unternehmen, die Deregulierung der Produktions- und Handelsprozesse, den massiven Abbau von Sozialleistungen. Durch Zwangsmittel am Arbeitsmarkt werden Niedriglohnsektoren eingeführt und die Verarmung weiter Teile der Gesellschaft vorangetrieben. Durch die Privatisierung von Dienstleistungen werden gesellschaftliche Grundbedürfnisse wie Gesundheit und Bildung der marktwirtschaftlichen Logik verstärkt untergeordnet. Die Lebensbedingungen verschärfen sich, wirtschaftlicher Erfolg und Konkurrenz werden als Überlebensprinzip gepredigt. Wir lehnen eine solche Ordnung von Gesellschaft ab.

Gipfel stürmen!

Stand anfangs noch die Umstrukturierung der eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vordergrund, ist die Perspektive einer europäischen Weltmacht, ein immer stärkeres Moment der EU-Politik geworden. Die Konkurrenzen, insbesondere mit den USA, sollen aber möglichst nicht soweit gehen, dass sie trotz lokaler Krisen und Instabilität das Gemeinsame gefährden: Die bedingungslose Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltordnung. Daher werden jene Foren inszeniert, auf denen sich die wichtigsten Konkurrenten austauschen und abstimmen. Der kommende G8-Gipfel ist mehr als ein symbolischer Ort. Mit der Macht und dem Einfluss der dort versammelten Länder lassen sich die Entscheidungen von internationalen Strukturen wie IWF, WTO und Weltbank maßgeblich beeinflussen.

Unsere Kritik an Globalisierung ist verbunden mit dem Widerstand gegen Patriotismus oder nationalökonomische Modelle. Wir lehnen nationalistische, rassistische oder antisemitische Kritik an Globalisierung und EU ab. Wir sprechen dem G8 ebenso die Legitimität ab wie der EU oder nationalstaatlichen Interessen. Das kapitalistische System ist in Gänze nicht reformierbar! Wir erteilen dem Bestehenden, seiner Ideologie, seinen Werten und Normen eine radikale Absage.

Revolte ist machbar und spürbar!

Unsere Perspektive sind soziale und politische Bewegungen, die nicht nur im lokalen Raum, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene aktiv sind. Die grenzübergreifende Solidarität nach der Räumung des Ungdomshuset in Kopenhagen, die Euromärsche gegen Sozialabbau, Proteste gegen Prekarisierung und Arbeitszwänge, vor allem aber der Sturm auf die Gipfel von EU und G8 sind für uns Anziehungspunkte. Gipfel sind Symbole und Akteure eines allumfassenden, totalitären, kapitalistischen und patriarchalen Systems. Der Blick über den Tellerand, eigene Privilegien in Frage zu stellen und unterschiedliche Herrschaftsformen wahrzunehmen, ist unverzichtbarer Bestandteil linksradikaler Politik. Globalisierungskritik ohne eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus, muss ebenso falsch werden wie Kapitalismuskritik ohne Diskussion über Gechleschterverhältnisse und Sexismus.

Unsere politischen Vorstellungen und Widerstände sind widersprüchlich und vielfältig. Wir sind uns aber mit vielen einig, dass wir die bestehende Ordnung in Gänze ablehnen und der Kampf für eine andere Welt möglich und notwendig ist. ASEM und G8 sind beide nur ein Stein in der Mauer von Ausbeutung und Ausgrenzung, von Zerstörung und Unterdrückung. Beginnen wir, die Mauern einzureißen!

G8 und EU-Gipfel versenken!
Gegen imperialistische Weltordnungen, patriarchale und kapitalistische Zustände!
Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen!

Terminkalender zur Anti-G8 Aktionswoche

Montag 7.5.
Info- und Mobilisierungsveranstaltung
Auf der Veranstaltung wird es Infos über die EU-Demo, die Aktionstage, die G8 Mobilisierung und Bedingungen vor Ort in Heiligendamm geben. Wie stellen wir uns die Demo in Hamburg vor, wie könnt ihr das Convergence Center unterstützen, was steht an Campstruktur, was bedeuten eigentlich Infopunkte und wie steht es um eine gemeinsame Anfahrt oder ein Hamburger Barrio? Es wird sicher auch noch eine menge offender Fragen geben und wir stellen uns das ganze nicht nur als Info- oder Mobiliesierungsveranstaltung vor, sondern als einen Abend, der einen gemeinsamen Überblick zum Stand der Vorbereitungen, und daraus folgenden Austausch, sich einbringen und offene Diskussion möglich macht. Macht euch im besten Fall bereits im Vorfeld Gedanken, was ihr auf dem Treffen wollt!

Freitag 25.05.
- Fahrradkarawanen erreichen Hamburg (Skandinavien- und Westkarawane) / Critical Mass in Hamburgs Strassen
- Eröffnung des Convergence Center Hamburg in der Roten Flora

Samstag 26.05.
- Informationsreicher und erlebnisorientierter Stadtteilspaziergang durch die Schanze
- "Zangendemo" am 26. Mai finden in Berlin und Hamburg zwei Großdemonstrationen gegen die G8 Bildungspolitik statt. Beginn 15 Uhr. Berlin (Lausitzer Platz) und in Hamburg (Uni Campus).

Sonntag 27.05. 16.00 Uhr, Rote Flora
Letzte News zur Demo am Montag und Rechtshilfetips zum allgemeinen Demorecht in der BRD und in Hamburg

Montag 28.05.
28.05.2007 Internationale Demonstration gegen den EU plus Asien Gipfel - gegen G8 und kapitalistische Verhältnisse
Start: 12 Uhr Reeperbahn / Spielbudenplatz Hamburg St.Pauli

Dienstag 29.05.
- Ankunft No Lager Karawane

Mittwoch 30.05.
- No Lager Karawane in Hamburg
- "Beat Capitalism": Move your ass for a swinging protest! Wanderkundgebung und Ereignisraum mit Bands und "Spoken Words". Mit: Kettcar, Sport, Knarf Rellöm, Holger Burner, Thomas Ebermann, Rainer Trampert u.a. Start: 15 Uhr Wilhelmsburg - Rathausplatz - Landungsbrücken - Abschluss Sternschanze

Donnerstag 31.05.
- Aktionen beim Abschiebelager Horst
- "Unterm Cluster liegt der Strand" Wettbewerbsstrategien europäischer Metropolen - soziale Kämpfe und Widerstandsperspektiven. Podiumsdiskussion mit ReferentInnen aus Hamburg und verschiedenen EU-Metropolen (angefragt: Wien, Kopenhagen, Barcelona, Rotterdam, Mailand) Kölibri, 19 Uhr

Freitag 01.06.
-Eröffnung des Luxushotels im Sternschanzenpark. Protest gegen Umstrukturierung.
ab Freitag, den 01.06. -Auf zur Demo am 2.Juni gegen den G8 nach Rostock und zu den Antifaschistischen Aktionen in Schwerin gegen den Naziaufmarsch am 2.Juni - Block G8 - Fight Nationalism!

Weitere Aktionen finden statt und werden vorbereitet.

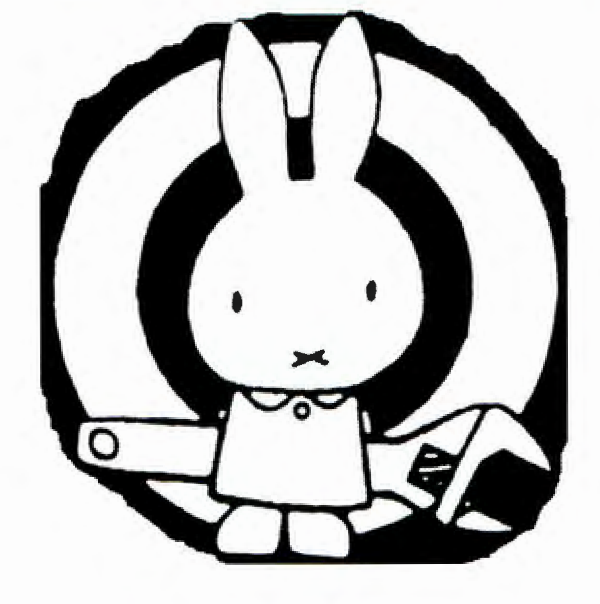
Dokumentationen:

Kampf dem rassistischen deutschen Lagersystem! Kampf dem europäischen Flüchtlingsregime! G8 und staatlichen Rassismus Agreifen!

Zur Aktion gegen Dussmann in Hamburg-Niendorf am 23.02.2007

Dienstleistungen aller sind die Spezialität des Dussmann-Konzerns. Wegen des besonderen Dienstes, den Dussmann in der Berliner Motardstrasse für die rassistische deutsche Flüchtlingspolitik leistet, wurde das Unternehmen wiederholt kritisiert und aufgefordert, sich aus der Zwangsverpflegung von Flüchtlingen mit miesem Essen zurückzuziehen. Da dies den Konzernverantwortlichen ganz offensichtlich am Arsch vorbeigeht, haben wir letzte Woche am 23.2.2007 beschlossen, unsererseits eine kleine Anstrengung im Servicebereich zu unternehmen und zu Werbezwecken für eine gute Sache ganz kostenfrei einige nagelneue Dussmann Fahrzeuge dem Verschrottungsgewerbe freizugeben.

Das von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) betriebene "Ausreisezentrum" auf dem Gelände der 'Zentralen Aufnahme Stelle" (ZsT) Berlin-Spandau das Dussmann mit seinem Fraß beliefert, dient nur einem Zweck: Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge sollen durch Internierung, durch fortgesetzte Schikanen, unwürdige Lebensbedingungen und mangelhafte Versorgung so sehr unter Druck gesetzt werden, dass sie Deutschland "freiwillig" verlassen. Das Lagersystem ist ein wichtiger Bestandteil der Abschottungspolitik der Metropolen, die nicht nur in Europa mit technischer und militärischer Aufrüstung der Grenzen, internationaler Koordinierung von Rechtslagen und polizeilicher wie behördlicher Zusammenarbeit und dem Anheizen rassistischer Stimmungen vorangetrieben wird. Das europäische Flüchtlingsregime stellt darüber hinaus aber auch einen expandierenden Markt zur Verfügung, auf dem u. a. private Sicherheitsdienste, LagerbetreiberInnen und AnbieterInnen von Überwachungstechnogien Gewinne machen.



Der Dussmann Konzern beschäftigt 50.000 Angestellte in fast 30 Ländern. In den USA werden Sicherheitsdienste, in China Schul- und Unikantinen betrieben, in Deutschland u. a. die Kursana-Seniorenresidenzen. In der Hoffnung auf Profite ist Dussmann recht innovativ. Nur das Geschäft mit der Bundeswehr, für die Dussmann bis vor einem halben Jahr in Süddeutschland Truppenkantinen unterhielt, erwies sich als Flop und wurde wegen Millionenverlusten beendet. Als Überzeugungstäter kapitalistischer Modernisierung sind die Konzernverantwortlichen immun gegen Argumente und offen für alles, woran sich in Zeiten, des Neoliberalismus verdienen lässt. Das zeigt sich an der Ignoranz gegenüber den Flüchtlingen in der Motardstrasse, aber auch in dem Engagement, mit dem Betriebsräte im Konzern verhindert werden oder im Kulturkaufhaus in Berlin das Ladenschlussgesetz ausgehebelt wurde.

Mit zwei Aktionen in Berlin im Oktober und Dezember 2006 gegen den Landesverband und gegen die Bundeszentrale der AWO haben GenossInnen die Initiative gegen eine Profiteurin des Lagerregimes ergriffen. Wir sehen ihre Aktionen als einen Vorschlag, wie der Widerstand von Flüchtlingen gegen das Lagersystem praktisch unterstützt werden kann, den wir gerne aufgreifen. Ebenso begrüssen wir den geplanten Aktionstag zu Migration am 4.6.2007 im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierung und die militante Kampagne gegen das Treffen in Heiligendamm, als deren Teil wir unsere Aktion sehen.

Mit ihrer Aktion gegen den Deutschlandsitz der ICM in Berlin im April 2006 haben militante AktivistInnen angeregt, Antirassismus zu einem Kampagnenschwerpunkt zu machen. Seit dem ist von KampagnenteilnehmerInnen einiges zum Zusammenhang zwischen rassistischer Abschottung und weltweiter kapitalistischer Ausbeutung formuliert worden. Vor allem aber
wurde dieser Ansatz auch tatsächlich mit einer Reihe militanter antirassistischer Aktionen in der Praxis umgesetzt. Außer den schon aufgezählten Aktionen gegen die AWO und IOM gab es einen nächtlichen Besuch beim Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Harald Ringstorff im August 2006 sowie bei der Bundespolizei in Lichtenberg (Berlin) September 2006 und in Oranienburg im Januar 2007. Diese Reihe setzen wir mit einem eigenen Beitrag nun fort.

Den hohen Stellenwert, den der Widerstand gegen das rassistische Lagersystem und die europäische Flüchtlingspolitik in der Vorbereitung auf den G8 insgesamt einnehmen, finden wir positiv. Militanz ist für uns dabei ein Mittel, um einerseits radikale antirassistische Positionen mit einem gewissen Nachdruck bekannter zu machen und um andererseits konkret gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus vorzugehen und die Selbstorganisation von Flüchtlingen wie auch linksradikale Antira-Politik allgemein zu unterstützen.
Mit einem langen Atem - auch über den Juni 2007 hinaus - ist es u. E. AWO, Dussmann und wie sie alle heißen, ihr Geschäft zu vermiesen und das Lagersystem in Frage zu stellen.

Die Ausreiselager bei Neumünster, Horst und in Berlin-Spandau sollten in der Mobilisierung zum G8-Gipfel thematisiert werden.

FIGHT FORTRESS EUROPE!
FIGHT G8!

Wir haben heute (6.3.07) dem Unternehmer Peter Dussmann in der Galenusstr. in Pankow feurige Grüße hinterlassen

Peter Dussmann verkauft nicht nur Bücher und CDs in seinem Kulturkaufhaus sondern über sein Firmengeflecht "Sauberkeit" und "Sicherheit" zu Niedrig löhnen. Ins Gerede kam P.D. durch schlechte Arbeitsbedingungen und Lohndumping. So versuchte er immer wieder eine gewerkschaftliche Organisierung seiner MitarbeiterInnen zu verhindern.
Den Wunsch seiner Angestellten an Sonntagen nicht arbeiten zu müssen, bezeichnete Dussmann als Bequemlichkeit. Die von ihm gestellte Frage "wie viel Sozialstaat können wir uns überhaupt im Rahmen der Globalisierung noch erlauben" beantwortet er ganz Praktisch mit "so wenig wie möglich". Dussmann verdankt seinen Reichtum in weiten Teilen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Seine Beschäftigten werden dabei teilweise mit Stundenlöhnen unter 4 Euro abgespeist.
Dem gegenüber stehen 1,4 Milliarden Umsatz, ständig wachsende Gewinne, Anwesen in Florida und Südfrankreich. Ein Wasserschloss in der Nähe von München und ein 10 Millionen teures Herrenhaus in Zeuthen bei Berlin. Wenn es um seinen eigenen fetten Bauch geht, spielt Geld keine Rolle
P. Dussmann gehört zu den NutznießerInnen der menschenverachtenden europ. Migrations- und Vertreibungspolitik.
Unter dem rot-roten Senat entsteht seit Monaten still und heimlich ein Ausreisezentrum in der Motardstr 101a. Eigentlich fungiert das Flüchtlingslager als Erstaufnahmeeinrichtung, versteckt in einem Industriegebiet des Berliner Außenbezirkes Spandau. Mit 750 Plätzen ist diese Einrichtung eine der größten in der Stadt. Ziel von Ausreisezentren ist es, Druck auf diejenigen MigrantInnen mit Duldung auszuüben, die hier nicht gewollt sind. Durch die massive Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen, die schon teilweise viele Jahre in Berlin leben, sollen diese genötigt werden 'freiwillig aus zu reisen' und so der Ausländerbehörde und der Polizei die schmutzige Arbeit der Abschiebung ab zu nehmen. Statt finanzieller Bezüge gibt es einen Schlafplatz im Lager und täglich abzuholende Essenspakete. Auf Grund des Arbeitsverbotes ohne Möglichkeit, selbst für den Lebensunterhalt zu sorgen, müssen die Betroffenen weitgehend entrechtet unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen im Lager leben.
Verwaltet wird das Lager von der AWO, für die Essensversorgung ist die Firma Dussmann zuständig. Während Peter Dussmann sich als Kulturmäzen feiern läßt und sich von einem Empfang zum Nächsten schleppt, setzt er den Menschen in der Motardstr. Verpflegung vor, für die Fraß noch eine positive Umschreibung ist. Statt den Betroffenen das Geld direkt zu geben um selbstbestimmt entscheiden zu können welches Essen sie zu sich nehmen wollen, wird ihnen zu wenig, eintöniges und Essen minderer Qualität vorgesetzt.
Wir wissen, Peter Dussmann wird durch unsere Aktion sein menschenverachtendes Handeln nicht lassen. Aber vielleicht ist es Anlaß für den Einen oder Anderen über den Zusammenhang von steigender Armut vieler und wachsendem Reichtum weniger intensiver Nachzudenken.
Wir werden im Juni in Heiligendamm einmal mehr das Abfeiern dieser Gestalten erleben, die sich wie P. Dussmann skrupellos an den Lebensgrundlagen des Großteils der Menschheit bereichern und Millionen in den sicheren Tod treiben. Deswegen sehen wir unsere Aktion als Teil der Mobilisierung gegen den G8 im Juni in Heiligendamm. Wir werden dem mörderischen Treiben dieser Damen und Herren nicht mehr tatenlos zusehen. Der Tanz dagegen hat gerade erst begonnen.

SOLIDARISCHE GRÜßE AN DIE GENOSSINNEN IN DÄNEMARK DIE WEITER FÜR DAS RECHT AUF SELBSTBESTIMMTE FREIRÄUME KÄMPFEN

GRÜßE AN DIE GENOSSINNEN IN HH, DIE SEIT WOCHEN IHREN BEITRAG ZUR MOBILISIERUNG NACH HEILIGENDAMM LEISTEN

STOPPT DIE PROFITEURE VON STAATL. RASSISMUS, VERTREIBUNG UND VERELENDUNG

FIGHT FORTRESS EUROPE - FIGHT G8



Heraus zum revolutionären 1.Mai und Euromayday

Kommt alle zur internationalen Demonstration am 28.5.2007 gegen den ASEM Gipfel in Hamburg

02.-08.06. G8 ausschalten!

In einem Aufwärmtraining für die vor uns liegenden Aufgaben haben wir heute den Glaspalast der Reederei Leonhardt + Blumberg (L+B) demoliert. Die Strasse Neumühlen wurde für diese Aktion mit Krähenfüssen und einer brennenden Barrikade gesperrt.

Der 25 Millionen Euro teure Herrschaftsbau wurde von uns ausgewählt, weil er einer der Orte in der Hansestadt Hamburg ist, von wo aus internationale Ausbeutung organisiert wird - gegen die aber auch international Menschen Widerstand leisten.

Gegen die Reederei L+B, die über knapp 50 Schiffe verfügt und eine der großen Reedereien Deutschlands ist, läuft seit Herbst 2004 eine internationale Kampagne der International Transport Workers Federation (I.T.F.), um Tarifverträge auf den unter "Billigflagge" fahrenden Schiffen durchzusetzen. Der Chef der Reederei, Frank Leonhardt, der seit 1996 auch Vorsitzender des Verbandes deutscher Reeder ist, weigerte sich bis vor kurzem kategorisch, Tariflöhne auszuzahlen. Statt wie von der I.T.F. vorgesehen 1400 US-Dollar erhielten seine Matrosen lediglich 900 Dollar im Monat. Diesen niedrigen Lohn begründete er u.a. damit, dass er freundlicherweise Seeleute auf einer eigenen Schule auf den Kiribati-Inseln (deren Honorarkonsul er ist) ausbilden lässt. Die Schiffe, die unter beschissenen Arbeitsbedingungen in Korea und China gebaut werden, lässt er nun auch u.a. unter der Flagge von Kiribati fahren. Lange Zeit liefen sie unter der Flagge von Liberia, was dem damaligen Diktator Charles Taylor eine schöne Stange Geld bescherte. 2005 wurden erste Streikaktionen von HafenarbeiterInnen in Melbourne, Yokohama und Osaka gegen ein Schiff von L+B durchgeführt. Lade- und Löschvorgänge wurden verzögert.

Im Oktober 2005 wurden durch einen 7 stündigen Boykott eines seiner Schiffe am Burchardkai in Hamburg I.T.F.-Tarifverträge auf zwei Schiffen durchgesetzt. Seitdem erfolgten zahlreiche koordinierte Aktionen von Seeleuten und HafenarbeiterInnen gegen L+B, so z.B. im März 2006 in japanischen Häfen und in Australien. Mittlerweile hat die I.T.F. in einer "L+B-Kampagne" der Reederei Tarifverträge auf 14 Schiffen abgetrotzt. Es fehlen also noch 35 Schiffe.

Mit unserer Aktion wollen wir den Druck auf L+B erhöhen und unsere Solidarität mit den Kämpfen der Seeleute und HafenarbeiterInnen ausdrücken. Die nächsten Jahre werden auch gerade im Bereich der Häfen Jahre der verschärften Klassenkämpfe sein. Die Versuche, über Port Package 1 + 2 die Privatisierung von Hafenanlagen und Dienstleistungen voranzutreiben, sind zwar erstmal gescheitert, neue Runden der Auseinandersetzung stehen jedoch bevor. Die Privatisierung der HHLA wird in Zukunft ebenfalls wieder auf der Tagesordnung stehen. So ist es gut, den Herrschaftsprojekten organisiert Widerstand zu leisten, wie z.B. im Januar 2006 als europaweit 50.000 Hafenarbeiterinnen die Arbeit niederlegten oder ein paar Tage später, als HafenarbeiterInnen während einer Großdemo in Straßbourg das Eurpäische Parlament einschmissen. An den Maßnahmen gegen L+B haben uns die internationale Vernetzung, der hohe Organisationsgrad, der lange Atem wie auch die Solidarität der HafenarbeiterInnen und Seeleute angeturnt.

Hoch die internationale Solidarität!

Für starke Aktionstage gegen G8 und ASEM Gipfel in Hamburg! - See you at the barricades!

autonome antikapitalistische Gruppen
Hamburg, 14.04.07



Sexismus und Gewalt in der Szene: Sagt nicht, ihr hättet von nichts gewusst!

Anfang März fand in der Flora in Hamburg das mehrtägige Frauenfestival Take back the Night! statt. Vorausgegangen war eine Vielzahl unerträglicher Vorfälle und Übergriffe in Form von sexistischen Beleidigungen, Bedrohungen und offener Gewalt gegen Frauen, die sich innerhalb der Punk- und Politszene bewegen. Einen weiteren Tiefpunkt stellten die Vorkommnisse dar, die sich im Zuge dieser Veranstaltung abspielten. So wurde gezielt Negativ-Propaganda betrieben, Gerüchte in die Welt gesetzt, Teilnehmerinnen (öffentlich) eingeschüchtert und Plakate offensichtlich systematisch abgerissen.
Diese heftigen Reaktionen sind umso interessanter, da dieses Festival (laut Flyer) initiiert wurde, um gerade dem Mangel an Auseinandersetzung mit Sexismus und Gewalt in der Szene entgegen zu treten. Die Anfeindungen und Reaktionen verdeutlichen, dass eine feministische Veranstaltung nicht nur als eine "uncoole Angelegenheit", sondern von einigen geradezu als Angriff verstanden wird. Das ist nun kein neues Phänomen, allerdings hat es schon eine besondere "Qualität", dass sich einige Szenegänger im Rahmen dieser Stimmungsmache selbst offensiv als erklärte Antifeministen bezeichnen und sich dennoch in linken Räumen und Zusammenhängen wie der Flora, auf Demos, Konzerten etc (weitestgehend ungestört) bewegen.

Stellt sich also die Frage, was hier in Hamburg (oder andernorts) eigentlich los ist. Das lässt sich an dieser Stelle natürlich nicht erschöpfend diskutieren, allerdings wollen wir den aktuellen Ereignissen noch mal eine kurze Bestandsaufnahme hinzufügen.
Ohne jetzt detailliert auf das für und wider von Begrifflichkeiten wie "Szene" einzugehen, ist wohl unbestritten, dass sich linke Gruppenstrukturen und unterschiedlichste subkulturelle Kreise in den letzten Jahren stark gewandelt haben. Während einerseits Zusammenhänge weg gebrochen sind, kam es in anderen subkulturellen Szenen, die früher eher getrennt von einander ihr Eigenleben fristeten, in den letzten Jahren wieder verstärkt zu Überschneidungen. Diese Entwicklungen gründen sich allerdings weniger auf einen gewollten Prozess, sondern sind eher Ausdruck der Wechselwirkungen aus wegbröckelnden Strukturen und gesellschaftlichen Rollbacks einerseits und den schnelllebigen Hypes andererseits, die Subkulturen auch in Verbindung mit den linken Politspektren heute vermehrt durchmachen. Daher sprechen wir im Folgenden einfach von der "Szene" - wohlwissend, dass es die so nicht gibt.

Die negativen Folgen dieser Entwicklungen werden ja nun allgemein beklagt, denn Fakt ist, dass besonders inhaltliche Ansprüche und Abgrenzungen immer öfter auf der Strecke bleiben. Das trifft auf mehrere subkulturelle Nischen mehr oder weniger zu, und es tut nicht viel zur Sache, ob es sich hierbei um Überschneidungen von Punk-, Crust-, Pop- und Polit-Kreisen handelt. Unverbindlichkeit und Konsumlust scheinen überall hoch im Kurs zu stehen, egal welcher "Style" zur Schau getragen wird.
Die Stereotypen sind immer ähnlich: zum Sich-Gutfühlen von Saufen und Feiern gehört eben auch, sich moralisch auf der vermeintlich korrekten Seite zu fühlen. Zumindest bewegen sich Leute in Räumen, wo einmal bestimmte Ansprüche formuliert wurden und spielen auch mit genau dieser "rebellischen" Attitüde. Dass dies meist hohle Floskel und Fassade bleibt, zeigt sich schnell, wenn parolenhaft formulierte Ansprüche (z.B. die inflationäre Verwendung von "Object Refuse, Object Abuse"-Aufnähern und Aufdrucken) praktisch umgesetzt werden sollen.
Dass so was problematisch und höchst gefährlich sein kann, wird daran deutlich, dass Orte, Zusammenhänge und Gruppen sich nach außen mit vordergründigen Ansprüchen wie z.B. Anti-Sexismus schmükken, tatsächlich aber ein ganz anderer Umgang mit dieser Problematik praktiziert wird.

Auffällig ist, dass immer weniger Frauen Übergriffe thematisieren. Und wenn sie es doch tun werden die Reaktionen immer heftiger und brutaler. Die Brutalität besteht u.a. darin, dass Sexismus hier offenbar nicht existent sein darf: ein Outing als Opfer von Gewalt gilt als Zeichen von Schwäche, selbst die Thematisierung von Sexismus wird als Schwäche ausgelegt. Jede Person begibt sich so in eine angreifbare und verletzbare Position und wird (meist) selbst zum Problem erklärt. Das geht von genervten oder gleichgültigen Reaktionen über Infragestellungen (nicht nur der Inhalte, sondern auch der Zurechnungsfähigkeit der Person selbst) bis hin zu offenen Anfeindungen. Nicht nur die Auseinandersetzung mit Sexismus wird in Frage gestellt, sondern es schließen sich die üblichen Vorwürfe an, mit solchen Themen die Szene oder politische Gruppen spalten zu wollen.
So wird eine Situation geschaffen, wo es praktisch unmöglich wird, Sexismus überhaupt zur Sprache zu bringen, geschweige denn zu handeln. Entscheidend ist, dass hier (wie an vielen anderen Orten) ein Klima herrscht, in dem es Frauen extrem schwierig gemacht wird, Sexismus und Gewalt offen zu thematisieren, ohne sich selbst ins Kreuzfeuer zu begeben. Gleichzeitig erfahren Typen häufig Unterstützung oder stoßen zumindest auf offene Ohren und Verständnis, was ihre Sicht der Dinge anbelangt. Kein Wunder also, dass viele Frauen die Szene nicht als positiven Freiraum, sondern eher als Minenfeld erleben.

Im Gegenzug treten Typen (und auch Frauen) in den letzten Jahren immer stärker offen sexistisch oder anti-feministisch auf, von abwertenden Sprüchen und Anmachen bis zu direkten Gewaltandrohungen. Und diese Typen können auch genau so auftreten, da ihnen auf breiter Basis viel zu wenig entgegengesetzt wird und keine Abgrenzung stattfindet.
Ein entscheidender Faktor ist hierbei das Umfeld. Es geht nicht um ein paar individualisierte Einzeltäter, die mit uns und unserem Umfeld nichts zu tun haben. Es geht um genau dieses Umfeld, das Sexismus und Gewalt ermöglicht, trägt, deckt und somit stärkt. Und das ist an jedem Ort erkennbar, nicht nur im hierfür beinahe traditionellen Otto, sondern auch im Störte, in der Flora, auf Demos oder sonst wo.

Die Kreise und Personen, die für die beschriebene Stimmungsmache verantwortlich gemacht werden können, lassen sich zwar lokalisieren, aber das Hauptproblem sind nicht die einzelnen Arschlöcher (denn die gab es immer), sondern das Nicht-Verhalten von Vielen. Denn selbst die, die durchaus gegen Sexismus sind, treten häufig nicht offen in Erscheinung. Das lässt sich aus der bereits beschriebenen Gesamtsituation heraus ja auch leicht nachvollziehen, da jede Person, die sich offen

positioniert auch Gefahr läuft, selbst ins Kreuzfeuer zu geraten. Hilflose Betroffenheit und Mitleid verändern nur leider nichts an der Situation und sind somit nicht sonderlich hilfreich. Was eben verdeutlicht, dass Anti-Sexismus eine Praxis sein muss, nicht nur Theorie und Fassade. Mehr als bezeichnend war in dieser Hinsicht auch ein Vorfall bei der Ungdomshuset-Solidemo an der Sternschanze, wo jemand aus der Demo heraus den Bullen entgegen rief "Ich fick auch eure Töchter!" und fast niemand reagierte, obwohl etliche Leute drum herum standen.

Auch im Hinblick auf kommende Veranstaltungen wie z.B. das Convergence Center zum G8 Gipfel halten wir eine erhöhte Sensibilität für Sexismus und Gewalt sowie einen klaren Umgang damit für absolut notwendig. Überregionale Großveranstaltungen sind leider beinahe traditionell für eben diese Problematik berühmt-berüchtigt.

Die unsäglichen Debatten über Definitionsmacht und die Anzweiflung einer Notwendigkeit von Schutzräumen für Frauen auf dem Land-in-Sicht in Hamburg vor ein paar Jahren haben dies nachhaltig sehr verdeutlicht. Die Reaktionen auf das kürzlich statt gefundene Frauen-Festival bestätigten dies erneut.

Der Feind steht, wie so oft, mal wieder im eigenen Lager.

Macht die Augen auf, greift ein! Weitere Parolen sparen wir uns... Ihr wisst was zu tun ist!!! Anlässe gibt es genug!

AG C-K

Brief der Roten Flora an Tacatacata

Im April 2003 wurde bei einer Tacatacata (im Folgenden Taca) -Veranstaltung ein Vergewaltiger trotz Aufforderung durch einen Besucher nicht von den VeranstalterInnen rausgeworfen. Damit hatte Taca sich über den in der Flora bestehenden Minimalkonsens, nämlich Sexisten - spätestens wenn von BesucherInnen hierzu aufgefordert - rauszuschmeißen, hinweggesetzt. Die Form der späteren Auseinandersetzung warf die Frage auf, ob sie als VeranstalterInnen bereit sind diesen Minimalkonsens mitzutragen und darüber hinaus in der Lage sind, diese zentralen Hausinternen Absprachen zum Umgang mit Sexismus bzw. sexuellen Gewalttätern umzusetzen.

In 2003 erkannte jedoch die Gruppe den erforderlichen Diskussionsbedarf und lud zeitnah zu einem Treffen ein um den Vorfall zu diskutieren und der Kritik an ihrem Verhalten Raum zu geben.

Es nahmen die Veranstalter, Sonido Bestial, eine Vertreterin der Flora und zwei Personen der Gruppe, die Taca auf die Anwesenheit der besagten Person aufmerksam machte, teil.

Die Kritik bezog sich in erster Linie darauf, dass nicht sofort gehandelt wurde und Taca sich nicht genügend informiert fühlte um die Entscheidung eines Rausschmisses zu Fällen. Begründet wurde dieses Verhalten zum einen damit, dass ihnen nicht klar war, dass sich ein Rausschmiss nicht nur aus dem konkreten Verhalten auf der Party definiert. Insbesondere im Falle einer Geschichte sexueller Gewalt steht die Definition einer "empfunden Bedrohung" der anderen BesucherInnen im Vordergrund- sprich sofortiger Rausschmiss. Zum anderen wurde angeführt, dass aufgrund der starken Einbindung in die Veranstaltung diese adhoc Entscheidung schwer fiel.

In der Diskussion wurde diese Definition über eine Bedrohung von Seiten der BesucherInnen zum Konsens und es wurde sich von Seiten Tacas erklärt sich in der Zukunft dementsprechend zu verhalten. Sie machten ebenso den Vorschlag als erste Reaktion die besagte Person darüber zu informieren, dass sie Veranstaltungsverbot auf allen Taca Veranstaltungen habe, auch wenn sie nicht in der Flora stattfinden.

Jedoch üben wir Kritik an Stellungnahmen und Verhalten Tacas in dieser nachfolgenden Auseinandersetzung. In 2005 wurde die Diskussion auf Initiative von einer der bei der ersten Diskussion anwesenden Taca kritisierenden BesucherInnen wieder aufgenommen. Tacataca stellte sich auch dieser erneuten Kritik in weiteren Diskussionen.

Unsere Kritikpunkte in diesem zweite Diskussionsprozess sind ähnlich den bereits fomulierten im Artikel "Die Zähne zeigt..."(Zeck, Nr. 132):

1. die Gleichsetzung von, Machismus und Feminismus
2. die Analogie von Lesben und Vergewaltigern,
3. das Leugnen der Bedrohung, die eine Frau während/nach eines Telefonats mit einem Taca-Mann empfunden hat

(siehe Die Zähne zeigt..., Zeck Nr. 132).

Zwar haben sich die Gruppe/ Einzelne für diese Äußerungen teilweise entschuldigt, doch inhaltliche Stellungnahmen hierzu, die die Diskussionen in der Gruppe transparent und nachvollziehbar machen, sind ausgeblieben.

Und so bleibt auch nach der letzten öffentlichen Stellungnahme von Taca (Offener Brief ..., Zeck Nr. 135) ein bitterer Nachgeschmack: Statt sich mit Kritikpunkten inhaltlich auseinanderzusetzen, ist das Papier voll von Erklärungen, Rechtfertigungen und Entschuldigungen. Es entsteht der Eindruck, dass Taca sich persönlich angegriffen fühlt und an den Kritikerinnen abarbeitet, statt sich inhaltlich auseinanderzusetzen. Damit wird politische Kritik und Auseinandersetzung auf die persönlich-emotionale Ebene reduziert, auf der sich eben nur noch verteidigt wird.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass die in 2005 wieder aufgegriffene Auseinandersetzung um den Vorfall lange Zeit ohne Beteiligung "der" Flora geführt wurde. Dafür gab es mindestens drei Gründe:

1. Überforderung sich darum zu kümmern, zusammen mit dem Eindruck, dass schon andere Gruppen an einer Klärung dran wären.

Angelika
1947 - 2007

Angelika hat ab 1991 einige Jahre in der Flora mitgearbeitet. Sie hat viele spannende Stunden auf den Plena erlebt. Hat während ihrer Vokü-Schichten ein inniges Verhältnis zu den Mäusen aufgebaut. Das Verhältnis zu den STEG/STEB Vertretern während der Vertragsverhandlungen war eher distanziert, ebenso zu den Ordnungskräften während wöchentlicher Blockaden der Baustelle des Flora-Parks. Auch war Angelika Mitbegründerin einer einschlägigen Publikation der Roten Flora. Sie konnte ihn den letzten Jahren nur selten in Hamburg sein, hat sich der Roten Flora aber immer eng verbunden gefühlt.
Angelikas Lebensinhalt war der politsche Kampf, ihren letzten Kampf gegen die Krankheit konnte sie nicht gewinnen.

2. war unklar, inwieweit wir uns als Gesamtprojekt Flora um das Verhalten von Taca kümmern müssen.
3. die direkte Kritik fand zeitnah nach der Veranstaltung statt und es wurde soweit dies nachvollzogen werden konnte dem Beschluss folge geleistet.

Unsere Passivität hat dann vielleicht auch zu der öffentlichen Forderung nach einem Veranstaltungsverbot für Taca mit beigetragen. Wir haben diese Forderung als den berechtigten Versuch, das Thema Sexismus und patriarchale Strukturen wieder in das szeneöffentliche Bewußtsein zu rücken, verstanden.
Aus eigener Erfahrung innerhalb der Flora in den letzten 1 fi Jahren wissen wir, dass der Linksradikale Konsens bezüglich der Definitionsmacht von Frauen in Auseinandersetzungen um sexistische Gewaltstrukturen und -Erfahrungen nicht mehr ohne weiteres vorausgesetzt werden kann. Gleiches gilt für den Anspruch, einen Raum zu schaffen, der gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse und- mechanismen nicht reproduziert.
Warum kein Veranstaltungsverbot?
Wir haben zunächst versucht, unter uns ein Meinungsbild zu erstellen. In diesem Zusammenhang haben wir auch im Rahmen eines Plenumstermines mit VertreterInnen von Taca gesprochen. Wir wollten zum einen an einigen Punkten durchaus auch ihre Positionen hören. Vor allem wollten wir etwas zum Umgang innerhalb der Gruppe mit den verschiedenen Vorwürfen gegen sie erfahren, insbesondere im Hinblick auf die in der ZECK veröffentlichten Papiere zweier Frauenzusammenhänge.
Nach diesem Termin war Konsens innerhalb des Flora-Plenums, dass es keine Rückkehr zu einem "Normalzustand" in der Beziehung zu Taca als Partyveranstalter, geben wird. Wir haben lange und kontrovers darüber diskutiert, ob es richtig wäre, ihnen ein Veranstaltungsverbot für die Flora auszusprechen und bis zum Schluss sind dabei verschiedene Positionen stehen geblieben:
Ein Teil des Plenums hat sich für ein Veranstaltungsverbot ausgesprochen. Vor allem mit der Begründung, dass sich Teile der Gruppe, wie oben dargestellt, an mehreren Punkten sexistisch verhalten oder sexistische Positionen vertreten haben. Eine positive Entwicklung darin ist nur in Ansätzen erkennbar. Eine wesentliche Voraussetzung für die Organisation von Veranstaltungen in der Flora, ist ein eindeutiger antisexistischer Grundkonsens. Diese Voraussetzung scheint bei Taca nicht gegeben. Es wurde angezweifelt, ob ein echtes Umdenken in der Gruppe stattgefunden hat. Es bestand bei einigen der Eindruck, dass sie sich taktisch verhalten und



nur Aussagen treffen, von denen sie glauben, das wir sie hören wollen.
Trotzdem haben wir nach langen Diskussionen und im Konsens mit den BefürworterInnen eines Veranstaltungsverbots beschlossen, Taca Taca Ta kein Veranstaltungsverbot zu erteilen. Gegen ein Veranstaltungsverbot wurden in unserer Diskussion unterschiedliche Gründe angeführt, wobei die Entscheidung sich eher gegen das Verbot richtete, als eine für Taca war.
Die Gründe hierfür sind vielfältig. Wie oben bereits erwähnt scheiterte eine Sexismusdiskussion in der Flora vor 1 1/2 Jahren kläglich. Es kam nicht zu einer echten Auseinandersetzung, die über reine Bekenntnisse zu antisexistischen Standards hinausging. Einige schlossen daraus, dass es innerhalb der Flora keine tragfähige inhaltliche Grundlage gibt, die ein Veranstaltungsverbot rechtfertigt. Denn es geht nicht nur um einen abstrakten antisexistischen Grundkonsens, sondern z.B. auch um konkrete Kriterien dafür, wann gesagt werden kann, dass sich jemand von früheren Positionen/ Handlungen ernsthaft distanziert hat oder nicht. Auf dieser Grundlage war es nicht möglich, die Debatte über ein bloßes strafendes Ausschließen hinaus zu einem Ergebnis zu bringen. Es stehen keine überprüfbaren Kategorien zur Verfügung, die Miss- oder Vertrauen in eine Einsicht bei Taca rechtfertigen.
Mit der Förderung nach einer eindeutigen Positionierung zum gegen sie erhobenen Sexismusvorwurf würden wir etwas von ihnen verlangen, was wir selbst in der Vergangenheit nicht einlösen konnten. Es würde darauf hinauslaufen, dass wir, anstelle einer klaren Positionierung, an Taca Taca Ta ein Exempel statuieren wollen.
Des Weiteren entstand bei einigen der Eindruck, dass bei Taca eine Auseinandersetzung stattfindet, die tendenziell in die richtige Richtung geht. Zum jetzigen Zeitpunkt für Taca ein Veranstaltungsverbot zu erteilen, erscheint deshalb als falsches Signal gegenüber der Gruppe. Damit würde ein - zumindest vorläufiger - Schlussstrich unter die Auseinandersetzung gezogen werden, der Möglicherweise eine Weiterentwicklung behindern könnte. Wir haben die Einschätzung, dass die bisherige Auseinandersetzung mit Taca zumindest bewirkt hat, dass Vorfälle, wie die oben beschriebenen, auf ihren Veranstaltungen mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr stattfinden.
Daraus folgend hat das Plenum der Flora beschlossen, Veranstaltungen von Taca in der Flora zuzulassen. Dieser Beschluss wurde Taca bei einem Besuch ihres Plenums übermittelt und dabei aber auch betont, dass die Entscheidung keine einfache war. Nach wie vor bestehen erhebliche Vorbehalte gegen die Gruppe, weshalb ihre Veranstaltungen in der Flora zukünftig auch besonders betreut werden. Außerdem wurde Taca aufgefordert, auf ihren Parties Handzettel auszulegen, die daraufhin weisen, dass sexistisches und homophobes Verhalten nicht geduldet wird und wer bei solchen Vorfällen als AnsprechpartnerIn zur Verfügung steht. Der Vorschlag stieß bei Taca auf große Zustimmung. Über die Zeit wird sich zeigen, ob der Vertrauensvorschuss berechtigt war oder nicht.
Unabhängig von der Taca betreffenden Diskussion muss es jedoch auch in der Flora als Gesamtprojekt wieder klar definierte Standpunkte im Umgang mit Sexismus geben, die über einen abstrakten antisexistischen Grundkonsens hinausweisen.

Dazu muss eine Auseinandersetzung her, die von allen getragen wird.

Philosophie des Elends

Einige kurze Anmerkungen zum grassierenden Standortunwesen

Am 31. März 2007 findet - zuerst im Schulterblatt 73, später in der Schule Altonaer Straße - eine ganztägige Veranstaltung unter dem Motto "Kreative Stadt: Die Zukunft der europäischen Metropolregionen" statt. An diesem Tag lädt die GAL Hamburg in die Kulturklitsche Schulterblatt 73 ein, um zusammen mit illustren Gästen, zunächst in geschlossener Gesellschaft, über die Zukunft der "Metropolregion Hamburg" zu diskutieren. Neben ein paar Vorträgen und Gesprächsrunden, in denen die Sorge um den Standort und das Buhlen um WählerInnenstimmen mittels einiger zweitrangiger AkteurInnen aus Politik und Forschung wissenschaftlich-seriös aufbereitet werden soll, bildet eine öffentliche Gesprächsrunde mit Bürgermeister Ole Beust den prominenten Höhepunkt der ganzen Geschichte.
Warum hier zusammenwächst, was zusammengehört und warum es im Rahmen dieser Veranstaltung keine diskutablen Perspektiven geben kann, sondern es eher einer Kritik der Veranstaltung selbst bedarf, dazu im Folgenden mehr.

Internationaler Wettbewerb und "Wachsende Stadt"

Nicht allein die Anwesenheit der Person des Bürgermeisters und das von ihm vertretene Konzept der "Wachsenden Stadt" bringen uns auf die Barrikaden. Es geht um mehr als das: Der gemeinsame Nenner, auf dem sich der Hamburger CDU-Senat und Grüne treffen, ist die Sorge um den Standort Hamburg. Von den verschiedenen Seiten wird das erfolgreiche Bestehen im internationalen Wettbewerb zur unhintergehbaren Voraussetzung jeglicher Politik stilisiert. Die damit verbundenen Prinzipien von marktförmiger Konkurrenz und gesellschaftlicher Ausgrenzung sind es, denen wir uns grundsätzlich verweigern wollen.
Dabei geht es uns nicht etwa darum, sich lediglich am Hamburger Lokalkolorit abzuarbeiten. Neoliberale Modernisierungsstrategien, die den Standortwettbewerb zwischen Städten und Regionen als einzige mögliche Antwort auf sich "globalisierende" ökonomische und politische Verhältnisse propagieren, liegen im allgemeinen Trend. Städte und Regionen versuchen heute weniger über den nationalstaatlichen Rahmen den eigenen Interessen Geltung zu verschaffen. Sie begreifen sich selbst zusehends als unternehmerisch zu führende Projekte, die es strategisch auf dem internationalen Markt zu positionieren gilt. Das CDU-Konzept der "Wachsenden Stadt" ist als eine mögliche Variante einer solchen Politik zu verstehen. Unter der ideologischen Argumentation, dass der eingeschlagene Weg der einzig mögliche sei, Hamburg zur Blüte und zum Wohlstand verhelfen zu können, ist ein Leitbild formuliert worden, das sich vor allem durch eine Ausrichtung auf Unternehmensinteressen und eine Ökonomisierung aller gesellschaftlicher Bereiche auszeichnet und sie mit einer repressiven Absicherung und Zurichtung des Bestehenden verbindet.

Im Zentrum der Bemühungen steht die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Investitionsklimas, um für die Niederlassung von Unternehmen in, als zukunftsträchtig eingeschätzten, Branchen attraktiv zu sein. Das erfolgt zum einen durch die direkte Hofierung von Kapitalien und die infrastrukturelle Förderung profitabler Sektoren: zum Beispiel, wenn Naturschutzgebiete und Dörfer platt gemacht werden, um einem neuen Superflieger (erfolglos) eine sanfte Landung bereiten zu wollen, zum Beispiel, wenn der Hafen als logistische Drehscheibe für den China- und Ostseeraumhandel weiter ausgebaut und ausgebuddelt wird.
Mit der Ausrichtung auf die neuen Mittelschichten der Medien- und Dienstleistungsbranche sind außerdem andere Faktoren in den Blick geraten, um die entsprechende Klientel von überall her nach Hamburg zu locken. Dazu zählen vor allem der Umbau und die Anpassung innerstädtischer Quartiere an Lebensvorstellungen, in denen gehobene Freizeit-, Konsum- und Wohnbedürfnisse mit dem Wunsch nach Urbanität zusammenfallen. Und für die Inszenierung von internationaler Attraktivität wird das Image einer weltoffenen und toleranten Stadt mit populistischen Bildern von Sicherheit und Sauberkeit verbunden.

Dementsprechend verschiebt sich der Einsatz städtischer Ressourcen dahingehend, dass von Seiten der Stadt aus vor allem massive Investitionen in ökonomische und Prestigeprojekte erfolgen - Hafencity, Messeausbau, Elbphilharmonie, wie sie alle heißen.

Innenansichten vermeintlicher Prosperität: Ökonomisierung, Repression und Sicherheit

Unter den Vorzeichen von Standortwettbewerb und Konkurrenz werden auch Einspar- und Ökonomisierungsstrategien in vielen anderen politischen Bereichen verfolgt. Einhergehend mit massiven Kürzungen im sozialen Bereich erfolgt der Abschied von dem sozialstaatlichen Modell einer übergreifenden Daseinsfürsorge und eine Hinwendung zur Privatisierung gesellschaftlicher Risiken nach dem Motto: "Selber schuld!" Ehemals städtische Aufgaben werden entweder gleich privatisiert (z.B. LBK-Verkauf) oder in Kooperation mit der Wirtschaft gewinnorientiert ausgerichtet. Innerstädtischer öffentlicher Raum steht zum Beispiel in zunehmenden Maße nur noch denen zur Verfügung, die ihn durch entsprechende Konsum- und Umsatzsteigerung beleben, angeblich störendes Verhalten wird durch den Einsatz von "Bettlerpapieren" u.ä. aus diesen Bereichen verdrängt. Die Einführung von Studiengebühren und die Ausrichtung von Wissenschaft und Bildung auf die Bedürfnisse des Marktes sind weitere Punkte, an denen sich die neoliberale Wettbewerbsstrategie städtischer Politik aktuell zuspitzt.

Eine Zuspitzung bedeutet die ökonomistische Ausrichtung der "Wachsenden Stadt" nun aber nicht etwa, weil sie Hamburg in ein Reich immerwährender wirtschaftlicher Prosperität verwandeln würde, sondern weil sie gesellschaftliche Ausgrenzung und Teilhabe von Menschen entlang ihrer Verwertbarkeit bedeutet. Heute sind weniger denn je alle gemeint, wenn sich um die Menschen in dieser Stadt gesorgt wird. Jedenfalls nicht im positiven Sinne. Der nichtverwertbare Rest gerät nämlich sogleich ins Visier der Politik, wenn es darum geht, die Entfaltung marktförmiger Vergesellschaftungsformen auch gegen Hindernisse aktiv durchzusetzen und repressiv abzusichern.

Auch wenn Ole Beust sich gern im Lichte liberaler Staatsmännlichkeit sonnt, hat eine massive Verschärfung der Verhältnisse unter dem CDU-Senat der letzten Jahre stattgefunden. Nachdem Schill dann doch eine Nummer zu heiß gewesen ist, hat mit Udo

Nagel eine Gestalt aus dem Polizeiapparat seinen Platz auf dem Sessel des Innensenators gefunden, die sich damit rühmt, in Hamburg eines der schärfsten Polizeigesetze Deutschlands eingeführt zu haben und die jede Steigerung der Abschiebequote von afghanischen Flüchtlingen auf rassistische Weise als politischen Erfolg verbuchen möchte. In den Resten der Sozialsysteme werden gleichzeitig Leute zur Annahme jeder noch so miserablen Arbeit gezwungen und dürfen als Ein-Euro-JobberInnen in orangefarbenen Signaljacken Grünflächen putzen oder in roten Uniformen den Touristen die Stadtpläne halten.

Die Liste ist lang, aber nicht zufällig. Mit der sicherheitspolitischen Flankierung und repressiven Durchsetzung ökonomischen Kalküls hat die CDU-Regierung einen Ansatz gewählt, der sich bestens anzubieten scheint, um Wettbewerbsbedingungen herzustellen und gleichzeitig politische Legitimation verschafft.
Eine Zurschaustellung toleranter Weltoffenheit erfolgt lediglich dort, wo es das ökonomisch-politische Kalkül gebietet, entweder um der Außenwirkung Hamburgs Rechnung zu tragen, oder wenn es sich um die Erfolg versprechendere Taktik zur Durchsetzung der eigenen Interessen handelt. Insgesamt betreibt der CDU-Senat unter dem Leitbild "Wachsende Stadt" eine restriktive Umsetzung von Wettbewerbsvorgaben, abgesichert durch repressive Strategien der Ein- und Ausschließung, in Verbindung mit der Ausweitung allgemeiner Überwachung und Kontrolle bei gleichzeitiger Weitergabe der Verantwortung für gesellschaftliche Risiken an die/den Einzelne/n.

Die schlummernden Potenziale der "Kreativen Stadt"

Nachdem die CDU nun bereits seit einigen Jahren die beschriebene Politik unter dem Leitbild "Wachsende Stadt" propagiert und vorangetrieben hat, sind so nach und nach auch alle anderen etablierten Hamburger Parteien auf die Idee gekommen, eine vergleichbare Formel zur politischen Profilierung brauchen zu müssen. Die entsprechende Antwort der GAL auf die Probleme unserer Zeit ist die "Kreative Stadt" - denn, wie sie es selbst formuliert, "der wirtschaftliche Erfolg von Metropolen hängt zukünftig vor allem von der Kreativität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ab."

Was ist nun davon zu halten?

Zunächst einmal handelt es sich bei der Einbeziehung des "ganzen" Menschen in den wirtschaftlichen Prozess um eine ganz grundlegende Strategie neoliberaler Ansätze, mit denen zur Zeit versucht wird, den krisenhaften kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungszusammenhang zu modernisieren. Nicht mehr die manuelle Arbeitskraft, sondern die geistigen und emotionalen Kapazitäten der Menschen werden zur wichtigsten Ressource und zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Die GAL hat diesen Prozess genau analysiert und stellt fest: "Die Wirtschaft scheint das erkannt zu haben, nur die Politik hinkt hinterher." Sie versucht sich nun zu profilieren, indem der CDU vorgeworfen wird, dass sie zwar mit ihrer unternehmensorientierten Politik in die richtige Richtung arbeite, allerdings gleichzeitig viel zu kurz greife. Denn, so die Erkenntnis, Ole Beust und seine Partei lassen städtische Potenziale ungenutzt, wenn sie es versäumen, die Menschen selbst und ihre Kreativität als entscheidende Ressource zu erkennen.

Für GALierInnen gilt es deshalb, sich in ökonomischer Hinsicht nicht nur auf "Handel und Hafen" zu konzentrieren, sondern vor allem auf das, was sie als den zutiefst vernachlässigten Sektor der "Kreativwirtschaft" ausmachen. Hier kommen so innovative Maßnahmen ins Spiel wie Unterstützung von Firmenneugründungen, Abbau bürokratischer Hindernisse und Ermutigung zu Eigeninitiative, die es diesmal besonders im Kultur- und Medienbetrieb zu stärken gilt. Das spricht für sich.
Um aber "Kunst und Kultur als Motoren der Stadtentwicklung" wirklich einzusetzen, und zwar "vom Bauwagen bis zur Elbphilharmonie", müssen darüber hinaus auch "Szeneviertel, in denen Nischen für SUB- und OFF-Kultur existieren", besonders gehegt und gepflegt werden.
Hinter diesen Forderungen steht die bereits beschriebene Vorstellung einer umfassenden Durchmusterung aller gesellschaftlichen Regungen auf ihre Verwertbarkeit. Wenn es um die Kommerzialisierung von Kunst und Kultur geht, gerät ein anrüchiges bis hippes Alternativmilieu als besonders viel versprechendes Biotop ins Visier der grünen NutzenoptimierungsstrategInnen.
Dies sind nicht die einzigen Richtungen, in die sie ihr Augenmerk werfen. Eine besonders perfide Zuspitzung erfährt das ökonomische Kalkül, wenn zum Thema Migration mit humanistischem Pathos offen verwertungsrassistische Intentionen vorgetragen werden. "Hamburg ist nicht tolerant genug, um die Vorzüge von Vielfalt und Verschiedenartigkeit zu nutzen", heißt es dann. Und weiter: "Mit Händen zu greifen ist das aktuell bei der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge um jeden Preis, obwohl es sich bei ihnen zumeist um gut ausgebildete Menschen mit hoher Arbeitsmotivation handelt".

Gedacht wird nach dem Motto: Wir brauchen Migration, wir brauchen Verschiedenartigkeit und wir brauchen Toleranz, denn es könnte dem Standort nützen. Für ein grundsätzliches Recht auf ein menschenwürdiges Leben ist in diesem grünen Gutmenschentum kein Platz. Das Interesse an den in Hamburg lebenden Menschen konzentriert sich letzten Endes auf die Verwertbarkeit ihrer Leistung. Die Schwerpunktsetzung auf die Förderung unternehmerischer Initiative im Bereich der Kreativwirtschaft offenbart, dass sich die GAL nicht viel anders als die CDU letztlich auch nur für ein relativ privilegiertes Segment der Bevölkerung interessiert: die neuen aufstrebenden Mittelschichten und bestenfalls noch ihre prekären Randerscheinungen in den szenetypischen Stadtteilen.

Integration sucks.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Orientierung sind auch die Strategien gesellschaftlicher Integration zu verorten, die von der GAL an verschiedenen Stellen propagiert werden. Ein prominentes Beispiel ist dabei das Feld der Produktion und Vermittlung von Wissen und Bildung. Hier wird zunächst eine Art ökonomische Integration, die enge Verzahnung von Forschung und Wirtschaft, wie bereits vom CDU-Senat forciert, am beliebtesten grünem Steckenpferd, der Energiepolitik, durchdekliniert: "Hochschulen und Firmen werden an einem Ort zusammengebracht, Räume und weitere Infrastruktur zur Verfügung gestellt, um aus der Forschung heraus marktfähige Produkte zu entwickeln." Das holprig formulierte Ergebnis dieser Bemühungen soll dann "Klimaschutz made in Hamburg" heißen. Kein Wort wird verloren über Selektionseffekte und Hierarchisierungen im Bildungssystem, die eine solche Marktöffnung mit sich bringt. Aller Zweifel geht in der utopischen Vision von Hamburg als "Null-Emissionsstadt" am Ende des 21. Jahrhunderts unter. Man braucht eben "kein Einfamilienhaus am Südhang", um glücklich zu sein.

Auf diesem Weg in eine bessere Zukunft sol-



len nun aber möglichst viele Menschen aus allen Wohnlagen mitgenommen werden. Wie das geht, wenn man sich über die Folgen der eigenen Ökonomisierungsstrategien nicht einmal Rechenschaft ablegen möchte? Ganz einfach, wir brauchen "Integrationsvorbilder" in Form von MigrantInnen. Denn gerade ihr Erfolg, so die herablassende Sicht der Grünen, kann als besonders leuchtendes Beispiel dienen, zu was man es so alles bringen kann, wenn man nur will: "Sie leben vor, was es heißt, die eigenen besonderen Talente zu nutzen und erfolgreich zu sein". Die Sogwirkung solcher positiv-rassistischen Leuchtturmprojekte scheint garantiert. Auch wenn letztlich nur der Erfolg und die Erfolgreichen interessieren, braucht sich niemand mehr Sorgen zu machen, denn mit einer einheitlichen Schule bis zur 9. Klasse bleiben alle beieinander: "Der Vorteil: Die Leistung aller steigt und die Besten werden noch besser". Es darf aus der Nähe zugesehen werden, wie SiegerInnen aussehen.

Unter dem Deckmantel der vermeintlich progressiven Förderung menschlicher Fähigkeiten und Werte, von "Talent und Toleranz" als dem vernachlässigten Nährboden von Kreativität, wird eine politische Programmatik entworfen, die der CDU in ihrer marktradikalen Orientierung in nichts nachsteht. Nur der Ansatz ist verschoben. Statt Aussortierung oder repressiver Bearbeitung der Unnützen, wird hier auf ihre Integration gesetzt, um sich mögliche Wertschöpfungspotenziale nicht vorschnell durch die Finger gehen zu lassen. Es ist allerdings völlig klar, das die konsequente Umsetzung von Leistungsprinzipien immer auch Hierarchisierungen und Ausschlüsse mit sich bringen wird. Da hilft auch alles schöne Gerede nichts.

Doch im Gegensatz zur der Truppe um Ole Beust, die in letzter Zeit mit aktionistischen Kampagnen um Schadensbegrenzung bemüht war und nun versucht, mittels symbolischer Soforthilfeprogramme das eigene Image nicht vollständig zu ruinieren, nimmt die Hamburger GAL dann doch lieber gleich vorweg, dass auch ihre Variante der marktliberalen Verwirklichung von Metropolenträumen massive Desintegrationsprozesse mit sich bringt. Unter der nicht sonderlich klugen, dafür aber selten dämlichen Parole "Ankoppeln statt abhängen!" hat sie ein sozialpolitisches Konzept formuliert, das der "sozialen Spaltung der Stadt" einen Riegel vorschieben soll.

Ohne sich einer Diskussion über die Ursachen von zunehmender Armut und Ausgrenzung zu stellen und ohne vorschnell allzu weitgehende Erwartungen erwecken zu wollen ("Bleiben wir realistisch"), werden die Grundlagen grüner Sozialpolitik skizziert: "Eine funktionierende Soziale Integration ist Voraussetzung für die Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft, denn Chancengerechtigkeit ist nicht nur ein altruistisches Ideal, sondern Motor der Gesellschaft. Die demografische Entwicklung zwingt die Gesellschaft dazu, ihr ‚Humankapital' besser auszuschöpfen und sie zwingt jeden einzelnen zu mehr Selbstverantwortung". Die Worte, die die GAL hier findet, fassen noch einmal zusammen, wie ihre Variante von Standortpolitik aussieht und präsentieren sich zynischerweise gleichzeitig als Lösung für eine Situation gesellschaftlicher Polarisierung, deren Verschärfung überhaupt erst die Folge solcher Programme ist. Doch was für eine Idee liegt hier trotz der auffallenden Zirkularität verborgen, wenn es nicht mehr allein um die Eliten, sondern "um die schlummernden Potenziale abseits der üblichen Orte und Gruppen" geht, deren Berücksichtigung zu einer "sozial nachhaltigen Stadt " führen würde?

Die arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen geben eine besonders deutliche Ahnung davon, wohin die Reise gehen soll. Unter der Losung "Hartz IV als Chance" wird sich in dem zuvor beschworenen Realismus geübt. Die drastische Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Bedingungen für Arbeitslose mit den Hartz-Gesetzen werden von der GAL als Hoffnungsschimmer am Horizont bewertet, denn: "Die Verschärfungen der Zumutbarkeitsregeln können auf den Niedriglohnsektor wirken - hier sind tatsächlich mehr Arbeitsplätze zu erwarten, eine verbesserte Vermittlung kann die Dauer der Arbeitslosigkeit senken". Der verschärfte Zwang zur schlecht bezahlten Arbeit unter noch so miserablen Bedingungen im so genannten Niedriglohnsektor ist also das integrative Angebot an all diejenigen, die nicht zu den GewinnerInnen des zuvor ausgerufenen Wettlaufs um Kreativität gehören. Unter den ideologischen Schlachtrufen des "Forderns und Förderns" und der "Chancengleichheit" werden die prekären Lebensverhältnisse für viele Menschen eher festgeschrieben als abgefedert, geschweige denn aufgehoben. Wenn von der Schaffung gleicher Chancen für alle die Rede ist, wird ausgeblendet, dass jedes Sich-behaupten-müssen im Wettbewerb des freien Marktes zwangsläufig GewinnerInnen und VerliererInnen produziert, und die Frage nach der gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist selbst in ihrer reformistischen Variante von der politischen Agenda verschwunden. Und wenn alle, die es nicht geschafft haben, schließlich eigenverantwortlich gescheitert sind, wird letztlich über die Ursachen systematisch produzierter Ungleichheit nicht nur nicht mehr gesprochen, sondern sie wird strukturell abgesichert und verewigt.

Letztlich argumentiert die GAL für eine den Vorstellungen der CDU gegenüber verschobene Variante der Verwaltung und Modernisierung des Bestehenden auf der Basis der gleichen Grundannahmen: dem Wettbewerb der Metropolen, in dem es gilt,

die spezifischen Potenziale des eigenen Standorts möglichst gewinnbringend zu nutzen. Die Uneinigkeit zwischen beiden Parteien besteht bestenfalls darin, welches die entscheidenden Potenziale sind und wie es sie zu aktivieren gilt.
Überall im Programm der "Kreativen Stadt" ist der Wunsch zu verspüren, endlich mitreden zu dürfen und die Glaubensinhalte grüner Politik als die zukunftsfähigere Version kapitalistischer Modernisierung anzupreisen - ohne den Ruch traditionalistischer Sozialstaatsattitüde, sondern auf den höchsten Höhen neoliberaler Glaubensinhalte und Strategien. Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Verwerfungen werden auch in der grünen Variante nicht thematisiert. Politische Verteilungsfragen tauchen auch von grüner Seite aus nur als Fragen optimaler Standortinvestitionen auf. Auch wenn Ausgrenzung und Vertreibung nicht so offen propagiert werden und Integration als Gegenentwurf präsentiert wird, beurteilt ihre Politik die Menschen gleichfalls nach der Frage ihrer Verwertbarkeit und würde in ihrem praktischen Vollzug die entsprechenden Konsequenzen zeitigen.

Wahlverwandtschaften am Standort Schanzenviertel

Bisher hat die GAL nur viele Worte über ihre Vorstellung von Hamburg als "Kreative Stadt" verloren und auf ihrer aktuellen Veranstaltung dürften es noch ein paar mehr werden. Aber auch ohne die Möglichkeiten der Besichtigung der praktischen Folgen eines noch auf seine Verwirklichung harrenden Projekts, sind es nicht nur die Worte der GAL, an die sich eine Kritik wenden kann. Denn hier wurde und wird das Rad nicht neu erfunden. An der Entwicklung des Schanzenviertels lässt sich die Anwendung einer eher integrationsorientierten Strategie städtischer Modernisierung beispielhaft nachzeichnen. Auf Quartiersebene ist hier bereits deutlich geworden, wie die Verwertung von Kreativität funktioniert und auf was sie hinausläuft.

Mit den "sanften" Methoden des Quartiersmanagements und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung sind hier integrative Strategien zum Einsatz gebracht worden, die mit den Ansätzen der GAL vergleichbar sind. In diesem Zusammenhang konnten das Ambiente und die Infrastruktur des alternativen "Szenestadtteils" die Grundlage für neue Varianten kommerzialisierter Urbanität bilden, die es nur noch politisch zu begünstigen galt.
Die Nutzbarmachung der lokal vorgefundenen Bedingungen für den Aufwertungsprozess ist aber nur die eine Seite der Geschichte. Die rassistische Hetzkampagne gegen Menschen schwarzer Hautfarbe Ende der 1990er und die Ausgrenzung und Vertreibung der Drogenszene, die ein paar Jahre später in der Schließung des Fixsterns kulminierte, sprechen eine beredte Sprache. In diesen Szenarien verband sich städtische Initiative von oben, die den Standort Schanzenviertel endgültig als Bühne für hippe Prosperität aufpolieren wollte, mit entsprechenden Forderungen aus der integrierten Quartiersgemeinschaft. Und inzwischen kann die Aufwertung des Schanzenviertels als weitestgehend abgeschlossen gelten. Sie hat ebenso dazu geführt, dass sich viele Menschen, die hier lange Zeit gelebt haben, die überdurchschnittlich hohen Mieten nicht mehr zahlen können. Ein eher schleichender Aspekt ökonomisch bedingter Ausschließung.

Insgesamt verkörpern die Geschehnisse im Mikrokosmos Schanze eine leise Ahnung dessen, was die grünen Varianten von Standortpolitik und Wertschöpfung in ihrem Vollzug bedeuten.
Heute erscheint die Schanze als urbane Erlebnis- und Lebenswelt, in der sich vornehmlich eine sich als - Überraschung! - kreativ verstehende Szenerie an Menschen meist unkritisch tummelt. Im Selbstverständnis einer prekären Avantgarde finden hier die GewinnerInnen der Entwicklung mit all denjenigen zusammen, die es auch gerne sein würden. Viele, die bei der Entwicklung nicht mithalten konnten oder wollten, sind hingegen verschwunden.
Es ist daher kein Zufall, dass die Veranstaltung der GAL, mit der sie ihr Konzept der "Kreativen Stadt" zu bewerben bestrebt ist, genau an diesem Ort stattfindet. Auf den Piazzen und in den Milchkaffees findet sie ihre "alternative" StammwählerInnenschaft und das Publikum, das sich in seiner gefühlten Kreativität gemeint und geschmeichelt fühlt, wenn die GAL ins Horn bläst und es als die eigentlichen HoffnungsträgerInnen einer schöneren Zukunft adressiert. Die Vorstellung, die lokale Spielart hanseatischer Prosperität zu sein, und das Angebot, die städtische Elite etwas breiter zu denken, ohne allzu hässliche Worte dafür zu benötigen - das kommt an.

Wenn die GAL nun genau hier zur Debatte lädt, dann soll Heimspielatmosphäre herrschen, wenn sie versucht, sich für Ole Beust als Koalitionspartnerin für die kommende Bürgerschaftswahl zu präsentieren. Dieser angestrebte Schulterschluss mit dem Aushängeschild der "Wachsenden Stadt" verdeutlicht noch einmal den politischen Horizont des verfolgten Projekts jenseits der Parteiprogramm-Exegese. Die GAL erklärt ihren Teilhabewillen am laufenden Geschäft auf der Wahlkampfbühne.
Die Andienung ihrer "Kreativität" an die CDU als deren bessere Hälfte macht deutlich, dass es hier keine grundsätzlichen Differenzen gibt: Ausgehend von dem erklärten Grundkonsens über eine wirtschaftsliberale Standortpolitik lässt sich in der Betonung integrativer Aspekte vielleicht noch eine leichte Verschiebung von Ausschlussmomenten auffinden. Abgesehen davon, dass es auch nicht unbedingt attraktiv erscheint, von aktivierenden Maßnahmepaketen zu Tode gedrückt zu werden, hat sich aber in der Aufwertung der Schanze lokal gezeigt, dass auch solche Strategien nicht anderes als Ausgrenzung und Vertreibung bedeuten.

Und schließlich wird mit der Ladung des Bürgermeisters die Anschlussfähigkeit eines aufgeräumt-kommerzialisierten Kreativmilieus an repressive Szenarien noch einmal pointiert auf den Punkt gebracht. So hatte sich Ole Beust vor einigen Jahren und ein paar Wahlkämpfe früher als politischer Hardliner gegenüber den direkten Nachbarn von der Roten Flora zu profilieren versucht.
Dass nun das grüne Vereinskaffee im Schulterblatt 73 hier nicht auf Nachbarschaftshilfe setzt und den Stargast vor die Tür, sondern zusammen mit seinem parteipolitischen Ableger zur Gala für einen solchen Sprücheklopfer lädt, ist kein Versäumnis, sondern folgerichtig.

Nach seinem damaligen Auftritt wurde Ole Beust von einigen Unbelehrbaren durchs Schulterblatt wie die Sau durchs Dorf getrieben. Ob die Zeiten sich tatsächlich so sehr geändert haben, wie immer behauptet wird? Wir sind gespannt.

Lasst Euch nicht verarschen!
Die Stadt gehört allen und alles für alle!
Gegen Repression, Ausgrenzung und Vertreibung!

Anwohner von außerhalb

Die energetische Basis der Globalisierung untergraben! Atomanlagen und G8 stilllegen

Von 6. bis 8. Juni 2007 versammeln sich VertreterInnen der acht mächtigsten Industrieländer im Ostseebad Heiligendamm zu ihrem alljährlichen Gipfeltreffen. Wenn Tausende gegen diese Veranstaltung auf die Straße gehen, werden wir - Leute aus der antiAtom-Bewegung - mit dabei sein.
Und wir haben gute Gründe dafür: das Thema Energie und gerade auch die Entwicklung und Rolle der Atomenergie stehen in engem Zusammenhang zur neoliberalen kapitalistischen Globalisierung, die von diesen Gipfeln vorangetrieben wird. [...]

Energie: zentrales Thema der G8

Die erste Ölpreiskrise stürzte die westlichen Industriestaaten in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit. Ein koordiniertes Vorgehen zur Wahrung der Versorgungssicherheit war einer der Gründe für die Initiative zum ersten G-Gipfel 1975. Die Abhängigkeit der mächtigen Staaten von Energieressourcen und die Begrenztheit dieser Reserven machten ihre Verwundbarkeit deutlich. Denn der ungehinderte Zugriff und die uneingeschränkte Vernutzung von Boden- und Naturschätzen weltweit ist Voraussetzung und Bestandteil des neoliberalen Projekts. Der Kapitalismus mit seinem Zwang nach ständigem Wachstum hungert nach Energie, nach immer mehr billiger Energie.

Die Etablierung eines globalen neoliberalen Energiesystems im Interesse der führenden Konzerne der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie wurde zu einem Projekt der G8. Als globale Ressourcenmanager haben sie einen „Aktionsplan für eine globale Energiesicherheit" entwickelt.
Was sie betreiben, nennen wir Energieimperialismus. Konkret geht es darum, wie der Zugriff der führenden Industrieländer auf die Öl-, Gas und Uranressourcen in den Förderländern weiterhin abgesichert werden kann. Die Länder der G8 wollen wie bislang „einen wirksamen Marktzutritt" erhalten, und zwar „zu Preisen, die den Marktbedingungen entsprechen".
Und zumindest für einen großen Teil der G8 Staaten geht es auch um den Weiterbetrieb und Ausbau der Atomanlagen.

Energie als gesellschaftliches System

Die Art und Weise, wie Energierohstoffe angeeignet, Energie erzeugt und vernutzt wird, hängt nicht nur von der technologischen Entwicklung ab.
Sie findet im gesellschaftlichen Kontext statt und wird von ihm geprägt. Energie hat also immer auch eine soziale Komponente. Die herrschenden Techniken und Energieversorgungsstrukturen der G8 Staaten haben sich nach der Logik der kapitalistischen Warengesellschaft entwickelt . [...]

Zugleich zwingt die betriebswirtschaftliche Konkurrenz zu einer beständigen Ökonomisierung jeder einzelnen Arbeit. Der Widerspruch, möglichst viel Arbeit profitträchtig zu vernutzen und bei der Herstellung jedes einzelnen Produkts so wenig Arbeit wie irgend möglich anzuwenden, ist nur auf einem Wege zu lösen: Es muss eine an Umfang beständig zunehmende Warenlawine losgetreten werden. Gleichzeitig greift der Produktionsprozess auf immer mehr Naturvorkommen zu. Die Ökonomisierung der Arbeit findet damit ihre Entsprechung in einem beständig anschwellenden Verbrauch von Rohstoffen und Energie. Das hat natürlich Folgen. Veränderungen wie der Klimawandel mit katastrophalen Folgen für den ganzen Planeten sind bereits eingetreten und unabwendbar.

Fossiles Energiesystem und die besondere Rolle der Atomenergie

Ihre energetische Laufbahn eröffnete die gefräßige Produktionsmaschine mit dem Raubbau an nachwachsenden Rohstoffen, vor allem Holz. Ihren wachsenden Energiehunger stillte sie schließlich mit der Ausbeutung fossiler Ressourcen wie Kohle und Öl. In dem Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen bot sich die Atomenergie als Königsweg an. Indem die fossilen Schätze bis zur Neige strapaziert werden, wurde bis da hin die Vergangenheit der Erdgeschichte in Dienst genommen; nun beginnt auch noch an die Unterwerfung ihrer Zukunft.

Das Versprechen von billiger und unbegrenzter Energie machte die Runde; Produktivkräfte ohne Ende, so hieß es, ließen sich entfesseln. Der ursprüngliche Antrieb für diese Technologie, nämlich die Entfesselung der Destruktivkräfte, wurde damit kaschiert. Machtaspekte, die sich mit dem Bau von Atombomben verbinden, waren und sind ausschlaggebend für die Gier nach dieser Technologie, die wirtschaftliches Wollen mit militärischem Vermögen ausgestattet.

Der Ausbau der Atomindustrie als Schlüsseltechnologie für Wachstum wurde politisch und finanziell massiv vorangetrieben, ohne Rücksicht auf die immensen Gefahren für Umwelt und Menschheit, die sowohl Uranabbau, der Betrieb der Atomanlagen und die unlösbare Entsorgung für die Zukunft mit sich bringen. Im großen Stil plante die Politik ganze Parks von AKW. Heftige Widerstände sorgten allerdings dafür, dass nur ein relativ geringer Teil davon gebaut wurde.

Von Anfang an war die Atomtechnologie Ausdruck einer inhumanen und profitorientierten Gesellschaftsstruktur. Viele sahen schon früh im Widerstand gegen Atomanlagen auch einen Kampf gegen das herrschende System. Für uns ist dies nach wie vor so. Deshalb ist es uns wichtig, unseren Widerstand auch beim G8-Gipfel in Heiligendamm sichtbar zu machen.

Globalisierung und ihre Folgen für Mensch und Umwelt

Die Auswirkungen der herrschenden inhumanen Macht- und Produktionsstrukturen für Mensch und Umwelt werden globalisiert und damit weltweit sichtbar und spürbar. 14 % der Weltbevölkerung verbrauchen 50 % des Öls, sorgen für 45% des CO_2 Ausstoßes und betreiben 79% der Atomanlagen. 22% der Weltbevölkerung verbrauchen in den Industriestaaten 70% der Energieressourcen.

Von den Folgen, zum Beispiel dem Klimawandel sind die, die am wenigsten verbrauchen, am meisten betroffen. Die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen vor allem in den Ländern des Südens bringt Zerstörung von Lebensbedingungen, Armut, Krieg, Vertreibung und Flucht für immer mehr Menschen auf der Welt mit sich.[...]

Trotzdem sind freier Markt und globales Wirtschaftswachstum - als anscheinend naturgegebener und unausweichlicher Prozess - für viele ein Synonym für

Wohlstand und Aufstieg. Dabei wird schon heute durch dieses System die Existenz der Mehrheit der Menschen, zerstört und die Zukunft von Mensch und Natur massiv gefährdet und bedroht - ob bei der Erdölförderung im Niger-Delta, ob durch die Verseuchung ganzer Landstriche durch den Uranabbau.

Energiesicherheit, Klima und G8

[...]
Die angestrebte zunehmende Deregulierung und Liberalisierung der Energiemärkte wird die Erschöpfung der Ressourcen nicht verhindern. Sie dient denjenigen, die diese Märkte schon jetzt dominieren. Weitere Fusionen und noch stärkere global player sind zu erwarten. Die Atomlobby und ihre politischen Vertreter nutzen die aufgeheizte Klimadebatte, um einer Renaissance der Atomenergie das Wort zu reden und die alten unsicheren AKW noch länger am Netz zu lassen.

Die atomare Bedrohung jetzt und für kommende Generationen - sei es durch den Normalbetrieb der Anlagen, die strahlende Hinterlassenschaft oder die atomaren Waffen - wird negiert, auch wenn die Wirtschaftlichkeit der Atomtechnologie und der Nutzen für den Klimaschutz vielfach in Fragestehen.
Auch vom Ausbau erneuerbarer Energien wird gesprochen. Eine „Energiewende" wird als dritte industrielle Revolution schmakkhaft gemacht - und ist doch weit davon entfernt, eine Revolution zu werden. Alle Lösungsansätze bewegen sich im Rahmen der bestehenden Ordnung. Die vorgeschlagenen systemimmanenten Alternativen sind entweder Augenwischerei: aufmerksamkeitsheischend wird über Energiesparbirnen statt Glühbirnen gestritten! Oder sie offenbaren in der Art ihrer Umsetzung das Zerstörungspotential, das dem kapitalistischen System immanent ist. Beispiele der Vernutzung von nachwachsenden Rohstoffen und sozialökologischer Konflikte um Landnutzung, Ernährungssicherheit, Monokulturen und Gentechnik gibt es bereits viele.

Erneuerbare Energien könnten neben ihrem ökologischen auch gesellschaftliches und politisches Potential entfalten: Die dezentrale Nutzung Erneuerbarer Energien könnte, Schritt für Schritt, Häuser, Dörfer, Stadtviertel, ganze Regionen „energieautonom" machen. Die etablierten, zentralistischen Strukturen, ausgelegt auf Verschwendung, Wachstum und Abhängigkeit, könnten überflüssig werden. Die dezentrale Nutzung Erneuerbarer Energien könnte eine Grundlage für den Ausweg der Länder des Südens aus Schuldenkrise und Abhängigkeit vom Norden bedeuten. Könnte!

Wer von Klimawandel und Atom spricht, vom Kapitalismus aber nicht reden will, lässt das Entscheidende weg! Die „solare Revolution" kommt nicht von alleine. Denn die uneingeschränkte Vernutzung von Ressourcen ist unvereinbar mit der Erhaltung einer intakten Umwelt, vielleicht der Welt überhaupt; die Logik des kapitalistischen Marktes und des Profits ist nicht vereinbar mit der Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle, weltweit. Die emanzipativen Momente einer Energiewende zu nutzen, aber gleichzeitig die kapitalistischen Produktionsweise selbst in den Mittelpunkt der Kritik und der Veränderungsansätze zu rücken: Angesichts der Klimakatastrophe und Ressourcenkonflikte scheint das unabdingbar. Vielleicht ist die augenblickliche Debatte und der G8 Gipfel gerade ein guter Moment, um wahrgenommen und gehört zu werden. Also mehr als genug Gründe, dass wir uns gerade jetzt als antiAtom-Bewegte in die Diskussionen und Aktionen rund um den G8 Gipfel in Heiligendamm einbringen.

Für die Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!
G8 versenken!

Einige Anti-Atom-Bewegte aus dem Wendland

Flora im Mai

Di 01.05. 21 Uhr
Punk/ Hardcore- Konzert
Victims (Schweden) + Support

Fr 04.05. ab 22 Uhr
Party:
"Zeit ist nicht Geld, und wir haben sie reichlich"
Benefiziöser Kunstkonsumexzess zur Förderung von kreativem Widerstand:
PREMIUM FLOOR: Ska, Trash, Northern Soul
UNDERGROUND FLOOR: Electrohäppchen, Drum´N´Bass
SPEZIALITÄTEN DES HAUSES: Hörspielhöhle, Bildvernisage EXTREME, schwebende Schriften, gut sortierte Filmüberaschungen mit Popcorn.

Sa 05.05. 23 Uhr
Party: Move against G8 mit Silly Walks Soundsystem
Sillywalks Movement+guests (Reggae/Dancehall)
II. floor: Access all styles: Flurguerilla Soundsystem
Souterrain,(Latin,HipHop,Ska

Mi 09.05. 21 Uhr
Punk/ Hardcore- Konzert
Disfear (Schweden) + Support

Do 10.05. 19 Uhr
Infoveranstaltung:
Anti- Repressionstour G8 von der Roten Hilfe

Do10.05. 21 Uhr
Konzert:
Konzert mit Monotektoni + Hans Unstern
Weitere Infos auf www.pinktankentertainment.com

Fr 11.05. 23 Uhr
Party:
Soliparty für Prozesskosten wegen StudentInnen- Proteste mit verschiedenen Reggae- Soundsystems

Sa 12.05. ab 21 Uhr
Party:
UNITED - Allesfliessst-weald-rotodrom
Soli Party für die Anti G8 Proteste.

hall_techno & house
rené dachner (weald)
akaak & flor hasenberg (klingtsogut!)
kopfthema_live (echtzeitelektro,)
manu harmilapi (elektronik milieu / plainaudio)
markus redux (elektronik milieu)
basement_maximal phatt chicago booty acid
allesfliessst allstars
olliver scholz (shepla04)
blacksmasher (activists69)
rude bimmer-live (elektronik gulasch)
upstairs_beatz & breakz
Marc F (www.radio2.org)
M.baskind (Whatever-Report)
Pruzza & Fank (Electronic Breakz)

So 13.05. 21 Uhr
Konzert:
Grindcore/ Fastcore- Konzert mit Iron Lung, Endless Blockade, Hatred Surge

Mi 16.05. 21 Uhr
Konzert: take back the night
mit
- pk 16 (hh/fl)punkhardchore 2 stimmig
- apocalipstix (hb) schneller dreckiger punkrock 2 stimmig
- ??? (steht noch nicht ganz fest)
anschließend legt dj haifisch bruci la punkrock und more auf.
zwischendurch werden kurzfilme gezeigt

Fr 18.05. 21 Uhr
Konzert mit Matula (Release- Show)
+ Support

Sa 19.05. ab 23 Uhr
Party:
Soliparty für FSK (Freies Sender Kombinat auf 93.0 Mhz, 101.4 im Kabel)
mit verschiedenen Djanes u.a. aus Köln und Berlin/ Dubstep, Breakcore, Jungle

Mo 21.05. 19 Uhr
HOLY DAMN IT - Projektpräsentation
wir werden mit drei anwesenden Künstlern das Plakatprojekt holy damn it, 50.000 Plakate gegen G8 präsentieren.
Plakatprojekt im Rahmen der Mobilisierung gegen das G-8-Treffen in Heiligendamm nahe Rostock in Germany vom 6. bis 8. Juni 2007

Zehn internationale KünstlerInnen und Künstlerkollektive werden jeweils ein Plakat gestalten: Die künstlerischen Beiträge setzen sich mit den herrschenden Verhältnissen und aktuellen Fragen und Diskursen der sozialen Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung auseinander.

Do 24.05. 21 Uhr
Radio Gagarin- Festival
mit Michael Barthel (Electro- Acustic Noise/ Leipzig), Eric Boros (Ex-Vaileika/ Experimental Ambient Noise), Bruno & Micheal Aresmiling (Scremo- Electro/ Hamburg), Completely Fuck Up Society (Cut- Up Ambient), Maat (Radio Gagarin/ Mutierte Amorphe Techno Sounds), Grrzzz (Industrial Punk/ Frankreich)

Fr 25.05.
Beginn Convention Center bis 10.6.07

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr